

Rechtsextremismus

2. Rechtsextremismus

2.1	Mitglieder-Potenzial	38
2.2	Einführung	39
2.3	Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus	42
2.4	Rechtsextremistische Musikszene.....	54
2.5	Neonazistische Szene	68
2.6	Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)	77
2.7	Junge Alternative (JA) Niedersachsen	86
2.8	„Der Flügel“ innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)	92
2.9	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	98
2.10	Die Rechte	107
2.11	Verein Gedächtnisstätte e. V.	114
2.12	Reichsbürger & Selbstverwalter	120

2.1 Mitglieder-Potenzial⁴

Den strukturellen Veränderungen im organisierten Rechtsextremismus haben die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern mit einem neuen Kategoriensystem Rechnung getragen. Insbesondere die Grenzen zwischen der subkulturellen und der neonazistischen Szene lösen sich in den letzten Jahren mehr und mehr auf. Der Neonazismus ist zunehmend strukturloser geworden und vermischt sich zusehends mit dem subkulturellen Bereich. Ideologische und organisatorische Unterschiede sind immer schwerer auszumachen. Seit dem Jahr 2017 erfolgt deshalb die Kategorisierung nach Parteien, nach parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen und als weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.

Rechtsextremismus-Potenzial Bundesrepublik Deutschland ^{5, 6}	2020
In Parteien	13.250
▪ „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	3.500
▪ „Die Rechte“	550
▪ „Der III. Weg“	600
▪ Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien ⁷	8.600
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen ⁸	7.800
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial ⁹	13.700
Summe	34.750
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften ¹⁰	33.300
Davon gewaltbereite Rechtsextremisten ¹¹	13.300

4 Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

5 Die Zahlen des Berichtsjahres des Mitglieder-Potenzials für die Bundesrepublik Deutschland lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Daher werden nur die Zahlen des Vorjahres genannt.

6 Das Rechtsextremismus-Potenzial wird in drei Kategorien ausgewiesen: 1: Parteien, 2: parteiunabhängig und 3: unstrukturiert.

7 Unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien werden die Mitglieder der Partei „Freie Bürger Union (FBU) – Landesverband Saarland“ und der bayrischen Kleinpartei „Deutsche Konservative“ gezählt sowie die Mitglieder der Teilorganisationen der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), „Junge Alternative“ (JA) (Verdachtsfall) und „Der Flügel“ (erwiesenermaßen extremistisch). Die AfD selbst ist kein Beobachtungsobjekt.

8 Hierunter werden auch die Personenpotenziale der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD) und des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ gezählt.

9 Die derzeit 1.000 rechtsextremistischen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ finden sich in den Kategorien 2 und 3.

Rechtsextremismus-Potenzial Niedersachsen ¹²	2020	2021
In Parteien	905	900
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	230	220
„Die Rechte“	40	50
„Der III. Weg“	10	10
Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien ¹³	625	620
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen ¹⁴	335	320
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial ¹⁵	590	590
Summe	1.830	1.810
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	1.750	1.730
Davon gewaltbereite Rechtsextremisten ¹⁶	880	880

2.2 Einführung

Eine in sich geschlossene rechtsextremistische Ideologie gibt es nicht. Vielmehr werden mit dem Begriff Rechtsextremismus Ideologieelemente erfasst, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Stoßrichtung der weltanschaulichen Überzeugung von einer Ungleichwertigkeit der Menschen Ausdruck verleihen. Zu nennen sind im Einzelnen:

- Aggressive menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Rassismus,

10 Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und der parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

11 Aufgrund des Wandels innerhalb der rechtsextremistischen Szene wird die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten seit 2010 gesondert ausgewiesen.

12 Das Rechtsextremismus-Potenzial wird in drei Kategorien ausgewiesen: 1: Parteien, 2: parteiunabhängig und 3: unstrukturiert.

13 Für 2020 werden unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien die Mitglieder der AfD-Teilorganisationen „Junge Alternative“ (JA) und „Der Flügel“ gezählt. Die AfD selbst ist kein Beobachtungsobjekt.

14 Hierunter wird auch das Personenpotenzial der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD) gezählt.

15 Die derzeit 50 rechtsextremistischen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ finden sich in den Kategorien 2 und 3.

16 In der Gesamtzahl sind auch gewaltbereite Neonazis und NPD-Mitglieder enthalten.

- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben,
- Überhöhung des eigenen Volkes bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen und Völker (Nationalismus),
- Vorstellung einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsdenken),
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (völkischer Kollektivismus),
- Behauptung „natürlicher“ Hierarchien (Biologismus),
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus),
 - Ablehnung demokratischer Regelungsformen bei Konflikten,
 - Übertragung militärischer Prinzipien auf die zivile Gesellschaft (Militarismus),
 - Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus (Geschichtsrevisionsismus),
 - Forderung nach strikter räumlicher und kultureller Trennung verschiedener Ethnien (Ethnopluralismus).



Fremdenfeindlichkeit

Die Ideologieelemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind die zentralen Begriffe des Rechtsextremismus. Mit „fremdenfeindlich“ wird die Ablehnung all dessen bezeichnet, was als fremd bewertet und aus der Gesellschaft ausgegrenzt wird. Die Merkmale variieren: Ausländer, Juden, Muslime und Obdachlose können ebenso Opfer fremdenfeindlicher Ablehnung und Aggression werden wie Menschen mit Behinderungen und Homosexuelle. Fremdenfeindliche Positionen sind bei jeder rechtsextremistischen Organisation nachweisbar; sie bilden das Grundelement rechtsextremistischen Denkens.

Rassismus

Die in Deutschland gebräuchliche Verwendung des Begriffes Rassismus nimmt Bezug auf die Rassenideologie des Nationalsozialismus, die die „Selektion“ und Vernichtung von Millionen Menschen biologisch begründete. Rassisten leiten aus den genetischen Merkmalen der Menschen eine naturgegebene soziale Rangordnung ab. Sie unterscheiden zwischen „wertvollen und minderwertigen menschlichen Rassen“.

Antisemitismus

Der Antisemitismus tritt im Rechtsextremismus in verschiedenen Varianten in Erscheinung. Antisemitische Positionen werden sowohl religiös als auch kulturell und rassistisch begründet. Häufig korrespondieren sie mit verschwörungstheoretischen Ansätzen. Vor dem historischen Hintergrund der systematischen Judenvernichtung durch den Nationalsozialismus (Holocaust¹⁷) sind antisemitische Einstellungsmuster ein Gradmesser für die Verfestigung eines rechtsextremistischen Weltbildes. Sie zeugen von ideologischer Nähe zum historischen Nationalsozialismus und treten häufig in Verbindung mit revisionistischen Positionen auf. Antisemitische Positionen sind ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Organisationen.

Neonazismus

Der Begriff Neonazismus, eine Abkürzung für Neo- oder neuer Nationalsozialismus, der häufig fälschlicherweise als Synonym für Rechtsextremismus verwendet wird, steht für Bestrebungen, die sich weltanschaulich auf den historischen Nationalsozialismus beziehen. Hierzu zählen in erster Linie die neonazistischen Kameradschaften. Innerhalb der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) ist der neonazistische Flügel ständig stärker geworden, seitdem sich die Partei gegenüber Freien Nationalisten geöffnet hat. Ausdruck dieser Entwicklung sind die Eintritte zahlreicher führender Protagonisten der Neonaziszene, die zudem Führungsämter in der NPD übernommen haben.

Faschismus

Die ebenfalls als Synonym für rechtsextremistische Bestrebungen verwendeten Begriffe faschistisch oder neofaschistisch sind in zweifacher Hinsicht ungeeignet. Zum einen handelt es sich um Kampfbegriffe aus den Zeiten des Kalten Krieges, mit denen die Bundesrepublik Deutschland von der DDR in die Tradition des Nationalsozialismus gerückt worden war. Zum anderen verbindet sich mit diesen Begriffen die Vorstellung vom italienischen Faschismus Mussolinis, der als antidemokratische Bewegung ohne Rassismus vom deutschen Nationalsozialismus erheblich abwich.

17 Der Begriff bedeutet Massenvernichtung (vom griech. holocaustos = „völlig verbrannt“).

Geschichtsrevisionismus

Der Begriff Geschichtsrevisionismus bezeichnet die Leugnung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Revisionistische Positionen sind in unterschiedlicher Ausprägung bei nahezu allen rechtsextremistischen Organisationen nachweisbar. Sie sind ideologisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus und zugleich ein wichtiges Element der historischen Identitätsstiftung. Der Revisionismus will den historischen Nationalsozialismus zumindest tendenziell rehabilitieren und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland delegitimieren.

2.3 Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Niedersachsen stand 2021 wie bereits im Vorjahr im Zeichen der Corona-Pandemie, die das Demonstrationsgeschehen, die Mobilisierungsfähigkeit und die Aktionsinhalte wesentlich beeinflusste. Im tradierten Rechtsextremismus wirkte die Pandemie als Katalysator in Bezug auf die bereits in den Jahren zuvor beschriebenen Trends: Marginalisierung der neonazistischen Parteien „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und „Die Rechte“, wachsende Heterogenität der neonazistischen Szene und rückläufige Konzertaktivitäten.

Der NPD gehören nach kontinuierlichen Verlusten mittlerweile nur mehr 220 Mitglieder an, zu Hochzeiten im Jahr 2007 waren es noch 680. Aus dem Mitgliederverlust resultieren organisatorische und strukturelle Probleme. Die NPD ist in den meisten Landesteilen faktisch nicht mehr präsent oder wahrnehmbar. Eine Ausnahme bildet der im Parteibesitz befindliche „Hof Finkenberg“ in Eschede¹⁸ (Landkreis Celle). Perspektivisch könnte die NPD die Liegenschaft für ein strategisches Zusammenspiel mit anderen neonazistischen Kräften

18 Siehe hierzu auch Kapitel 2.9, Abschnitt „Aktivitäten der NPD in Niedersachsen“ und Abschnitt „Aktivitäten der Jungen Nationalisten (JN) in Niedersachsen“, Kapitel 3.4, Abschnitt „Ereignisse im Zusammenhang mit der NPD-Liegenschaft Hof Finkenberg in Eschede“.

unter ihrer Führung nutzen. Eine Entwicklung zu einem Gemeinschafts- oder Bildungszentrum von überregionaler Bedeutung zeichnet sich derzeit aber nicht ab. Die Sicherheitsbehörden werden das Geschehen in Eschede gleichwohl im engen Kontakt mit den örtlichen Behörden weiterhin aufmerksam verfolgen und analysieren. Die mit der neonazistischen Szene verflochtene Partei „Die Rechte“ hat in Niedersachsen zwar einen leichten Zuwachs auf 50 Mitglieder zu verzeichnen, tritt aber mit den Kreisverbänden Braunschweig/Hildesheim und Einbeck/Northeim in nur zwei Regionen öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Vor allem der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim verfolgt mit der wiederholten Anmeldung und Durchführung von Kundgebungen eine Provokationsstrategie, die Gegenaktionen bewusst einkalkuliert. Als Provokation war auch die Nominierung eines einschlägig vorbestraften Rechtsextremisten als Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl in Braunschweig zu verstehen. Es ist kennzeichnend für den Zustand der personell und organisatorisch ausgezehrten Partei auf Bundesebene, dass der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim, von dem auf innerparteilicher Ebene keinerlei programmatische oder organisatorische Impulse ausgehen, mittlerweile einen der organisatorischen Schwerpunkte bildet.

Sowohl die Partei „Die Rechte“ als auch die NPD suchen die Kooperation mit Angehörigen der neonazistischen und der subkulturellen Szene. Solche aktionistischen Allianzen sind aus der Not heraus geboren. Alle Beteiligten versuchen auf diese Weise, ihrer Mitglieder- und Mobilisierungsschwäche entgegenzuwirken. Auch die neonazistische Szene, die noch vor wenigen Jahren mit Kameradschaften in fast allen Regionen Niedersachsens präsent war, hat Anhängerpotenzial verloren und ist im Zuge dessen immer heterogener geworden. Die verbliebenen Szeneangehörigen müssen über größere räumliche Distanzen Kontakt pflegen, um die Szeneaktivitäten überhaupt nur aufrechtzuerhalten. Die Nachwuchsgewinnung leidet unter der lückenhaften Präsenz in der Fläche. Eine gewisse Ausnahme bildet lediglich der südöstliche niedersächsische Raum, wo die intensivste Vernetzung zu beobachten ist.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass sich der in traditionellen Strukturen organisierte Neonazismus – NPD, die Partei „Die Rechte“, neonazistische Kameradschaften – in Niedersachsen in einer Abwärtsspirale bewegt. Diese Trendaussage sollte nicht dazu verleiten,

die Gewaltbereitschaft neonazistischer Personenzusammenschlüsse und die ideologische Wirkmacht der rassistischen und antisemitischen neonazistischen Ideologie als handlungsleitend für Gewalttäter zu unterschätzen. Das Gefahrenpotenzial umfasst Szeneangehörige wie den Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke oder über das Internet radikalisierte Täter ohne Vorlauf in rechtsextremistischen Strukturen wie den Attentäter von Halle, aber auch terroristisch motivierte Gruppierungen, deren Mitglieder über das Internet miteinander in Kontakt getreten sind wie im Falle der vom Bundesinnenminister 2020 verbotenen Organisation „Nordadler“. Gefahrensachverhalte dieser Art sind eine besondere Herausforderung für die Sicherheitsbehörden. Am 08.09.2021 wurden bei einer Durchsuchung unter Leitung des Landeskriminalamtes Niedersachsen in acht Objekten in Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowohl Waffen als auch Waffenteile und Munition sichergestellt. Die Ermittlungen richten sich gegen eine Personengruppe aus aktiven und ehemaligen Bundeswehrreservisten, die im Verdacht steht, eine rechtsextremistische Wehrsportgruppe gegründet zu haben, um Anschläge auf Migrantinnen und Migranten zu verüben. Mit ähnlich gelagerten, von alten Mustern abweichenden Gefahrensachverhalten ist verstärkt zu rechnen. Sie verdeutlichen am nachdrücklichsten die tiefe Zäsur, die die Nutzung des Internets für die Entwicklung des Rechtsextremismus markiert.

Die Flut an Hass-Postings und die wechselseitige Radikalisierung in den Filterblasen Gleichgesinnter bestätigen die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Erhebungen, denen zufolge antisemitische, rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen weit über den organisierten Rechtsextremismus hinaus in der Bevölkerung verbreitet sind. Einstellungen sind mit einem zielgerichteten, zweckbestimmten politischen Handeln nicht gleichzusetzen. Sie stellen deshalb nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes zwar noch keinen Extremismus dar, aber sie können am Beginn eigendynamischer Prozesse stehen, die zur Legitimation und zur Ausübung von Gewalt führen. Vorurteile und Ressentiments sind die Grundlagen und der Resonanzraum rechtsextremistischer Agitation. Mit Blick auf diesen Kausalzusammenhang hat der Niedersächsische Verfassungsschutz seine Internetauswertung gezielt verstärkt. Eine erfolgversprechende Präventionsarbeit muss ebenfalls bereits auf

der Einstellungsebene ansetzen. Der Niedersächsische Verfassungsschutz berücksichtigt dies bei der Konzipierung seiner Präventionsmaßnahmen.

Auch die Dimension und die Radikalisierung der Protestaktionen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie können nur nachvollzogen werden, wenn die diversen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten des Internets in die Analyse einbezogen werden. Für Rechtsextremisten bildeten die in der heterogenen Protestbewegung grassierenden Verschwörungstheorien zwar Ansatzpunkte zur ideologischen Einflussnahme; sie haben das Geschehen aber zu keinem Zeitpunkt dominieren können. Vielmehr muss in Bezug auf den radikalen Teil der Protestbewegung von einem Extremismus der eigenen Art (Extremismus sui generis) gesprochen werden. Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat mit der Einrichtung des Beobachtungsbereichs „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ reagiert. Personen, die diesem Beobachtungsbereich zugeordnet werden, kennzeichnet die fundamentale Ablehnung des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, ohne dass sie ein rechtsextremistisches Alternativmodell, etwa eine Volksgemeinschaft oder einen ethnisch homogenen Nationalstaat, anstreben. Diese destruktiv-extremistische Position wird von den Anhängern der Reichsbürgerbewegung geteilt, die ihren radikalierenden Einfluss auf das Demonstrationsgeschehen mit Fortdauer der Protestaktionen ausdehnen konnten. Perspektivisch wird den Verfassungsschutz die Frage beschäftigen, in welche Richtung sich dieses Personenpotenzial entwickelt, welches während der Aktionen gegen die Corona-Maßnahmen sichtbar geworden ist und staatliches Handeln delegitimiert, wenn der Anlass des Protests nach Eindämmung der Pandemie nicht mehr gegeben ist. Von der Wahl eines polarisierenden Themas, das die Bevölkerung mobilisieren kann, wird es abhängen, ob sich die demokratiefeindlichen Strömungen zu einer Bewegung verstetigen können. Einen Ansatzpunkt könnten Maßnahmen zum Klimaschutz durch die neugewählte Bundesregierung bieten. Rechtsextremisten werden auf der Basis geteilter verschwörungstheoretischer Überzeugungen versuchen, hiervon zu profitieren.

Den Resonanzraum Internet wissen auch neurechte Strömungen, die vom Komplex des neonazistischen und gewaltbereiten Rechts-

extremismus zu unterscheiden sind, propagandistisch zu nutzen. Neurechte Strömungen betreiben unter Beibehaltung der institutionellen Formen des demokratischen Rechtsstaats eine Umwertung seiner normativen Grundlagen. Eine ideologische Allianz, zu der Internet-Plattformen wie PI-News, Organisationen wie die IBD, ebenso wie neurechte Autoren und Verlage gehören, ist bemüht, die Diskurshoheit zu erringen und Begriffe zu bestimmen, indem z. B. der Islam mit Islamismus systematisch gleichgesetzt oder der Begriff Flüchtling mit ausschließlich negativen Assoziationen verwendet wird. Die ausgiebig genutzte Möglichkeit, entsprechende Positionen über das Internet zu verbreiten, hat den Wirkungsradius und die Wirkmacht neurechter Akteure deutlich vergrößert. Neurechte Ideologen knüpfen an eine Entwicklung an, die Sozialwissenschaftler mit den Worten „Radikalisierung von Ressentiments“ beschreiben. Neurechte sind bemüht, eine aufgeheizte, zum Teil hasserfüllte Stimmung, wie sie sich in vielen Foren und Chatgruppen zeigt, mit verschwörungstheoretischen Erklärungsansätzen vom vermeintlich drohenden Volkstod oder einem angeblich geplanten Bevölkerungsaustausch ideologisch zu kanalisieren. Ihre Argumentation in Kategorien der Ungleichwertigkeit ist ungleich subtiler als die offen rassistische, sozialdarwinistische und antisemitische Propaganda der Neonazis. Hinter dem von ihnen vertretenen ethnopluralistischen Ansatz verbirgt sich erst bei genauerer Betrachtung ein Homogenitätsdenken, das Individualrechte und die realen gesellschaftlichen Verhältnisse negiert. In neurechten Theorien bildet die ethnische Zugehörigkeit die zentrale Bezugsgröße und nicht die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte. Konsequenterweise wird die Einzelperson nach ihrer ethnischen Gruppenzugehörigkeit und nicht nach ihrer Individualität bewertet. Zwischen den Ethnien wiederum bestünden Rangunterschiede, wie sich am Beispiel abwertender Äußerungen, insbesondere über arabische und türkische Muslime, nachweisen lässt. In einer Gesamtbetrachtung entlarvt sich der ethnopluralistische Ansatz somit als ein kulturrassistisches Konstrukt. Seit längerer Zeit versuchen neurechte Strömungen im vopolitischen Raum Terrain zu gewinnen. Die aktionistische „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) übernahm mit ihren öffentlichkeitswirksamen Inszenierungen zunächst eine Vorreiterrolle. Seitdem aber einige Anbieter von sozialen Medien der IBD den Zugang gesperrt haben,

hat die Organisation an Wirkkraft verloren. Ihre Entwicklung stagniert. Der Einfluss neurechter Ideologie bleibt hiervon unberührt. Mittlerweile haben neurechte Positionen über den „Flügel“, einen parteiinternen Personenzusammenschluss innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), Eingang in den parlamentarischen Raum gefunden. Der „Flügel“ ist seit dem 19.03.2020 Beobachtungsobjekt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, weil er auf der Basis des neurechten ethnopluralistischen Ideologieansatzes für eine ethnisch-homogene Gesellschaftsordnung eintritt, die Individualrechte negiert und Minderheiten ausgrenzt. Formell hat sich der „Flügel“ zwar am 30.04.2020 aufgelöst, informelle Strukturen und Einfluss aber bestehen fort. Ein Treffen am 20.02.2021 in Verden von Anhängern des aufgelösten „Flügels“ mit dem Ziel, seine Strukturen in Niedersachsen zu reaktivieren, ist ein Indiz für das Fortwirken dieses Personenkreises. Der Verfassungsschutz wird aufklären, welche Kontakte er in andere Bereiche des Rechtsextremismus unterhält sowie ob und inwieweit es ihm gelingt, die Gesamtausrichtung der AfD zu bestimmen.

Fazit:

Die bereits in den letzten Jahren beschriebene strukturelle Veränderung des Rechtsextremismus schreitet weiter voran. Tradierte Organisationsformen, die die Wahrnehmung des Rechtsextremismus jahrelang bestimmt haben, verlieren zunehmend an Bedeutung. Der Strukturwandel ist wesentlich auf veränderte Kommunikationsformen und damit einhergehende veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen zurückzuführen. Die Wirkmacht rassistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Positionen bleibt davon unberührt. Sie kommt in anderen, zum Teil fluiden und temporären Organisations- und Aktionsformen zum Ausdruck und wird damit unberechenbarer. Allein die Sozialisierung von potenziellen Gewalttätern in traditionellen rechtsextremistischen Organisationen steht nicht mehr im Vordergrund.

Mindestens von ebenso großer Bedeutung sind Radikalisierungsprozesse, die sich unter dem Einfluss des Internets vollziehen. Sie können mit den Begriffen Enthemmung (ausufernder Hass) und Entgrenzung (Aufweichung der Grenzmarkierung zwischen nicht-extremistischem und extremistischem Protest) beschrieben werden.

Die Sicherheitsbehörden stehen vor der Herausforderung, ihr prognostisches Instrumentarium und ihre Aufklärungsmethodik dieser Entwicklung permanent anzupassen.

Auf der anderen Seite wird der demokratische Rechtsstaat von extremistischen neurechten Strömungen herausgefordert, die darauf ausgerichtet sind, seine normativen Grundlagen zu unterminieren, ohne auf das Mittel der physischen Gewalt zurückzugreifen. Das veränderte Kommunikations- und Informationsverhalten ist auch für diese Strömungen ein entscheidender Faktor, um in die Gesellschaft hineinzuwirken und den vopolitischen Raum zu besetzen. Neurechte Autoren geben Vorurteilen und Ressentiments einen ideologischen Legitimationsrahmen. Präventionsmaßnahmen müssen deshalb bereits auf der Einstellungsebene, bei der Vorurteilsbildung ansetzen, wenn die Verbreitung von demokratiefeindlichen Positionen eingehegt werden soll, die im schlimmsten Fall zu einem Kreislauf von Hasspropaganda und Gewaltanwendung führen kann. Bei der Analyse des neuen Beobachtungsfeldes „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ wird der Frage nachzugehen sein, ob Rechtsextremisten der fundamentalen Systemablehnung und der destruktiv-gewaltbereiten Form dieses Extremismus eine ideologische Stoßrichtung geben können. Einflussversuche erfolgen sowohl von neonazistischer als auch von neurechter Seite. Gelingt eine Ideologisierung, dürfte sich das sichtbar gewordene demokratiefeindliche Potenzial, das sich im Zuge der Anti-Corona-Protteste gezeigt hat, verstetigen.

„Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“

Die Corona-Pandemie hat sich im Jahr 2021 fortgesetzt und damit auch der Protest gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. In Niedersachsen fanden weiterhin Demonstrationen von Impfgegnern, Querdenkern und Corona-Leugnern statt, die, nach zunächst rückläufiger Beteiligung, zum Ende des Jahres wieder steigende Teilnehmerzahlen aufwiesen. Eine bundesweite Mobilisierung wurde trotz mehrerer Versuche bei keiner niedersächsischen Großveranstaltung erreicht. Die Szene verfolgte daraufhin vermehrt die Strategie, das Protestgeschehen dezentral und niedrigschwellig zu halten. So fanden seit Ende 2021 landesweit regelmäßig unangemeldete, von den Teilnehmenden lediglich als „Spaziergänge“ de-

klarierte, Versammlungen statt. Die Teilnehmenden dieser Demonstrationen kamen meist aus dem lokalen Umfeld.

Bundesweit versuchten zudem Rechtsextremisten und Reichsbürger wiederholt, die Demonstrationen für ihre eigenen Ziele zu nutzen. In Niedersachsen war es die Partei „Die Rechte“, die Einfluss auf einzelne Demonstrationen nehmen wollte, um eine Entgrenzung zu forcieren und um neue Personenpotenziale zu erschließen. Insgesamt gesehen sind Rechtsextremisten zwar nicht prägend für die Demonstrationen, allerdings zeigt sich bei manchen Organisatoren und Teilnehmenden eine gewisse Akzeptanz ihnen gegenüber. Gleiches gilt für entsprechende Chatgruppen in sozialen Medien.

In Teilen der Szene gibt es eine vermeintliche Toleranz gegenüber anderen, extremen Meinungen und Gruppierungen. Diese Toleranz gegenüber radikalen Äußerungen führt dazu, dass im Internet sowohl extremistische Informationsangebote als auch antisemitisch konnotierte Verschwörungstheorien widerspruchlos akzeptiert und letztlich auch übernommen werden. In den virtuellen Filterblasen sozialer Medien mit lediglich gleichgesinnten Nutzern werden eigene Sichtweisen bestätigt und nicht mehr kritisch hinterfragt.

Die Einstellung vieler Querdenker und Corona-Leugner ist von der Überzeugung geprägt, keine Meinung auszugrenzen. Diese Überzeugung kann integrierend gegenüber Rechtsextremisten und Reichsbürgern wirken. Zugleich erschwert sie eine klare Abgrenzung zu extremistischen Positionen innerhalb der Szene. Exemplarisch hierfür sind die Musikprojekte des niedersächsischen Rechtsextremisten und Sängers der rechtsextremistischen Band „Kategorie C“, Hannes Ostendorf, zusammen mit dem bekannten Popsänger und Verschwörungstheoretiker Xavier Naidoo sowie mit zum Teil namhaften Vertretern einer Mischszene aus Rechtsextremisten, Reichsbürgern, Querdenkern und anderen Verschwörungstheoretikern.

Insbesondere mit Blick auf die öffentliche Diskussion um eine allgemeine Impfpflicht hat sich der Protest nochmals verschärft. Es ist eine zunehmende Radikalisierung festzustellen und weiterhin zu erwarten. Im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen Personen, die das demokratische System, seine Repräsentanten und Institutionen verächtlich machen, deren Legitimation absprechen und Aktionen wie auch Gewalttaten planen. Die in Niedersachsen tätigen Gruppen und Einzelpersonen unterscheiden sich untereinander sowohl

in ihrer Artikulation und Rhetorik als auch in ihrer Toleranz gegenüber rechtsextremistischen und reichsbürgertypischen Narrativen. Die Aussagen reichen von verschwörungstheoretisch aufgeladener Impfkritik bis hin zu dem Versuch, einen radikalen Systemwechsel oder in manchen Fällen einen gewaltsamen Systemumsturz zu rechtfertigen.

Durch verschiedene, vor allem in einschlägigen virtuellen Gruppen und Netzwerken verbreitete Verschwörungstheorien werden fortlaufend neue Feindbilder und Zielsetzungen geschaffen. Es wird dazu aufgerufen, die „staatlichen Verschwörer“ bzw. das „korrupte System“ zu stürzen. Impfgegner und Corona-Leugner befinden sich zum Teil tief in virtuellen, verschwörungstheoretisch geprägten Filterblasen. Ihre Informationen bekommen sie lediglich aus sogenannten alternativen Medien, sie kommunizieren nur noch über bestimmte soziale Netzwerke wie den Messenger-Dienst Telegram. Für diese Menschen ist es in der Folge zunehmend schwieriger geworden, sich von den verbreiteten Fake-News und Verschwörungstheorien abzuwenden.

In ihrer Rhetorik ist immer wieder von einem „Tag X“ die Rede, an dem die öffentliche Ordnung gekippt und ein gewaltsamer Umsturz herbeigeführt werden soll. Als Rechtfertigung ihres Verschwörungsglaubens wird von „Corona-Diktatur“ gesprochen und der Bundesregierung vorgeworfen, sie stehe nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Um das eigene „wehrhafte“ Verhalten als einen angeblich legitimen Widerstand zu rechtfertigen und sich selbst als Opfer eines vermeintlichen Unrechtsstaates zu inszenieren, ist wiederholt die Relativierung des DDR-Regimes („DDR 2.0“) wie auch des historischen Nationalsozialismus festzustellen. Impfverweigerer bezeichnen sich etwa als „die neuen Juden“ und stigmatisieren sich vermeintlich selbst durch das Tragen eines gelben Davidsterns mit der Aufschrift „ungeimpft“ bzw. „nicht geimpft“.

Angesichts eines schwindenden Mobilisierungspotenzials und des fehlenden Rückhalts aus der Bevölkerung radikalieren sich Teile der Szene und rechtfertigen die Anwendung von Gewalt, um die staatlichen Beschränkungsmaßnahmen zu beenden bzw. um eine vermeintliche Verschwörung der Eliten (insbesondere in Politik, Wissenschaft und Pharmaunternehmen) aufzudecken. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die potenzielle Gefahr, die von klan-

destinen Gruppen oder von radikalen Einzeltätern ausgeht. Beispiel hierfür ist die Tötung eines Tankstellenkassierers in Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz) am 18.09.2021 aufgrund einer Aufforderung, die Maskenpflicht einzuhalten. Unter Querdenkern und Corona-Leugnern hat die Tat vereinzelt positive Resonanz hervorgerufen.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat die Entwicklungen von Beginn an sehr genau beobachtet und nach fachlicher Prüfung am 25.05.2021 das Verdachtsobjekt¹⁹ „Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates“ eingerichtet. Für die nachrichtendienstliche Bearbeitung des neuen Phänomens haben sich die bisherigen Definitionen und Kategorien als ungenügend erwiesen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat deshalb in Abstimmung mit den Landesbehörden im Frühjahr 2021 ein gleichlautendes bundesweites Beobachtungsobjekt²⁰ in dem neu geschaffenen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ bestimmt.²¹ Mit der Einrichtung des Verdachtsobjektes in Niedersachsen wird der erforderlichen Präzisierung der Analyse einer neu entstandenen Mischszene Rechnung getragen. Zu dieser zählen aktuell neben Rechtsextremisten auch Reichsbürger sowie Coronaleugner, wobei die COVID-19-Pandemie lediglich als gegenwärtiges Thema dient, der eigenen grundsätzlichen Demokratiefeindlichkeit Ausdruck zu verleihen. Insbesondere radikalisierte Einzelpersonen und Gruppen finden zueinander und vernetzen sich untereinander. Auf der Grundlage von Verschwörungstheorien werden der Bundesrepublik Deutschland sowie den Bundesländern und deren Vertretern ihre Rechtmäßigkeit abgesprochen und Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abgelehnt. In dieser Mischszene besteht für Extremisten eine Möglichkeit, Einfluss auf noch nicht radikalisierte Personen zu nehmen und die Entgrenzung des Extremismus weiter voranzutreiben, wobei Verschwörungstheorien das Scharnier und gemeinsame Fundament zwischen den ideologisch unterschiedlichen Teilen

19 Bei einem Verdachtsobjekt wird noch geprüft, ob die Voraussetzungen für ein Beobachtungsobjekt vorliegen (§ 7 NVerfSchG).

20 Bei einem Beobachtungsobjekt liegen Tatsachen vor, die das Vorliegen einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 belegen (§ 6 NVerfSchG).

21 Vgl. Kurzmeldung auf der Internetseite des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 29.04.2021, „Neuer Phänomenbereich, Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“.

bilden. Der Zugang – etwa über den Messengerdienst Telegram – ist niedrigschwellig, die Inhalte dienen als Bindeglied zwischen Extremisten und Nichtextremisten. Für die weitergehende ideologische Beeinflussung von bereits stark radikalisierten Coronaleugnern bieten Rechtsextremisten und Reichsbürger wiederum eigene Resonanzräume. Dabei besteht die Gefahr, dass sich radikalisierte Coronaleugner am Gewaltverhältnis von Rechtsextremisten und Reichsbürgern orientieren.

„Völkische Personenzusammenschlüsse/Völkische Siedler in Niedersachsen“

Unter dem Begriff „Völkische Personenzusammenschlüsse/Völkische Siedler in Niedersachsen“ werden rechtsextremistische völkische Gruppierungen und Familien-/Siedlerverbände gefasst, die im ländlichen Raum eine naturorientierte, ländliche und kleinbäuerliche Lebensweise auf der Basis einer völkisch-nationalistischen Ideologie pflegen und innerhalb ihres kinderreichen Familien- und Freundeskreises nach völkischen Denk- und Verhaltensmustern und neuheidnischen Riten leben. Dabei orientieren sie sich an der von den Nationalsozialisten propagierten Volksgemeinschaft, die als „geschichtlich gewachsene Blutsgemeinschaft“ idealisiert wird und die Ausgrenzung anderer Ethnien beinhaltet (Blut-und-Boden-Ideologie). Völkische Siedler sind gefestigte Rechtsextremisten, die zum Erhalt einer als besonders widerstandsfähig verstandenen „germanisch-nordischen Rasse“ die Durchmischung mit anderen Ethnien ausschließen, da sie diese als die Volksgemeinschaft schwächend bewerten.

Siedlungsbestrebungen liegen dabei vor, wenn Akteure aus dem rechtsextremistischen Spektrum gezielt versuchen, Rückzugsräume für eine – häufig bäuerlich ausgerichtete Lebensgestaltung – zu schaffen, indem geographische Gebiete durch Zuzug und/oder ideologische Prägung vereinnahmt werden.

Der ländliche Raum eignet sich aufgrund niedriger Immobilienpreise und seiner teilweisen Abgeschlossenheit für ein derartiges Lebensmodell in besonderer Weise. Zugleich bilden diese Gebiete die zentralen Aktionsorte völkischer Personenzusammenschlüsse und Siedler.

Die von völkischen Siedlern vertretene Ideologie richtet sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und ist in ihrer Wirkungsweise geeignet, deren Schutzgüter erheblich zu beeinträchtigen.

So ist der völkische Kollektivismus mit der Idealisierung einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft unvereinbar mit den Rechten und Interessen des Einzelnen. Er steht im Widerspruch zum Menschenbild des Grundgesetzes (GG), das die Würde jedes einzelnen Menschen (Art. 1 GG) und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit (Art. 2 GG) in den Mittelpunkt stellt. Ebenfalls widerspricht er dem Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 GG) und dem Gedanken des friedlichen Zusammenlebens der Völker (Art. 26 GG).

Die Verfassungsfeindlichkeit „Völkischer Personenzusammenschlüsse/Völkischer Siedler in Niedersachsen“ zeigt sich in ihrer fundamentalen Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nach § 4 Abs. 3 NVerfSchG und des demokratischen Verfassungsstaates und seiner Institutionen. Sie richtet sich gegen den demokratischen Rechtsstaat (Art. 20 GG) und in Teilen gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG).

Aus den bisher zugänglichen Informationen ist abzuleiten, dass eine trennscharfe Zuordnung des aktiven Personenpotenzials zu einzelnen Organisationen nicht zielführend ist, um das gesamte Spektrum völkischer Akteure, den wechselseitigen Austausch und die Vernetzung untereinander sowie ideologische Gemeinsamkeiten umfassend analysieren zu können. Darum umfasst das Sammelbeobachtungsobjekt „Völkische Personenzusammenschlüsse/Völkische Siedler in Niedersachsen“, u. a. die Personenzusammenschlüsse

- „Der Sturmvogel – Deutscher Jugendbund“,
- „Die Anastasia-Bewegung“,
- „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“,
- die ehemalige „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ) sowie
- Einzelpersonen, die aufgrund des Vorliegens von tatsächlichen Anhaltspunkten den völkischen Siedlern zugeordnet werden.

2.4 Rechtsextremistische Musikszene

Gründung/ Bestehen seit	1980er Jahre
Struktur/ Repräsentanz	Heterogenität der organisatorisch nicht gefestigten subkulturellen rechtsextremistischen Szene; eine Ausnahme bilden die „Hammerkins“ mit einem festen hierarchischen Aufbau; viele Szeneangehörige im jugendlichen Alter
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Niedersachsen: 590 →
Veröffentlichungen	Publikationen: CD-Veröffentlichungen, Fanzines; Web-Angebote: Online-Versände, Bekanntmachung von Konzertterminen über Foren, Veröffentlichungen von Videos
Kurzportrait/Ziele	<p>Der subkulturelle Bereich im Rechtsextremismus ist hauptsächlich von szenetypischer Musik und einem damit verbundenen – nicht selten gewaltorientierten – Lebensstil geprägt. Dabei zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass die subkulturelle Szene an eigenständiger Bedeutung verloren hat. Sichtbar wird dieser Wandel vor allem in dem fast vollständigen Verschwinden rechtsextremistischer Skinheads aus dem öffentlichen Straßenbild, die in den 1980er und 1990er Jahren die gewaltbereite rechtsextremistische Szene maßgeblich geprägt hatten.</p> <p>Zu beobachten sind stattdessen informelle, eher strukturlose Gruppen oder Personenzusammenschlüsse, die kaum regelmäßige Aktivitäten entfalten, die keinen festen Mitgliederstamm haben und die nur sporadisch auf sich aufmerksam machen. Die Grenzen zwischen den einzelnen Bereichen des Rechtsextremismus sind daher fließend und verschwommen, so dass eine Unterscheidung nach trennscharfen Kriterien immer schwieriger wird. Rechtsextremistische Einstellungsmuster sind von größerer Bedeutung als die organisatorische Anbindung an eine bestimmte Gruppierung. In der von Männern dominierten Szene spielen Frauen eine untergeordnete Rolle, auch wenn diese nicht zu vernachlässigen ist und in ihrer Bedeutung für die subkulturelle Szene nicht unterschätzt werden darf.</p>

Die fremdenfeindliche Grundeinstellung von subkulturell geprägten Rechtsextremisten kommt dabei unreflektiert, häufig spontan und gewaltsam zum Ausdruck. Sie wird ausgelebt und nicht ideologisch im Sinne eines politischen Ansatzes überhöht. Eine wichtige Rolle spielt hier die rechtsextremistische Musik mit ihrer aufputschenden Wirkung. Sie vermittelt Feindbilder, aber keinen politischen Ansatz.

Rechtsextremistische Musik ist zugleich ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls bei den Szeneangehörigen. Rechtsextremistische Parteien nutzen rechtsextremistische Bands und Liedermacher, um ihre Veranstaltungen für ein jüngeres Publikum attraktiver zu gestalten. In Niedersachsen allerdings ist auch aufgrund der politischen wie organisatorischen Schwäche der rechtsextremistischen Parteien eine derartige Feststellung nicht zu treffen. Allgemein hat die Musik jedoch den Zweck, rechtsextremistische Ideologie – auch an Außenstehende – zu vermitteln. Die Liedinhalte formulieren in plakativer, häufig hetzerischer Form die rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellung der Szeneangehörigen.

Die Bandbreite rechtsextremistischer Musik erstreckt sich von Black Metal über Schlager bis zu Balladenmusik. Daneben haben die Stilrichtungen Rap und Hip-Hop an Akzeptanz gewonnen, insbesondere bei Angehörigen der „Identitären Bewegung“. Den größten Zuspruch innerhalb der subkulturellen Szene erfährt unverändert die Stilrichtung Rock against Communism (RAC).

Finanzierung

Verkauf von rechtsextremistischen Tonträgern sowie Handel mit Devotionalien, darunter Kleidung, die mit rechtsextremistischen Aussagen bedruckt ist. Handel und Verkauf dienen teilweise ausschließlich wirtschaftlichen Interessen, während Einnahmen aus Musikveranstaltungen mitunter Aktivitäten finanzieren.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Beobachtungswürdigkeit ergibt sich aus der fremdenfeindlichen Grundeinstellung und aus der Gewaltanwendung oder der Bereitschaft zur Gewalt, die für subkulturell geprägte Rechtsextremisten einen Ausdruck von Männlichkeit und Dominanz darstellt. Gewalt wird insbesondere unter Alkoholeinwirkung zuweilen hemmungslos, brutal und meistens spontan ausgelebt. Auch die Liedtexte rechtsextremistischer Musik fördern gewaltorientierte Aktivitäten; sie transportieren Gewaltphantasien, Aufrufe zu Gewalt oder vermitteln Feindbilder. Von eingängigen oder aufputschenden Melodien getragen können die Liedtexte eine suggestive Wirkung entwickeln. Hiermit richten sich subkulturell geprägte Rechtsextremisten gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG) sowie gegen den demokratischen Rechtsstaat (Art. 20 GG). Damit sind sie verfassungsfeindlich; ihre Beobachtung richtet sich nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Rechtsextremistische Musikszene

Rechtsextremistische Musik ist für die subkulturelle Szene von einem hohen werbestrategischen Stellenwert. Gleiches gilt für die neonazistische Szene und für die rechtsextremistischen Parteien NPD, „Die Rechte“ und „Der III. Weg“. Musik bietet einen ersten leicht zu konsumierenden Zugang zu rechtsextremistischen Themen und Weltbildern. Damit ist rechtsextremistische Musik ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls bei den Szeneangehörigen und dient darüber hinaus dem Zweck, rechtsextremistische Ideologien – auch an Außenstehende – zu vermitteln. Dazu erklärte ein Verantwortlicher des im Jahr 2021 neu erschienenen Fanzines „Rock Hate“ als einen der Gründe für die Herausgabe der Zeitschrift:

„... Nationale radikale Meinungen, besonders in Form von Musik, müssen verstärkt ins Volk gebracht werden.“

Aufgrund der allgemeinen staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie konnte die rechtsextremistische Musikszene auch im Jahr 2021 dieser Funktion im Veranstaltungswesen kaum nachkommen.

Dagegen weist die Anzahl der Zugriffe auf rechtsextremistische Musikvideos im Internet sowie die Präsenz rechtsextremistischer Musik in den sozialen Medien darauf hin, dass die Verbreitung der Musik weit über das registrierte rechtsextremistische Personenpotenzial hinausreicht. Besonders angesprochen fühlen sich Jugendliche, die ihre soziale Situation in den Liedtexten widergespiegelt finden und die nach Integration in eine Gruppe Gleichgesinnter streben. Die Konfrontation mit rechtsextremistischer Musik kann den Beginn einer Entwicklung markieren, in deren Verlauf sich Jugendliche zunehmend mit der rechtsextremistischen Szene identifizieren. Die Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Musik ist deshalb seit mehreren Jahren ein Schwerpunkt der präventiven Verfassungsschutzarbeit.²²

Ein zentrales Thema des gesamten Rechtsextremismus ist die Flüchtlingspolitik Deutschlands und Europas. Humanitäre Hilfsangebote der Seenotrettung von Bootsflüchtlingen im Mittelmeer werden mit menschenverachtenden Kommentierungen bedacht. Ein Beispiel aus der rechtsextremistischen Musikszene bietet hierfür der Tonträger „Gut und Böse“ der Band „Weiße Wölfe“ aus Nordrhein-Westfalen. In dem Lied „SOS=Europa“ heißt es:



*„Seht ihr dort das Partyboot von Rucola Trompete?
Die armen, armen Fachkräfte machen 'ne riesen Fete.*

...

*Wieder mal werden Recht und Gesetz untergraben,
damit selbsternannte Gutmenschen freie Fahrt haben.*

...

*Glaubt ihr wirklich an die Not, ihr blöden Penner?
Deshalb stürmen Europa auch nur junge, gesunde Männer.“*

²² Siehe Kapitel 6.

In dem Lied „Willkommen“ des o. g. Tonträgers hetzt die Band gegen Personen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagiert und Geflohenen freundlich empfangen haben:

*„Wir sahen sie bei Wind und Wetter auf den Straßen und Bahnhöfen stehen,
ihre grenzenlose Dummheit ist beim besten Willen nicht zu verstehen.
,Refugees welcome‘ hörten wir sie schreien,
denn Fachkräfte und Kulturbereicherer sollten sie sein.*

*Willkommen im Land des gelebten Wahnsinns!
Willkommen im Land der Idiotie!
Willkommen im Land der realen Lüge!
Willkommen in Deutschland – in der Freiluft-Psychiatrie.“*

In ihrem Lied „Selbstmord auf Raten“ prangert die Band in szenetypischer Argumentation den angeblich drohenden Untergang des deutschen Volkes an und macht ein „umfassendes Staatsversagen“ für das vermeintliche Scheitern des demokratischen Rechtsstaates verantwortlich:

*„Der Migrationspakt wurde einfach durchgewunken,
Die Fakten dazu erlogen und erstunken.
Wer glaubt, dass man Migranten so steuert,
ist der Realität fern und total bescheuert.*

*Selbstmord auf Raten – in Worten und in Taten,
die Vertreter unseres Volkes schaffen unser Deutschland ab.
Ein seelenloser, bunt gemischter Vielvölkerstaat sollen wir sein,
So schaufeln sie unser aller Massengrab.“*

Die Produzenten solcher Musik lassen Tonträger vor der Veröffentlichung durch Rechtsanwälte auf mögliche Rechtsverstöße überprüfen, um Indizierungsmaßnahmen, strafrechtliche Verfahren und damit einhergehende finanzielle Verluste zu vermeiden. Strafrechtlich relevante CDs, deren Anteil weniger als zehn Prozent beträgt, werden bis auf wenige Ausnahmen im Ausland produziert.

Nach wie vor erscheinen Tonträger, die nur szeneeintern und nicht

über offen zugängliche Szenevertriebe verkauft werden. Da eine Strafverfolgung hier fast nicht möglich ist, äußern die Bandmitglieder in den Texten offen ihr fremdenfeindliches, antisemitisches und rassistisches Gedankengut. Häufig wird offen zur Gewalt gegen die von der Szene als Feinde betrachteten Personen aufgerufen oder sie werden anderweitig bedroht. Derartige Tonträger werden von der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ)²³ regelmäßig geprüft und ggf. als jugendgefährdend und möglicherweise strafrechtlich relevant bewertet und indiziert.

Immer häufiger werden neue Tonträger kurz nach ihrer Veröffentlichung in Download-Portalen oder in sozialen Netzwerken im Internet angeboten und gratis zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung bietet zwar einerseits die Möglichkeit, über die Szene hinaus einen größeren Verbreitungsgrad von rechtsextremistischer Musik zu erreichen. Andererseits führt das kostenfreie Herunterladen aus dem Internet zu finanziellen Einbußen der betroffenen Bands und Musiker, die wiederum befürchten, weniger CDs zu verkaufen und die Produktionskosten nicht mehr decken zu können. Um dem entgegenzuwirken und dem Nutzerverhalten insbesondere der jungen Hörerschaft entgegenzukommen, versuchen rechtsextremistische Musiker über kostenpflichtige Streaming-Dienste ihre Tonträger zu verbreiten. Bei mehreren gängigen Anbietern solcher Dienste finden sich daher Veröffentlichungen rechtsextremistischer Musiker. Dieses erleichtert den Zugang zu einschlägiger Musik und trägt zu einer Vertrautheit mit der Perspektive des Rechtsextremismus auf diverse Themenfelder bei. War früher die Teilnahme an rechtsextremistischen Musikveranstaltungen häufig der Einstieg in die rechtsextremistische Szene, genügt heute das weitreichende Angebot der Streaming-Dienste und Videoportale aus, ohne dass es hierfür eines Kennverhältnisses zu Szeneangehörigen bedarf.

Die Anzahl rechtsextremistischer Musikgruppen hat sich bundesweit in den letzten Jahren kaum verändert. Dabei handelt es sich nicht um einen permanent gleichbleibenden Kreis von Musikgruppen. Viele Bands bestehen nur für kurze Zeit. Mitunter finden sich Mitglieder rechtsextremistischer Bands unter neuem Namen einmalig für Musikprojekte zusammen.

²³ Ehemals Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM), Umbenennung ab 01.05.2021.

Bundesweit fanden 18 rechtsextremistische Konzerte (2020: 28) statt, bei denen der regionale Schwerpunkt in Sachsen lag. In Niedersachsen gab es lediglich einen Balladenabend.²⁴

Die andauernde Corona-Pandemie hatte wie im Vorjahr massive Auswirkungen auf die Durchführung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen. Kontaktbeschränkungen und das Verbot von Veranstaltungen mit größeren Teilnehmerzahlen führten erneut zur Absage geplanter Veranstaltungen oder zu einem Ausweichen auf das nächste Jahr. Allerdings ist mit der stufenweise durchgeführten Rücknahme von Beschränkungsmaßnahmen bereits ein zahlenmäßiger Anstieg von Musikveranstaltungen zu verzeichnen.

Die in Deutschland zumeist konspirativ organisierten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen werden durchschnittlich von 100 bis 150 Personen besucht. Die Ankündigungen für diese Konzerte erreichen in der Regel nur Szeneangehörige, so dass eine Werbewirkung für Interessierte ohne Szenebezug nahezu ausgeschlossen ist.

Ein fortlaufender Trend sind rechtsextremistische Großveranstaltungen mit Musikdarbietungen namhafter Szenebands als zentralem Bestandteil, die von Wortbeiträgen einschlägiger Redner flankiert werden. Diese Veranstaltungen sind als politische Kundgebungen angemeldet und lassen sich daher nur schwer verhindern. Wegen des erhöhten Organisationsaufwandes und des finanziellen Risikos sind die Organisatoren in diesen Fällen bereit, die Veranstaltung bei den Ordnungsbehörden anzumelden und die staatlichen Auflagen, bis hin zu einem generellen Alkoholverbot, einzuhalten.

Eine dieser politischen Kundgebungen sollte die vierte Auflage des „Schild & Schwert“-Festivals in Ostritz (Sachsen) sein. Die Veranstaltung war bereits von Juni 2020 auf September 2020 und dann auf das Jahr 2021 verschoben worden. Die Durchführung wurde wegen der weiterhin bestehenden staatlichen Corona-Beschränkungen nunmehr für das Jahr 2022 angekündigt.

Rechtsextremistische Musik in Niedersachsen

Im Jahr 2021 waren drei niedersächsische Musikgruppen sowie zwei Liedermacher aktiv.

²⁴ Siehe Abschnitt „Rechtsextremistische Konzerte und Liederabende in Niedersachsen“.

„Boots Brothers“

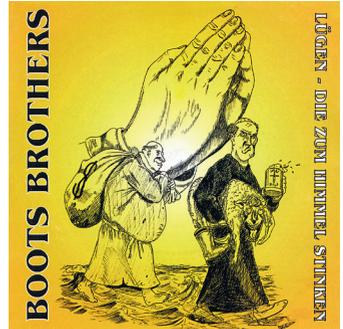
Der erstmalig im Jahr 1997 veröffentlichte Tonträger „Lügen, die zum Himmel stinken“ der zum Ende der 1990er Jahre aktiven Band „Boots Brothers“ aus dem Landkreis Diepholz wurde neu aufgelegt.

„Hannes“ / „Kategorie C“ / „Nahkampf“

Die Bands „Nahkampf“ und „Kategorie C“ waren personidentische Projekte um den Sänger Hannes Ostendorf aus Lillienthal (Landkreis Osterholz), der diese zum Ende des Jahres 2019 vermeintlich aufgelöst hat. Während die Texte der Band „Kategorie C“ oftmals eher unpolitisch sind und der Fußballbezug sowie die Gewaltbereitschaft von Hooligans im Vordergrund stehen, bilden bei den Texten der Band „Nahkampf“ politische Themen den Schwerpunkt. Seit der Beendigung der beiden Bandprojekte ist Ostendorf als Liedermacher „Hannes“ in der rechtsextremistischen Musikszene aktiv, wobei seine Auftritte oftmals weiterhin als Auftritte von „Kategorie C“ beworben werden. Der szeninterne Bekanntheitsgrad der Band wird dafür genutzt, eine weitreichende Werbewirkung für die Veranstaltungen zu erzielen. Dennoch nehmen an den Liederabenden selten mehr als 50 Personen teil.

Im November 2021 erschien entgegen der verkündeten Auflösung der Tonträger „Dreiunddreißig“ anlässlich des 33-jährigen Jubiläums der Gründung der Band „Nahkampf“. Der Tonträger wurde jedoch nicht mit der ursprünglichen Bandbesetzung eingespielt, sondern zusammen mit Nico Roth, einem rechtsextremistischen Musiker aus Rheinland-Pfalz, mit dem Ostendorf bereits in anderen Projekten zusammengearbeitet hatte. Zuvor war im Sommer der Tonträger „Der Krieger“ der Band „Nahkampf“ veröffentlicht worden. Bei den darauf enthaltenen fünf Liedern handelt es sich um eine Zweitverwertung von Musikstücken, die bereits 2001 erstveröffentlicht wurden. Neue Stücke der Band sind hingegen nicht enthalten. Daneben veröffentlichte Ostendorf als „Hannes“, ebenfalls in Zusammenarbeit mit Roth, den Tonträger „Deutscher Meister“ sowie gemeinsam mit dem Rechtsextremisten Martin Böhne aus Nordrhein-Westfalen die Tonträger „Live an der Theke“ und „Aufbruch“.

Den Schwerpunkt seiner überwiegend von wirtschaftlichen Interessen geleiteten Aktivitäten verlagerte Ostendorf im Jahr 2021





in den Bereich der Reichsbürger- und Querdenkerszene. So veröffentlichte er im August 2021 die Mini-CD „Deutschland krempelt die Ärmel hoch“ mit vier Liedern. Das gleichnamige Lied singt er mit dem bekannten deutschen Popmusiker Xavier Naidoo, der wiederholt durch verschwörungstheoretische und reichsbürgertypische Äußerungen aufgefallen ist. Der Titel des Liedes spielt auf eine gleichlautende Kampagne des Bundesministeriums für Gesundheit zur Corona-Schutzimpfung an. Ostendorf und Naidoo suchen in ihrem Text dagegen nach „starken

Männern“, die der Regierung und den getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie entgegentreten. Verdeutlicht wird dies in dem dazugehörigen Musikvideo. Darin sind neben den Interpreten auch eine Personengruppe mit rockertypischen Kutten sowie Hooligans zu sehen, die u. a. mit Pyrotechnik eine martialische Anmutung erzeugen. Die Rekrutierung dieser Personengruppen unterstreicht das von Ostendorf bevorzugte martialische Auftreten und ist zugleich Beleg für seine weitreichenden Kontakte bis in die Rocker- und Hooliganmilieus mit Verbindungen zur rechts-extremistischen subkulturellen Szene. Die Mini-CD enthält ferner das Lied „Wir sind Wir“, zu dem ein weiteres Musikvideo erstellt worden ist. Dieses zeigt ausgewählte Ausschnitte einer Querdenker-Demonstration am 29.08.2020 in Berlin. Ostendorf greift darin u. a. das Einschreiten von Polizeikräften gegen Teilnehmende der Veranstaltung auf, die gehindert werden, in den Reichstag einzudringen. Durch die bewusste Auswahl der Bilder soll der Eindruck erzeugt werden, dass die Polizei – und damit der Staat – mit unverhältnismäßiger Härte gegen Personen vorgeht, die ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in Anspruch nehmen wollen. Die Lieder der Mini-CD sind auch auf gängigen Streaming-Diensten abrufbar. Daneben präsentierte sich Ostendorf in den sozialen Medien als tatkräftiger Unterstützer der Opfer der Flutkatastrophe in Westdeutschland. So beteuerte er auf einem Telegram-Kanal, bereits mehrere Hundert Kisten mit Hilfsgütern zusammenbekommen zu haben. Zudem wurden Tonträger seines Projekts „Kategorie C“ meistbietend versteigert, um den Gewinn zu spenden. In seinem Agieren ist der Versuch erkennbar, die Hochwasserkatastrophe für eigene Zwecke zu nutzen und sich medienwirksam als „Helfer in der Not“ zu inszenieren.

Während er sich in musikalischer Hinsicht populären Themen widmet, nimmt Ostendorf doch selten an Veranstaltungen der Szene teil. Am 06.12.2020 war er bei einer Demonstration der Querdenkerszene in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) dabei, um Schals mit dem Werbeaufdruck „Kategorie C“ zu verteilen.

Neben seinen Musikprojekten betreibt Ostendorf weiterhin einen eigenen Online-Versand, bei dem Tonträger und Merchandising-Artikel seiner aktiven und inaktiven Musikprojekte angeboten werden. In Ergänzung dazu unterhält er eine Applikation (App) für mobile Endgeräte, mit der ebenfalls seine Produkte vermarktet werden. Nicht zuletzt dieses Angebot macht deutlich, dass sein Hauptinteresse in der Gewinnoptimierung liegt.

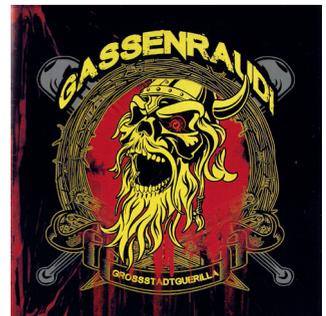
Ostendorf greift auf seine Stellung innerhalb der rechtsextremistischen Szene zurück, die er durch seine langjährige Zugehörigkeit und die Mehrzahl seiner musikalischen Projekte erlangt hat. Im Kern seines Handelns stehen die Selbstinszenierung und die Vermarktung seiner Produktpalette. Der Versuch, den Bekanntheitsgrad Naidoos für sich zu nutzen und sich der Querdenkerszene zuzuwenden, könnte sich jedoch auf die Akzeptanz in der rechtsextremistischen Szene negativ auswirken, in der ein rassistisches Weltbild und Verbundenheit dominieren.

„Eichenlaub mit Schwertern“

Das Musikprojekt „Eichenlaub mit Schwertern“ aus Südniedersachsen veröffentlichte zum Ende des Jahres 2021 den Tonträger „Die Welt in Brand“, der sich inhaltlich ausschließlich mit dem Ersten Weltkrieg befasst. Dieser schließt an einen früheren Tonträger an, der im Jahr 2019 veröffentlicht wurde und sich thematisch dem Zweiten Weltkrieg widmet.

„Gassenraudi“

Die aus dem Raum Braunschweig stammende Musikgruppe veröffentlichte im Jahr 2021 den Tonträger „Grossstadtguerilla“. In dem Lied „Strassenapotheker“ hetzt die Band gegen Menschen, die seit Beginn der größeren Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 aufgrund von Krieg und Vertreibung aus ihrer Heimat geflohen sind und in Deutschland Schutz suchten. Diesen Menschen wird in dem Lied pauschal unterstellt, kriminell zu sein:



*„Du hast Entzug, du schiebst ‘nen Film.
Dann nichts wie hin, der Straßena­potheker hat deine Medizin.*

...

*„Du hast Entzug, doch mach dir keine Sorgen über dein Problem.
Die Politik kann dich gut verstehen.
Der Fachkräftemangel an der Arzneiausgabe
wird 2015 verstärkt, keine Frage.“*

Daneben beteiligte sich die Band an Spendenaktionen der rechtsextremistischen Szene zur Hilfe der Opfer der Flutkatastrophe im Ahrtal, indem sie einige Exemplare ihres neuen Tonträgers für szeninterne Versteigerungsaktionen bereitstellte. Die Band „Gassenraudi“ spielt aber eine untergeordnete Rolle in der rechtsextremistischen Musikszene. Der Sänger der Band trat am 19.11.2021 bei einem Balladenabend in Braunschweig auf.

„Blutlinie“

Der Sänger der zuvor in Schleswig-Holstein ansässigen Band „Blutlinie“ verlegte im Jahr 2021 seinen Wohnsitz in den Landkreis Göttingen. Am 25.09.2021 und am 02.10.2021 trat er als Liedermacher unter dem Bandnamen im Rahmen rechtsextremistischer Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt auf.

„Flatlander“

Der Liedermacher „Flatlander“ aus dem Landkreis Emsland veröffentlichte ausschließlich selbstproduzierte Musikvideos. Die Verlagerung seiner Aktivitäten in die sozialen Medien und Videoportale versinnbildlicht den Rückgang von Live-Auftritten. Durch die fortgesetzten Pandemiebedingungen hat die rechtsextremistische Musikszene insgesamt weiterhin nur geringe Auftrittszahlen zu verzeichnen. Der Musiker verlegte im Jahr 2021 seinen Wohnsitz in die Niederlande.

„Stahlgewitter“ / „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“

Daniel Giese war mit seinen Musikprojekten auch im Jahr 2021 nicht aktiv. Veröffentlichungen seiner Bandprojekte werden jedoch regelmäßig auf Videoportalen hochgeladen und von den Nutzern positiv kommentiert. Die verschiedenen Projekte Gieses finden seit vielen Jahren große Beachtung in der rechtsextremistischen Szene. Dies

betrifft sowohl die durchaus versierten musikalischen Darbietungen als auch die rechtsextremistischen Texte, die sich zuweilen an der Grenze der Strafbarkeit bewegen. Der Sänger und Gitarrist der Gruppe „FLAK“ erklärte hierzu: „Stahlgewitter ist die größte nationalistische Band weltweit.“

Rechtsextremistische Konzerte und Liederabende in Niedersachsen

Die Strategie zur Durchführung rechtsextremistischer Konzerte hat sich gegenüber den Vorjahren nicht geändert. Konzerte finden wie bisher vornehmlich in kleineren Orten statt. Raumanmietungen erfolgen häufig unter dem Vorwand, eine von Musikdarbietungen umrahmte Geburtstagsfeier durchführen zu wollen. Einige Veranstalter sind als Reaktion auf Exekutivmaßnahmen der Polizei dazu übergegangen, mit Ausweichstätten zu planen. Im Eventualfall werden Besucher dann per SMS oder Instant Messaging Diensten über einen Zwischentreffpunkt zur Ausweichstätte umdirigiert. Mit solch umfangreichen Vorplanungen versuchen die Veranstalter, ihr Geschäftsrisiko zu reduzieren.

In Niedersachsen hat im Jahr 2021 erneut kein Konzert stattgefunden, jedoch ein Liederabend am 19.11.2021 in Braunschweig. Maßgeblichen Einfluss auf dieses Ergebnis hat die Corona-Pandemie, durch die eine Durchführung organisierter rechtsextremistischer Musikveranstaltungen erheblich erschwert bzw. verhindert wurde. Auch nach Beendigung des Lockdowns galten weiterhin die Beschränkungen für Veranstaltungen mit relevanten Teilnehmerzahlen. Tatsächlich wurden lediglich Treffen im näheren Bekanntenkreis von Szeneangehörigen festgestellt. Bei derartigen Zusammenkünften stehen musikalische Darbietungen nicht im Vordergrund.

Rechtsextremistische Vertriebe

Die Nachfrage der rechtsextremistischen Szene nach Tonträgern, Druckerzeugnissen und Bekleidung sowie weiteren szenetypischen Artikeln wird durch rechtsextremistische Vertriebe bedient, die insbesondere über das Internet ein permanent aktualisiertes Angebot bereithalten. Die unverändert hohe Zahl an Vertrieben zeigt, dass der subkulturelle Bereich fester Bestandteil des Rechtsextremismus ist. Wichtige deutsche Vertriebe sind „PC Records“ und „OPOS Records“ (beide Sachsen) sowie „Rebel Records“ (Brandenburg). Die Betreiber sind oft zugleich Mitglie-

der rechtsextremistischer Bands oder treten als Veranstalter rechtsextremistischer Konzerte in Erscheinung, bei denen sie ihr Warenangebot offerieren. Strafrechtlich relevante oder indizierte Produktionen befinden sich im Angebot ausländischer Vertriebe. Zu nennen sind „ISD Records“ und „NSM 88“. Das Angebot umfasst beispielsweise Tonträger der Bands „Landser“ (Berlin) und „Race War“ (Baden-Württemberg), deren Mitglieder in Deutschland wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung am 22.12.2003 bzw. am 22.11.2006 verurteilt worden sind.

Niedersächsische Vertriebe

In Niedersachsen sind drei Vertriebe ansässig. Der „abb-shop“ (Hildesheim) und „Hatecore Lüneburg“ spielen in der Szene eine eher untergeordnete Rolle, weil sie Produktionen weniger namhafter Musikbands vertreiben und damit auch einen geringeren Umsatz verzeichnen. Der Online-Versand „Kategorie C“ wird trotz Auflösung der Band weiterhin betrieben. Er bietet ausschließlich Tonträger und Merchandising-Artikel der Musikprojekte von Hannes Ostendorf an.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die subkulturelle Szene verlangt kein stringentes politisches Engagement, sondern stellt in erster Linie ein Angebot zur Freizeitgestaltung dar. Zu diesem Bereich des Rechtsextremismus liegt die Zugangsschwelle für jüngere Personen mit einer fremdenfeindlichen Grundeinstellung am niedrigsten. Rechtsextremistische Musik erfüllt einerseits die Funktion, potenzielle neue Anhänger anzusprechen, andererseits trägt sie zu einer Radikalisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene bei. Mit den Liedtexten werden zumeist rassistische, antisemitische und antidemokratische Ideologien proklamiert. Rechtsextremistische Musikveranstaltungen fördern das Gemeinschaftsgefühl von Szeneangehörigen insbesondere gegenüber der als feindlich empfundenen Umwelt. In der Vergangenheit wurde in den Liedtexten vorrangig die NS-Zeit glorifiziert. Heute ist bei neuen Produktionen eher ein Bezug zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen festzustellen.

Die rechtsextremistische Musikszene hat vermocht, die Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie für sich zu nutzen. Eine Besonderheit stellt zum einen die Befassung mit den von der Regierung veranlassten Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in den Musiktexten dar. Es ist der Versuch, mit der eigenen rechtsextremistischen Weltsicht an ein aktuelles politisches Thema anzuschließen. Dabei folgt die Szene einem gängigen Muster, wonach ein tages- oder gesellschaftspolitisches Ereignis herangezogen wird, um die eigene Sicht darauf zu propagieren und mit systemkritischen Aussagen zu verknüpfen. Zugleich wird die Mehrheitsgesellschaft blinden Gehorsams bezichtigt, wodurch das elitäre Selbstverständnis, im Besitz der einzigen Wahrheit zu sein, unterfüttert wird. Zum anderen bestehen in der Corona-Pandemie erhebliche Einschränkungen bei der Durchführung von Veranstaltungen mit Livemusik. Ein Wiederanstieg der Aktivitäten auf ein vorpandemisches Niveau ist frühestens nach einem möglichen Ende der Pandemie und der Aufhebung der hierzu ergangenen Auflagen und Beschränkungen zu erwarten.

Die rechtsextremistische Musikszene in Niedersachsen ist weitgehend inaktiv. Erwähnenswert ist der Sänger Daniel Giese, dessen verschiedene Projekte seit vielen Jahren große Beachtung in der

rechtsextremistischen Szene finden. Niedersächsische Vertriebe haben bundesweit keinen großen Stellenwert.

Um den gestiegenen Ansprüchen der Hörschaft zu genügen, sind kostspielige Produktionen in professionellen Tonstudios sowie aufwändig gestaltete Booklets erforderlich. Video- und Download-Portale lassen hingegen die Verkaufszahlen von Tonträgern und damit die Einnahmen der Bands und Vertriebe zurückgehen. Hierdurch reduziert sich auch das finanzielle Potenzial der rechtsextremistischen Szene. Sie folgt einem gesamtgesellschaftlichen, insbesondere im jugendlichen Milieu festzustellenden Trend nach schneller Konsumierbarkeit von Musikproduktionen. Diese Entwicklung steht zugleich für einen generell leichteren Zugriff auf rechtsextremistische Musik, da hierfür keine szeneeigenen Zugangsmöglichkeiten genutzt werden müssen. Hieraus erwächst für den Verfassungsschutz die Aufgabe, sich präventiv mit den Inhalten und Hintergründen der Musik der rechtsextremistischen Szene auseinanderzusetzen.²⁵

2.5 Neonazistische Szene

Sitz/Verbreitung	Niedersachsenweit; Schwerpunkte in den Regionen Braunschweig, Hannover/Hildesheim, Südniedersachsen/Harz
Gründung/ Bestehen seit	1970er Jahre
Struktur/ Repräsentanz	Örtlich und regional unterschiedlich ausgeprägte Strukturen in Form von Aktionsgruppen, informellen Netzwerken, Kameradschaften oder Kreisverbänden der Partei „Die Rechte“; hinzu kommen überwiegend virtuelle Präsenzen
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Niedersachsen: 220 ↘
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Internetseiten, Blogs, Profile in sozialen Netzwerken und Kurznachrichtendiensten; Broschüren, Aufkleber, Flugblätter

²⁵ Siehe hierzu Kapitel 6.

Kurzportrait/Ziele

Kennzeichnend für die neonazistische Szene in Niedersachsen ist die Verzahnung mit subkulturell geprägten Rechtsextremisten sowie mit der in Parteien organisierten rechtsextremistischen Szene. Der allgemeinen Entwicklung folgend, die durch ein Abrücken von starren Organisationsstrukturen gekennzeichnet ist, sind Neonazis in den verschiedenen Landesteilen Niedersachsens zumeist in überregionale rechtsextremistische Netzwerke eingebunden. Die Bandbreite der Aktivitäten reicht von der Durchführung öffentlichkeitswirksamer Propaganda-, Gedenk- oder Störaktionen über die Veranstaltung von Balladenabenden und Zeitzeugenvorträgen bis zur Teilnahme an Demonstrationen oder szeneeinternen Großveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Im Mittelpunkt der Agitation steht die angeblich drohende und vermeintlich zum „Volkstod“ führende „Überfremdung“, die durch die anhaltende Flüchtlingssituation nochmals verstärkt worden sei. Gleichzeitig versuchen Neonazis, an die aktuellen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen anzuknüpfen.

Finanzierung

Beiträge der Anhänger, Vermarktung und Verkauf rechtsextremistischer Devotionalien wie T-Shirts o. Ä.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

In ideologischer Hinsicht eint die neonazistische Szene das unterschiedlich ausgeprägte Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus. Ziel ist die Überwindung des bestehenden demokratischen Systems. An dessen Stelle soll ein am Führerprinzip ausgerichteter Staatsaufbau treten, dessen Grundlage eine rassistisch verstandene Volksgemeinschaft bildet. Hiermit richtet sich die neonazistische Szene gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG) und ist damit verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Die neonazistische Szene sieht sich als eine politisch-soziale Bewegung, die auf stetigen Aktivismus setzt und nicht auf parlamentarische Erfolge. Bestimmend für diese langfristig angelegte Strategie ist eine national-revolutionäre antiparlamentarische Ausrichtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die neonazistische Szene in Niedersachsen ist weiterhin geprägt von einer Heterogenität, die gleichermaßen personell und strukturell wie auch aktionistisch zum Ausdruck kommt. Einerseits bestehen Gruppierungen, die durchaus um politische Wahrnehmung mittels öffentlichkeitswirksamer Aktionen wie Flugblattverteilungen, Kundgebungen oder Demonstrationsteilnahmen bemüht sind, während sich ihre Anhängerzahlen im niedrigen einstelligen Bereich bewegen. Andererseits existieren auch Szenen, die zwar über teilweise deutlich höhere Anhängerzahlen verfügen, deren Aktivitäten jedoch nahezu ausschließlich Binnenwirkung entfalten.

Zur Verbesserung personeller und organisatorischer Möglichkeiten dienen überregionale Netzwerke. Allerdings ist deren Bedeutung recht gering. Denn das dahinterstehende reale Personenpotenzial fällt im Vergleich zur Größe des jeweiligen Einzugsbereichs oftmals deutlich ab.

Personelle und strukturelle Zwänge sind die Ursache für Kooperationen mit der NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) wie auch mit den Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“. Darüber hinaus sind die Übergänge zur subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene sowie zur islamfeindlichen Hooliganszene teilweise fließend.

Eigenständige Strukturen und Aktionen der neonazistischen Szene in Niedersachsen waren im Berichtsjahr kaum zu verzeichnen.

Organisationsübergreifende Zusammenarbeit

Organisations- und parteiübergreifende Entwicklungen werden an personellen Zusammenschlüssen wie „Oskars Osna“ oder „Harzrevolte“ deutlich. Beide Gruppierungen weisen enge Verbindungen zu den Strukturen der Jungen Nationalisten (JN) auf. Über Auftritte in sozialen Medien wie Facebook oder Instagram wird versucht, insbesondere Jugendlichen und junge Erwachsenen zielgruppenspezifisch die eigene Deutung von Heimat, Gemeinschaft oder Nation als gesellschaftlichen Gegenentwurf zu vermitteln.

„Eine Nation ist nicht einfach eine Gruppe von Individuen, sondern eine Gemeinschaft, die organisiert, gestärkt und aufgebaut werden muss. Wider dem Liberalismus, wider der Globalisierung, wider der Gleichmacherei.

Der Einzelne erhält in der Volksgemeinschaft seine besondere Würde dadurch, dass er Teil des Ganzen ist. ...

Es ist an der Zeit, einen Gegenentwurf der Gesellschaft zu erschaffen. Fernab universitärer 'safe spaces' und degenerierter Opfermentalität, welche unsere Jugend erfasst und wehrlos im Angesicht ihrer kommenden Auslöschung gemacht hat.“

(Instagram-Profil „Oskars Osna“, Eintrag vom 17.09.2021)

Die virtuellen Aktivitäten werden ergänzt um realweltliche Angebote wie Kameradschaftsabende, Wanderungen und Ausflüge oder dem gemeinsamen Besuch von Demonstrationen und Vortragsveranstaltungen. Beispielsweise organisierte die Gruppierung „Harzrevolte“, die hauptsächlich im Landkreis Harz (Sachsen-Anhalt), aber auch im niedersächsischen Landkreis Goslar aktiv ist, einen als Vernetzungstreffen angekündigten Kameradschaftsabend am 02.10.2021 in Sachsen-Anhalt. Er bot neben einem Redebeitrag des NPJ-Funktionärs Sebastian Schmidtke aus Berlin auch Live-Musik u. a. mit dem Sänger der rechtsextremistischen Band „Blutlinie“ an.

Angehörige der im Raum Osnabrück ansässigen „Oskars Osna“ berichten wiederum vom Besuch einer Vortragsveranstaltung am 16.10.2021 in Bielefeld (Nordrhein-Westfalen), bei welcher der JN-Bundesvorsitzende über angeblich linksextremistisch motivierte Angriffe auf Angehörige der rechtsextremistischen Szene referiert habe.

Reaktionen auf mutmaßlich linksextremistisch motivierte Angriffe

Anfang 2021 ereignete sich in Sachsen und Thüringen eine Serie von mutmaßlich linksextremistischen gewaltsamen Übergriffen und Brandanschlägen auf Angehörige der rechtsextremistischen Szene bzw. auf Szeneobjekte, die von diesen genutzt werden. Die Reaktionen innerhalb der rechtsextremistischen Szene reichten von Solidaritätsbekundungen und Spendensammlungen über präventive Schutzmaßnahmen bis hin zu subtilen Drohungen gegenüber den in der linksextremistischen Szene vermuteten Tätern.

Dass sich daraus die Gefahr einer Gewaltspirale zwischen Angehörigen der rechts- und der linksextremistischen Szene ergeben kann, verdeutlichen die Aussagen einflussreicher Rechtsextremisten.

Im April forderte in einem Video der Neonazi und stellvertretende NPJ-Bundesvorsitzende Thorsten Heise aus Thüringen zu einem

„Dialog mit der Antifa“ auf. Als Provokation gedacht war das vor einem linken Jugendzentrum in Göttingen aufgenommene und anschließend im Internet verbreitete Video. Die vordergründig an die Sicherheitsbehörden gerichtete Aussage „Macht euren Job. Weil, wenn ihr ihn nicht machen könnt, machen wir ihn.“ kann dabei als Androhung von Selbstjustiz verstanden werden. In die gleiche Richtung zielte im Mai ein Kommentar des bekannten Neonazis Dieter Riefling aus dem Landkreis Hildesheim, der auf seinem Telegram-Kanal veröffentlicht wurde und der sich inhaltlich mit einem Urteil des Bundesgerichtshofes zu einer tödlich verlaufenen Notwehrhandlung befasst:

„Angesichts der sich häufenden Überfälle von Linksterroristen in Polizeiuniform, empfiehlt sich die Erinnerung an dieses BGH Urteil, wo sogar ein echter SEK Bulle erschossen wurde“.

(Telegram-Kanal von Dieter Riefling, 29.05.2021)

Exekutivmaßnahmen gegen rechtsextremistische Wehrsportgruppe

Die Gewaltbereitschaft der neonazistischen Szene belegen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Lüneburg gegen mehrere aktive und ehemalige Bundeswehrreservisten wegen des Verdachts der Bildung einer bewaffneten Gruppe gemäß § 128 StGB. Wegen des Vorwurfs, auf Grundlage einer gemeinsamen rassistischen und fremdenfeindlichen Gesinnung eine rechtsextremistische Wehrsportgruppe gegründet und Anschläge auf Migranten geplant zu haben, wurden unter der Leitung des Landeskriminalamtes Niedersachsen am 08.09.2021 insgesamt acht Objekte in Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen durchsucht und Waffen, Waffenteile und Munition sichergestellt.

Derartige gewaltorientierte Strukturen bilden einen Schwerpunkt bei der Beobachtung der neonazistischen Szene durch die Verfassungsschutzbehörden, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten rechtsterroristischen Anschläge in Deutschland, u. a. des Mordes am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 02.06.2019, des Angriffs mit zwei Todesopfern auf eine Synagoge und einen Dönerimbiss in Halle (Sachsen-Anhalt) am 09.10.2019 und des tödlichen Angriffs auf neun Menschen mit Migrationshintergrund in Hanau (Hessen) am 19.02.2020.

Demonstrationen

Demonstrationen waren für die neonazistische Szene lange Zeit das wichtigste Mittel, ihr ideologisches Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen und sich gleichzeitig als Bewegung zu präsentieren. Demonstrationen können als Indikator für die thematische Schwerpunktsetzung und die Mobilisierungsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene angesehen werden. Die Bereitschaft zur Demonstrationsteilnahme hat in den letzten Jahren allerdings stark nachgelassen. Im Berichtsjahr kamen erneut Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hinzu.

Von der Demonstrationsmüdigkeit betroffen ist auch der Gedenkmarsch in Dresden (Sachsen), der jedes Jahr aus Anlass der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten im Februar 1945 stattfindet und der für die neonazistische Szene bislang von großer Bedeutung war. An der Veranstaltung am 13.02.2021 mit rund 790 Teilnehmenden beteiligten sich aus Niedersachsen sowohl Mitglieder der NPD/JN und der Partei „Die Rechte“ als auch Angehörige der neonazistischen Szene.

Auch die Demonstrationen zum „Tag der Arbeit“ am 1. Mai, die traditionell für die rechtsextremistische Szene bedeutsam sind, hatten mit insgesamt rund 760 Teilnehmenden an den verschiedenen Veranstaltungen im Bundesgebiet einen erneuten Rückgang zu verzeichnen. Hervorzuheben ist aus niedersächsischer Perspektive jedoch die Kundgebung der neonazistischen Vereinigung „Neue Stärke Erfurt“²⁶ unter dem Motto „Heraus zum 1. Mai 2021 – Gemeinsam gegen Kapitalismus und Unterdrückung“. In der thüringischen Landeshauptstadt beteiligten sich bis zu 240 Personen an der Veranstaltung. Weiteren 65 Rechtsextremisten, die sich auf der Anreise befanden, wurde aufgrund einer Gefahrenprognose die Teilnahme untersagt. Zu dieser Gruppe gehörten neben niedersächsischen Anhängern der Partei „Die Rechte“ auch Angehörige der neonazistischen Szene aus den Regionen Braunschweig, Hannover und Hildesheim.

Daneben beteiligten sich Angehörige der neonazistischen Szene in Niedersachsen an verschiedenen Demonstrationen und Kundgebungen der NPD/JN bzw. der Partei „Die Rechte“, die überwiegend in Braunschweig und Hildesheim stattfanden.

²⁶ Im November 2021 wurde auf einem Bundesparteitag in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) die Gründung der „Neue Stärke Partei“ beschlossen.

Rechtsextremistische Festivals

Den Stellenwert ehemals teilnehmerstarker Demonstrationen haben zwischenzeitlich Großveranstaltungen übernommen, die jedoch im Berichtsjahr aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnten. Exemplarisch für die nach wie vor bestehende Attraktivität und die damit einhergehende Professionalisierung größerer Veranstaltungen mit Event-Charakter sind die zuletzt im Jahr 2019 zum wiederholten Mal in Ostritz (Sachsen) durchgeführten und von Thorsten Heise organisierten „Schild & Schwert“-Festivals. An den zweitägigen Veranstaltungen unter dem Titel „Schild & Schwert – Sommerfestival“, die neben Politikforen, Verkaufs- und Infoständen auch eine „Tattoo-Convention“, Kampfsportvorführungen sowie Konzerte bekannter rechtsextremistischer Bands umfassten, nahmen in der Spitze rund 700 Angehörige der neonazistischen und subkulturellen Szene teil. Das Veranstaltungskonzept ist der Versuch, Politik, Ideologie und rechtsextremistischen Lifestyle miteinander zu verbinden.

Kampfsport

Kampfsport und der dazugehörige Lifestyle haben sich innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu einem identitätsstiftenden Faktor mit organisationsübergreifender Anziehungskraft entwickelt. Dies gilt insbesondere für einen bestimmten Teil des Neonazismus, der sich selbst als Avantgarde versteht. In Kampfsportseminaren werden Angehörige der rechtsextremistischen Szene auf lokaler Ebene mit den Grundtechniken verschiedener Kampfsportarten vertraut gemacht, die ihnen in professionell organisierten Kampfsport-Events vorgeführt werden.

Ursprung und Mittelpunkt dieser Entwicklung ist die seit dem Jahr 2013 jährlich stattfindende Veranstaltung „Kampf der Nibelungen“. Nach einem kurzfristigen Verbot der Veranstaltung im Jahr 2019 und der anschließend zu erwartenden Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie wurde die Veranstaltung im Jahr 2020 bereits auf die Ausstrahlung eines Live-Streams reduziert. Dass auch im Jahr 2021 keine Kampfsportveranstaltung stattfand, dürfte zwar für die Organisatoren einen finanziellen Rückschlag und Imageverlust bedeuten. Der grundsätzlichen Attraktivität des Kampfsports innerhalb der neonazistischen Szene hat das aber nicht geschadet.

„Heldengedenken“

Um eine Glorifizierung der Wehrmacht geht es beim sogenannten Heldengedenken, das regelmäßig im November aus Anlass des Volkstrauertages stattfindet.

Am 14.11.2021 beteiligten sich etwa 55 Rechtsextremisten an einer zentralen partei- und organisationsübergreifenden Versammlung in Braunschweig unter dem Motto „Für ein würdiges Gedenken gegen den Zeitgeist. Sie für uns – wir für sie – alle für Deutschland“. Die mehrheitlich aus den Regionen Braunschweig, Hildesheim und dem Harz angereisten Angehörigen von NPD/JN, der Partei „Die Rechte“ und der neonazistischen Szene posierten mit Reichsflaggen vor einem Ehrenmal und legten einen Kranz und Grablichter nieder.

Auf dem Friedhof in Dötlingen (Landkreis Oldenburg) legten Angehörige der rechtsextremistischen Bruderschaft „Brigade 8 Bremen“ Kränze mit der Aufschrift „Ehre und Treue fürs Vaterland“ nieder und stellten Windlichter mit der Parole „Ewig lebt der Toten Tatenruhm“ auf. Ähnliche Grabkerzen wurden von Angehörigen der Gruppierung „Harzrevolte“ und anderen an verschiedenen Denkmälern in Sachsen-Anhalt sowie in der Stadt Goslar und in Seesen (Landkreis Goslar) hinterlassen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die bereits seit einigen Jahren anhaltende personelle und aktionistische Stagnation der neonazistischen Szene dauerte auch im Jahr 2021 an. Ausschlaggebend sind Attraktivitätsverlust und mangelnde Anschlussfähigkeit infolge einer unzeitgemäßen und vergangenheitsbezogenen ideologischen Verengung auf den historischen Nationalsozialismus. Gruppierungen stellten ihre Aktivitäten ein, verzichteten auf politisch geprägte Aktionen, reduzierten diese auf ein öffentlich nicht wahrnehmbares Maß oder sind lediglich noch virtuell präsent. Die Entstehung neuer Gruppierungen war hingegen nur in wenigen Einzelfällen zu beobachten.

Durch das Fehlen einer Koordinierung oder Steuerung der politischen Aktivitäten vollzieht sich die Entwicklung der neonazistischen Szene in Niedersachsen uneinheitlich. Dies spiegelt sich einerseits in der reinen Größe der Gruppierungen und zumeist losen Netzwerken wider, andererseits in der von den verbliebenen lokalen oder regionalen Strukturen unterschiedlich praktizierten Zusammenarbeit untereinander. Kooperationen über teilweise große räumliche Ent-

fernungen sind ebenso feststellbar wie verschiedene Konstellationen mit Personen und Strukturen anderer Spektren. So sind in zahlreichen Fällen Schnittmengen zu den Parteien „Die Rechte“, „Der III. Weg“ sowie zur NPD oder zu deren Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) zu beobachten, die zur Aufrechterhaltung eines wahrnehmbaren Aktionsniveaus mittlerweile von elementarer Bedeutung sind. Daneben bestehen Kontakte zu überwiegend subkulturell geprägten Bruderschaften wie „Nordic 12“ (Bremer Umland), „Brigade 8“ (Hildesheim und Rotenburg) und „Blood Brother Nation“ (Oldenburg und Vechta) oder zur rechtsextremistisch beeinflussten Hooliganszene. Nur durch diese Kooperationen scheint es der neonazistischen Szene derzeit möglich, das grundsätzlich schwindende Mobilisierungspotenzial oberflächlich zu kompensieren.

Ungeachtet dessen dürfte von der Neonaziszene weiterhin die Vorstellung von einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft als idealtypischer, zeitlos moderner Gegenentwurf zur liberalen und multikulturellen Gesellschaft gesehen und propagiert werden. Anhänger der neonazistischen Szene werden deshalb auch zukünftig versuchen, die daraus resultierenden fremdenfeindlichen und rassistischen Überzeugungen verschärft in den gesellschaftlichen Diskurs zur Flüchtlings- und Einwanderungsthematik einfließen zu lassen. Es besteht hierdurch die Gefahr einer weiteren Radikalisierung auch über die rechtsextremistische Szene hinaus, die in Gewalttaten gegen Asylsuchende und Flüchtlingsunterkünfte, politische Gegner, aber auch gegen Helferinnen und Helfer sowie gegen Politikerinnen und Politiker münden kann.

Nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke im Juni 2019 und dem Anschlag auf eine Synagoge und einen Döner-Imbiss in Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) im Oktober 2019 durch mutmaßliche Rechtsextremisten hatten die Innenminister und Innensenatoren von Bund und Ländern in ihrer Sondersitzung am 18.10.2019 einen Zehn-Punkte-Plan zur verstärkten Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgestellt, der u. a. die intensive Nutzung des Instruments von Vereinsverboten vorsieht.²⁷ Hiervon betroffen waren zuletzt im Jahr 2020 die Gruppierung „Combat 18 Deutschland“ sowie mit Bezügen nach Niedersachsen die überwiegend virtuellen Aktivitäten der Gruppierung „Nordadler“.²⁸

27 Vgl. Abschlusserklärung der Innenminister und Innensenatoren von Bund und Ländern zur Sondersitzung der IMK am 18.10.2019.

28 Siehe auch Kapitel 2.3.

2.6 Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)

Gründung/ Bestehen seit	Oktober 2012; als eingetragener Verein mit Sitz in Paderborn (Nordrhein-Westfalen) seit August 2014: „Identitäre Bewegung Deutschland e. V.“
Struktur/Repräsentanz	Bundesweit diverse Regional- und Ortsgruppen
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Niedersachsen: 40 ↘
Veröffentlichungen	Wechselnde Internetpräsenzen mit zunehmend verstärkter Nutzung von alternativen Plattformen und Messenger-Diensten. Die einzelnen Regional- und Ortsgruppen sind nach weitreichenden Löschnungen nur noch vereinzelt in den gängigen Sozialen Medien präsent.
Kurzportrait/Ziele	Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) ist eine aktivistische Gemeinschaft im europäischen Rechtsextremismus, deren Vertreter auch in Niedersachsen lokale Untergruppen gebildet haben. Die IBD ist in einer netzwerkähnlichen Struktur organisiert und basiert auf Personenzusammenschlüssen vor allem jüngerer Menschen. Ideologisch wird die IBD dem Umfeld der Neuen Rechten ²⁹ zugeordnet und gehört zu einem intellektuell geprägten Spektrum im organisierten Rechtsextremismus, das sich auf die antidemokratischen Theoretiker der „Konservativen Revolution“ beruft. Belege hierfür sind ihre programmatischen Positionierungen und ihr ideologisches Konzept der „ethnokulturellen Identität“, aber auch diverse europaweite Kontakte zu Personen und Organisationen der Neuen Rechten. Im Gegensatz zu den Denkkirkeln der Neuen Rechten führt die IBD jedoch auch konkrete Aktionen durch und verbreitet diese anschließend medial aufbereitet im Internet.
Finanzierung	Die IBD finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem Verkauf von Artikeln im Internetshop der Organisation. Die eigene Vermarktung erfolgt über das Internet.

²⁹ Die mit dem Begriff Neue Rechte bezeichnete ideologische Strömung beruft sich auf die „Konservative Revolution“, eine intellektuelle Strömung antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik. Der Begriff wird aber nicht einheitlich verwendet. Manche Autoren erfassen mit diesem Begriff den um Theoriebildung bemühten Teil des Rechtsextremismus in seiner Gesamtheit.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) versteht sich als Ableger der „Identitären Bewegung Österreich“ (IBÖ) und der Anfang des Jahres 2021 verbotenen französischen Jugendorganisation „Génération Identitaire“ (GI). Bei der GI handelte es sich um die Jugendorganisation des „Bloc identitaire“, welcher die Nachfolgeorganisation der aufgrund rassistischer und gewalttätiger Aktivitäten im Jahr 2002 verbotenen Gruppierung „Unité radicale“ darstellte. Begründet wurde das offiziell am 03.03.2021 durch das französische Innenministerium verkündete Verbot der GI u. a. mit dem martialischen, paramilitärischen Auftreten der Organisation. Aktivisten der IBD reagierten mit verschiedenen Protesten und Solidaritätsbekundungen auf das Verbot. Bereits im Vorfeld des bevorstehenden Verbots führten Angehörige der IBD am 20.02.2021 in Braunschweig eine Banneraktion durch, mit der sie ihre Verbundenheit zur französischen Schwesterorganisation ausdrückten. An der Aktion nahmen etwa zehn Aktivistinnen und Aktivisten teil, die Fahnen mit der Symbolik der IB sowie ein Banner mit der Aufschrift „Heimatliebe ist kein Verbrechen – Solidarität mit der Generation Génération Identitaire!“ präsentierten. Auf ihrer Homepage thematisierte die IBD anschließend u. a. die Aktion aus Braunschweig, ordnete das Verbot als Zensur und Repression ein und zitierte den Sprecher der GI, Jérémie Piano, wie folgt:

„Der Kampf der GI gegen die Einwanderung, Islamisierung, anti-weißen Rassismus und die wachsende Unsicherheit geht auch im Falle einer Auflösung weiter – fortgeführt von unseren Aktivisten ...“

(Internetseite der IBD, 02.03.2021)



Die GI diente der IBD insbesondere in ihrer Gründungsphase als Vorbild für eigene Aktivitäten.

Erkennungszeichen der IBD ist weiterhin das Lambda, der elfte Buchstabe des griechischen Alphabets, in einem Kreis. Das Symbol war im antiken Griechenland das Erkennungsmerkmal der Spartaner, die u. a. im 5. Jahrhundert v. Chr. gegen die Invasion der Perser kämpften. In Anlehnung an den US-amerikanischen Kinofilm „300“ wird der Bezug zu den Soldaten des spartanischen Heeres hergestellt, die auf ihren Schilden das Lambda trugen. Die Mitglieder der

IB sehen sich in der Tradition der Spartaner und tragen dies mit der Verwendung des Lambdas öffentlich zur Schau.

Die IBD betrachtet sich als Bestandteil einer europaweiten Bewegung. Ihr Ziel ist es, die europäische Jugend im Kampf für die ihrer Meinung nach bedrohte Freiheit und kulturelle Identität zu vereinen. Ihre vornehmliche Aufgabe sieht die IBD folglich in der Verteidigung und Bewahrung von „Heimat, Freiheit, Tradition“. An erster Stelle stehe hierbei der Erhalt der „ethnokulturellen Identität“, die durch einen befürchteten „demographischen Kollaps“ sowie durch angebliche „Massenzuwanderung“ und „Islamisierung“ bedroht sei. Das Konzept der „ethnokulturellen Identität“ bezeichnet dabei einen völkischen Nationalismus bzw. Regionalismus im europäischen Kontext. In Anlehnung an den Franzosen Alain de Benoist, der einer der maßgeblichen Vordenker der Neuen Rechten in Europa ist, wird darunter eine ethnische, religiöse und kulturelle Prägung von Gemeinschaften und ganzen Völkern verstanden, durch die allein sich die Identität des Einzelnen definiere.

Die IBD richtet sich deshalb vehement gegen Multikulturalismus und propagiert einen europäischen Ethnopluralismus. Dieser begründet die vermeintlich zu verteidigenden kulturellen und zugleich vermeintlich naturgegebenen Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen im Sinne eines kulturellen Rassismus und fordert dementsprechend die strikte räumliche und kulturelle Trennung unterschiedlicher Ethnien. Die Positionen der IBD sind vor allem von einer zum antimuslimischen Rassismus tendierenden Islamfeindlichkeit geprägt. Die IBD behauptet eine Unvereinbarkeit und Feindschaft der Muslime mit der einheimischen Bevölkerung und schreibt ihnen unabänderliche Wesensmerkmale (frauenfeindlich, unehrlich, machtbesessen usw.) pauschal zu. Ethnische Zugehörigkeiten werden auf diese Weise kulturalisiert und religiös überhöht, auch um an bestehende fremden- und islamfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung anknüpfen zu können. Hiermit richtet sich die IBD gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG) und ist damit verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG). Seit die IBD im September 2014 ihre Kampagnenfelder auf das Thema „Asylsuchende“ ausgeweitet hat, ist eine weitere Radikalisierung festzustellen. Nach Meinung der „Identitären“ sind Asylsuchende in ihrer großen Mehrzahl „aggressive Kolonisatoren, die die indigene

Bevölkerung immer weiter verdrängen und nicht integrierbar sind“. Im Zuge der Asylpolitik der Bundesregierung fokussierte sich die IBD unter Initiierung der Kampagne „Großer Austausch“ fortan auf dieses Themenfeld. Im Jahr 2016 wurde die Kampagne mit der Forderung nach „Remigration“ weitergeführt und wiederholt mit dem Hinweis auf eine angeblich gestiegene Bedrohungslage durch „Kriminelle und Terroristen“ im Zuge der vermeintlichen „Islamisierung“ Deutschlands und Europas verbunden. Im Jahr 2020 wurde das Thema „Überfremdung“ und eine angeblich steigende Bedrohung in der bundesweiten Kampagne „Niemals auf Knien“ und mehreren Aktionen mit der Forderung „Islamisten abschieben“ aufgegriffen. Diese Schwerpunktsetzung führte die IBD auch 2021 fort, etwa mit der Kampagne „2015 darf sich nicht wiederholen“, die im Kontext der internationalen Evakuierungsflüge aus dem von den Taliban im Sommer 2021 besetzten Kabul initiiert wurde.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die „Identitäre Bewegung“ (IB) wurde in den vergangenen Jahren insbesondere durch die Sperrung ihrer Kanäle auf den gängigen Social-Media-Plattformen empfindlich getroffen. Nach der Löschung ihrer Facebook-Profile und dem Entfernen der IBD-Internetseite aus den Suchmechanismen bei Google erfolgte am 10.07.2020 die Löschung zahlreicher Konten der „Identitären Bewegung“ (inklusive Untergruppen) beim Messenger-Dienst Twitter. Als Grund wurden Verstöße gegen die Richtlinien in Bezug auf gewalttätigen Extremismus genannt. Auch das Videoportal YouTube löschte mehrere Konten der IB. Davon war am 13.07.2020 auch Martin Sellner betroffen. Der 32-jährige Österreicher ist nicht nur Führungsfigur und ideologischer Vordenker der deutschsprachigen IB, sondern zugleich ihr bekanntestes Gesicht. Die anschließenden Versuche, auf alternativen Plattformen wie dem Messenger-Dienst Telegram oder dem Videoportal BitChute ein ähnlich großes Publikum zu erreichen, sind bislang fehlgeschlagen. Auch im Jahr 2021 konnte die „Identitäre Bewegung“ keine erfolgreiche Strategie entwickeln, um den fortschreitenden Öffentlichkeits- und damit verbundenen Aufmerksamkeitsverlust aufzuhalten bzw. umzukehren. Die Verbreitung ihrer Ideologie ist durch die Löschungen erheblich eingeschränkt worden. Der durch fortlaufende Sperrungen erzwungene Wech-

sel auf kleinere, alternative Kommunikationsplattformen, wird zum Großteil nur noch vom Kern der Anhängerschaft wahrgenommen. Darüber hinaus erschwert diese Entwicklung die Rekrutierung neuer Interessenten und Mitglieder.

Eine weitere Schwächung erfuhr die „Identitäre Bewegung“, als im Juli 2021 vom österreichischen Parlament ein Verbot ihrer Zeichen und Symbole beschlossen wurde. Mit der Reform des Symbole-Gesetzes als Teil eines Anti-Terror-Pakets und dessen Inkrafttreten zum 01.08.2021 ist in Österreich das öffentliche Verwenden der IB-Symbole verboten. Gleiches gilt für die Darstellung in elektronischen Medien. Neben dem verfassungsfeindlichen Aktivismus wurde das Verbot insbesondere mit den Spenden des sogenannten Christchurch-Attentäters, Brenton Tarrant, an Martin Sellner und die IBÖ begründet. Tarrant hatte im März 2019 aus islamfeindlichen Motiven heraus 50 Menschen in der neuseeländischen Stadt Christchurch ermordet und dabei seine Tat live ins Internet übertragen. Die „Identitäre Bewegung“ in Deutschland kritisierte das Verbot. Sellner bezeichnete das staatliche Vorgehen als „totalitäre Zensurkeule“ und rief für den 31.07.2021 zu einer Demonstration „Gegen das Lambda Verbot“ in Wien auf. Nach Angaben der IBÖ nahmen an der Demonstration rund 500 Personen teil. Neben österreichischen Aktivisten konnten auch Angehörige der IB aus Deutschland festgestellt werden, darunter Personen aus Niedersachsen.

Unter dem Eindruck dieser Einschränkungen und Rückschläge setzt die IBD ihren Aktivismus fort und beweist mit der stetigen Entwicklung neuer Projekte einen weiterhin vorhandenen Willen zur Innovation. Ein Beispiel ist die neue, von IB-Akteuren initiierte, virtuelle Schulungsplattform „Gegen-Uni“. Im Rahmen der „Gegen-Uni“ werden durch IB-nahe Dozenten verschiedene Online-Seminare sowie entsprechende Schulungen angeboten. Ziel ist es, die Theoriebildung innerhalb des Spektrums der Neuen Rechten zu stärken. Das Projekt reiht sich in die durchgängig fortgeführte Strategie der Schaffung einer rechten „Gegenkultur“ ein. Daneben führte die IBD auch in Niedersachsen weiterhin realweltliche Aktionen und Kampagnen durch.

Kampagne „Gedankenverbrecher“

Im März 2021 wurden zunächst im Internet Aktivitäten einer Gruppierung bzw. einer Kampagne unter dem Namen „Gedankenverbrecher“ sichtbar. Laut Eigendarstellung lehnt sich die Gruppierung gegen einen als „Big Brother“ bezeichneten Überwachungsstaat auf. Dieser habe mittels der Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung den ersten Schritt zu einer Neugestaltung der aktuellen Weltordnung, dem sogenannten „Great Reset“, eingeleitet. Ziel sei die „Abschaffung der Völker und Kulturen“ sowie die „Einrichtung einer Weltregierung“. Die Kampagne wirbt darum, sich den „Gedankenverbrechern“ anzuschließen und den „Widerstand gegen Big Brother weiter voran zu treiben“.³⁰ Anhand der Aktivitäten der Gruppierung in den sozialen Medien konnte schnell eine enge personelle und organisatorische Verbindung zur IBD festgestellt werden. So wurden die Inhalte der Kampagne massiv durch Accounts der IBD verbreitet und geteilt. Daneben orientieren sich die Aktionen der „Gedankenverbrecher“ stark an dem gängigen Vorgehen der IBD. Im Rahmen der realweltlichen Umsetzung der Kampagne verschafften sich am 14.03.2021 fünf bis sechs Personen mittels einer Leiter Zutritt zum Dach des ZDF-Landesstudios in Hannover und entrollten ein Banner mit der Aufschrift „SIE LÜGEN EUCH AN“. Das Ereignis reihte sich in mehrere, im gesamten Bundesgebiet durchgeführte Aktionen ein. Neben dem ZDF wurden ähnliche Aktionen etwa vor der Deutschland-Zentrale des Pharmakonzerns Pfizer in Berlin und auf dem UN-Campus in Bonn durchgeführt. Die Kampagne „Gedankenverbrecher“ soll dabei gezielt Personen ansprechen, die den Maßnahmen der Bundesregierung zur Einschränkung der Corona-Pandemie kritisch gegenüberstehen. Konkret werden die Maßnahmen als Handeln eines Unrechtsstaates bezeichnet und so der Versuch unternommen, den Staat und das politische System in Gänze zu delegitimieren. So heißt es in einem Social Media-Profil der „Gedankenverbrecher“, dass „wir Tag für Tag Untergangsszenarien hören, die uns gefügig machen sollen“. Weiter heißt es, der Staat bekämpfe aktiv seine Bürger und vernichte bewusst Existenzen. Die Kampagne macht zudem deutlich, dass die IBD durchaus bereit ist, sich Verschwörungstheorien und Narrative der sogenannten Corona-

³⁰ Internetseite der Kampagne „Gedankenverbrecher“, abgerufen am 05.11.2021.

leugner-Szene zu eigen zu machen bzw. diese zu verbreiten, sofern diese als Mittel zur Verächtlichmachung und Ablehnung des politischen Systems nützlich und nutzbar erscheinen.

Kampagne „2015 darf sich nicht wiederholen“

Nach der Machtübernahme in Afghanistan durch die islamistischen Taliban im August 2021 wurde in der deutschen Politik und Öffentlichkeit die Frage nach der gegenwärtigen und zukünftigen Aufnahme von Geflüchteten diskutiert und dabei teilweise mit der sogenannten Flüchtlingskrise im Jahr 2015 verglichen. In diesem Zusammenhang startete die IBD ihre Kampagne „2015 darf sich nicht wiederholen“, die inhaltlich auf die in Teilen der Bevölkerung vorhandenen fremdenfeindlichen Ressentiments und Ängste gegenüber einer vermeintlich unkontrollierten Zuwanderung von geflüchteten Menschen abzielt:

„Die großen Migrationsströme von 2015 sind nun schon einige Jahre her, doch jährlich gelangen weiterhin abertausende Illegale in unser Land und nach ganz Europa. Seit den jüngsten Ereignissen in Afghanistan formieren sich nun auch wieder Aufschreie des Mainstreams und der linksliberalen Gutmenschen, die mit Petitionen und suggestiven Artikeln versuchen eine Luftbrücke zu schaffen. Sie würden am liebsten den ganzen Nahen Osten importieren. ... Jeder Migrant ist mittlerweile einer zu viel. Mit uns lebt der Widerstand gegen die verrückt gewordene Politik der offenen Grenzen weiter, mit uns gibt es keinen Asylwahn!“

(Internetseite „Aktionsmelder“ der „Identitären Bewegung“, abgerufen am 09.11.2021.)

In Niedersachsen erschöpfte sich die Kampagne in lediglich zwei Aktionen, die keine öffentliche Resonanz erzeugten. In Hannover und Wolfsburg wurde jeweils durch zwei Personen ein Banner mit der Aufschrift „Kein zweites 2015 – Abschieben statt Einfliegen“ an einem Brückengeländer befestigt. Mit der Selbststilisierung und letztlich auch Inszenierung als Widerstandsbewegung gegen Zuwanderung und der damit angeblich einhergehenden Überfremdung und Islamisierung setzt die IBD inhaltlich auf ihre Kernthemen. Über die eigenen Sympathisanten und Anhänger hinaus wurde die Kampagne jedoch kaum wahrgenommen.

Dies gilt ebenso für die im Oktober 2021 durchgeführten „Grenzgänge“, bei denen IB-Aktivist:innen an der deutsch-polnischen Grenze patrouillierten, um illegale Grenzübertritte von Migrant:innen

und Migranten aus dem Nahen Osten über Belarus und Polen nach Deutschland zu verhindern. Mit den „Grenzgängen“ will die IBD nach eigener Auskunft „den Druck auf Schlepperbanden erhöhen“. Weiter heißt es in einer offiziellen Mitteilung zu der Aktion:

„Erst wenn Abschiebungen und ‚Dublin II Abkommen‘ konsequent umgesetzt werden, verschwinden die Migrationsanreize und das Asyl-Shopping hat ein Ende.“

(Internetseite der IBD, Beitrag vom 24.10.2021, abgerufen am 05.11.2021.)

An den „Grenzgängen“ im Bereich der deutsch-polnischen Grenze beteiligten sich auch IB-Angehörige aus Niedersachsen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Aktionen und aktuellen Kampagnen der „Identitären Bewegung“ bestehen im Kern aus der ideologisch-programmatischen Forderung nach dem Erhalt der „ethnokulturellen Identität“ und zeigen in der begleitenden Darstellung im Internet unverkennbar fremdenfeindliche Positionen bis hin zu völkisch-nationalistischen Haltungen. Die IB stellt Menschen mit Migrationshintergrund und Einwanderer ungeachtet ihrer Individualität als homogenen Block dar, dessen Handlungen zentral durch die ethnische Herkunft bestimmt sind. Diesem vermeintlich homogenen Block wird unterstellt, einheitliche Interessen zu verfolgen, die stets gegen die autochthone Bevölkerung bzw. die deutsche Nation gerichtet sind sowie eine demographische Übernahme eben dieser anzustreben.

Ideologisch verfolgt die „Identitäre Bewegung“ weiterhin einen Ethnopluralismus, der Menschen aufgrund kultureller Zugehörigkeiten klassifiziert und bewertet. Der Einzelne wird nicht als Individuum, sondern als Teil eines Kollektivs wahrgenommen, dem bestimmte unabänderliche Merkmale und Eigenschaften zugeschrieben werden. Im Sinne eines volksgemeinschaftlichen Denkens wird hierbei die Identität eines Menschen aufgrund seiner ethnischen Herkunft definiert. Die Identität eines Volkes bzw. einer Nation ist demnach vor allem durch die jeweiligen kulturellen Eigenheiten und Errungenschaften geprägt. Den ideologischen Bezugsrahmen bieten rechtskonservative Theoretiker der Weimarer Republik wie Ernst Jünger, Carl Schmitt und Oswald Spengler, die zu den antiliberalen und antiegalitären Denkzirkeln der „Konservativen Revolution“ gezählt

werden. So steht im Mittelpunkt der identitären Ideologie ein kollektivistisches Begriffsverständnis von „Freiheit, Heimat, Tradition“, das primär auf Ausgrenzung, Abwertung und Ungleichheit setzt und sich kategorisch gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtet.

Die Aktionen und Veranstaltungen der „Identitären Bewegung“ sind in den letzten Jahren hingegen wenig geeignet, ein größeres Publikum anzusprechen oder eine größere mediale Aufmerksamkeit zu generieren. Diese Entwicklung zeichnet sich ebenfalls hinsichtlich der personellen Struktur ab. Die IB Niedersachsen vermag es derzeit kaum, junge Menschen als potenzielle Interessenten bzw. Aktivist*innen anzuwerben. Gleichzeitig erwachsen die langjährigen und gefestigten Akteure allmählich der das Selbstverständnis der IB prägenden aktions- und abenteuerorientierten jugendlichen Generation. Vor diesem Hintergrund ist ein langsamer Zerfall der IB Niedersachsen genauso denkbar wie eine Umbenennung, etwa ein sogenanntes „Rebranding“, oder eine Fragmentierung der Organisation in lokale Kleingruppen.

Die wesentlichen Inhalte der „Identitären Bewegung“ bestehen fort. Insbesondere mit der Schwerpunktsetzung auf die Themen Migration und Islam versucht sie weiterhin, gesellschaftlich anschlussfähig zu sein und somit den öffentlichen Diskurs in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das stetige Wiederaufgreifen dieser Themenkomplexe zeugt dabei von einem Stillstand innerhalb der ideologischen Entwicklung der IB bzw. von einer Erfolglosigkeit im Aufgreifen neuer Ansätze. Hierfür steht beispielhaft die Kampagne „Gedankenverbrecher“, die nicht unter dem Label der IB durchgeführt wurde. Die Kampagne folgt auf den letztlich gescheiterten Versuch, sich an den Protesten von Coronaleugnerinnen und Coronaleugnern und sogenannten Querdenkerinnen und Querdenkern zu beteiligen und diese für eigene Zwecke zu nutzen. Die IB suchte hier die Nähe, als erkennbar wurde, dass Teile des Spektrums den Staat und seine Institutionen ablehnen bzw. delegitimieren. Nach zunächst einzelner Teilnahme an Versammlungen sogenannter Querdenker nahm die IB schließlich aber Abstand hiervon. Am Ende wirkten die politische und soziale Heterogenität der Coronaleugner-Szene sowie deren mediales Image als verschwörungsaffine Wirrköpfe abschreckend auf die sich als elitär und intellektuell verstehende „Identitäre Bewegung“. Dennoch

zeugen Kampagnen wie „Gedankenverbrecher“ von einer grundsätzlichen Bereitschaft, das eigene Themenspektrum situationsbezogen zu erweitern. Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass eine inhaltliche und thematische Erweiterung nicht das grundlegende Problem der mangelnden öffentlichen Reichweite kompensieren wird.

2.7 Junge Alternative (JA) Niedersachsen

Gründung/ Bestehen seit	Auflösung am 04.11.2018; Neugründung am 25.04.2021
Struktur/ Repräsentanz	Landesverband
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Niedersachsen: 20 ↘
Veröffentlichungen	Präsenz in den Sozialen Medien, Eigene Internetseite und Online-Shop (www.patria-laden.de) des Bundesverbands
Kurzportrait/Ziele	<p>Die „Junge Alternative“ (JA) Niedersachsen ist eine eigenständige, dem Bundesverband der Jungen Alternative für Deutschland untergeordnete politische Vereinigung. Der damalige niedersächsische Landesverband vertrat seit 2017 insbesondere auf Funktionärebene vermehrt rechtsextremistische Positionen und pflegte gezielt Kontakte zu rechtsextremistischen Akteuren und Gruppierungen, die in erster Linie der Neuen Rechten zuzuordnen sind. Die Verbreitung von geschichtsrevisionistischen und geschichtsrelativierenden Äußerungen wie auch von verschwörungstheoretischen Inhalten deutet darüber hinaus auf eine geistige Nähe zu klassischen rechtsextremistischen Argumentationsmustern und Agitationsstrategien hin.</p> <p>Infolge der Mitte 2017 vollzogenen Konstituierung eines neuen Landesvorstandes entwickelte die JA Niedersachsen eine politische und ideologische Positionierung, die sich verstärkt an der Grenze zwischen Populismus und Extremismus orientierte und</p>

diese bisweilen deutlich überschritt. Die Situation führte zum Austritt bzw. Einflussverlust vieler gemäßigter Kräfte. Fortan dominierten primär antidemokratische, antipluralistische sowie islam-, einwanderungs- und asylfeindliche Inhalte die Themensetzung der Organisation. Nach der Bekanntgabe, dass die JA Niedersachsen mit Wirkung vom 03.09.2018 nunmehr Beobachtungsobjekt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes ist, wurde der Landesverband im November 2018 aufgelöst. Die Neugründung erfolgte im April 2021.

Finanzierung

Die JA Niedersachsen finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die JA Niedersachsen propagiert ein Weltbild, in dem Minderheiten (vor allem Einwanderer, Asylbewerber, Muslime) sowie politische Gegner pauschal abgewertet, diffamiert und verächtlich gemacht werden. Indem sie eine repressive, autoritäre und antipluralistische Zielsetzung vertritt, werden zentrale Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates negiert. Das formelle Bekenntnis der JA Niedersachsen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann daher lediglich als taktisch gewertet werden. Vielmehr ist es unter Berücksichtigung aller gesammelten Erkenntnisse wahrscheinlich, dass das demokratische System organisationsintern in Frage gestellt wird. Insgesamt richtet sich die JA Niedersachsen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen die Würde des Menschen (Art. 1 GG), gegen den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG), gegen die Freiheit des Glaubens und der ungestörten Religionsausübung (Art. 4 GG), gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 GG) und gegen das Recht auf Asyl (Art. 16a GG). Sie erfüllt damit die Voraussetzungen einer Beobachtung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.



Logo der Jungen Alternative

Auflösung des niedersächsischen Landesverbandes

Als am 03.09.2018 die Beobachtung der JA Niedersachsen und der JA Bremen durch die jeweiligen Innenressorts bekannt gegeben wurde, veröffentlichte der JA-Bundesverband eine Pressemitteilung zum Umgang mit der JA Niedersachsen und der JA Bremen. Ein zeitnaher außerordentlicher Bundeskongress sollte über die Abgliederung bzw. Auflösung der jeweiligen Landesverbände entscheiden.³¹ Unter anderem heißt es in der Pressemitteilung:

„Dem Landesverband Niedersachsen wurden erhebliche und vorsätzliche Verstöße gegen ... die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen und nachgewiesen.“

(Pressemitteilung des JA-Bundesverbandes vom 04.11.2018)

Der Bundeskongress fand am 04.11.2018 im Zechensaal in Barsinghausen (Region Hannover) statt. Der einzige inhaltliche Tagesordnungspunkt befasste sich erwartungsgemäß mit der „Abgliederung der JA Niedersachsen“. Um die angestrebte „Abgliederung“ bzw. Auflösung durchzusetzen, musste eine Zweidrittelmehrheit unter den etwa 260 Teilnehmenden erreicht werden. Obwohl vom JA-Bundesverband sowie von der AfD massiv für die Auflösung geworben wurde und man sich bemühte, möglichst viele gemäßigte JA-Mitglieder zur Teilnahme an dem Bundeskongress zu bewegen, waren es am Ende wenige Stimmen, die für die notwendige Mehrheit sorgten. Infolge der Entscheidung erlosch die Mitgliedschaft von ungefähr 180 Personen.

Nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) den JA-Bundesverband am 15.01.2019 zum extremistischen Verdachtsfall erhoben hatte, gerieten sowohl die Partei als auch die Jugendorganisation und ihre Untergliederungen in die Defensive. Die Verdachtsfalleinstufung für den Bundesverband verzögerte in Niedersachsen zunächst die Neugründung des Landesverbandes. Die für die Koordination und Durchführung vorgesehenen Mitglieder distanzieren sich von der Organisation bzw. standen für ihre geplanten Aufgaben in Niedersachsen nicht mehr zur Verfügung.

³¹ Vgl. Pressemitteilung des JA-Bundesverbandes vom 03.09.2018.

Neugründung des niedersächsischen Landesverbandes

Seit der Wahl des neuen Landesvorstandes der AfD Niedersachsen am 12.09.2020 mehrten sich die Indizien, dass eine bis dahin verfolgte dezentrale Strategie durch die Neugründung eines einheitlichen JA-Landesverbandes abgelöst werden könnte. Bei der dezentralen Strategie wurde der Versuch unternommen, regionale Jugendgruppen ohne einheitliche Organisationsbezeichnung zu etablieren. Spezifische inhaltliche bzw. politische Verlautbarungen und Zielsetzungen waren dabei nicht zu vernehmen. Die Neugründung eines Landesverbandes wurde nunmehr durch den seit September 2020 amtierenden AfD-Landesvorsitzenden angeregt. Nach dessen Ansicht sei eine eigene Jugendorganisation für den niedersächsischen Landesverband der AfD politisch notwendig. So verbreitete er in einem Facebook-Eintrag vom 19.10.2020 folgenden Aufruf:

„Niedersachsen braucht eine starke Jugend für unsere Zukunft! #AfD #Niedersachsen #Jugend #JA.“

(Facebook-Eintrag des AfD-Landesvorsitzenden vom 19.10.2020)

Am 25.04.2021 gab der niedersächsische Landesverband der AfD schließlich bekannt, dass sich die JA Niedersachsen neu gegründet hat:

„Für den Landesverband der #AfD war es eine Herzensangelegenheit die Neugründung der JA Niedersachsen zu unterstützen. Nach (zu) langer Pause hat sich heute die JA Niedersachsen gegründet.“

(Facebook-Eintrag des AfD-Landesverbandes vom 25.04.2021)

Der aus fünf Personen bestehende Vorstand setzt sich zum Teil aus Mitgliedern des ehemaligen JA-Landesverbandes zusammen. Bei der Neugründung waren sowohl die Vorsitzenden³² des JA-Bundesvorstandes als auch mehrere Mitglieder und Funktionäre der JA aus ostdeutschen Bundesländern anwesend.

Dennoch gibt es nach wie vor einen losen Personenzusammenschluss, der sich personell eindeutig vom JA-Landesverband unterscheidet und im Zusammenhang mit der dezentralen Strategie bereits verein-

³² Seit dem 03.05.2021 besteht der JA-Bundesvorstand nur noch aus einem Vorsitzenden.

zelt auftrat. Vor allem im Raum Hannover wurden zur Bundestagswahl und zu den niedersächsischen Kommunalwahlen auch solche Kandidaten unterstützt, die vornehmlich dem sogenannten „gemäßigten“ Lager zuzuordnen sind. Eine Kooperation mit dem offiziellen Landesverband der JA Niedersachsen war hierbei nicht festzustellen.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der JA-Bundeskongress am 17. und 18.04.2021 in Volkmarshausen (Hessen) war im Berichtszeitraum das zentrale Ereignis der „Jungen Alternative“. Die vor Ort neu gewählte Besetzung des Bundesvorstandes kann mehrheitlich dem sogenannten sozialpatriotischen bzw. „Flügel“-nahen Lager zugerechnet werden. Auch Mitglieder der JA Niedersachsen, die eine Woche später formell gegründet wurde, reisten zum Bundeskongress an. Ein Funktionär des niedersächsischen Landesverbandes wurde in den Bundesvorstand gewählt. Im Rahmen seiner neuen Funktion nahm er unter anderem an dem „Jugendpolitischen Forum“ am 23.06.2021 und an der Klausurtagung des JA-Bundesvorstandes am 19. und 20.06.2021 in Potsdam teil.

Nach der Neugründung der JA Niedersachsen konzentrierte sich der Landesverband vorwiegend auf die Präsenz vereinzelter Mitglieder bei Veranstaltungen der AfD oder anderer JA-Landesverbände und weniger auf die Organisation und Durchführung eigenständiger Aktivitäten. Am 01.05.2021 besuchten sie z. B. die Veranstaltung „Sozial ohne rot zu werden“ der JA Brandenburg. Einen Monat später nahmen Mitglieder der JA Niedersachsen zusammen mit Vertretern der JA Brandenburg und der JA Sachsen-Anhalt an der Abschlusskundgebung der AfD zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt teil. Weiterhin unterstützten Mitglieder der JA Niedersachsen eine Wahlkampfveranstaltung am 21. und 22.08.2021 in Brandenburg, bei der neben Vertreterinnen und Vertretern mehrerer JA-Landesverbände auch Björn Höcke und Andreas Kalbitz anwesend waren. Mitglieder der JA Niedersachsen waren außerdem bei der Wahl des neuen Landesvorstandes der JA Hamburg am 17.08.2021 zu Gast.

Der niedersächsische Landesverband orientiert sich seit seiner Neugründung an dem „Flügel“-nahen Lager innerhalb der AfD. Dies wird weniger durch eigene inhaltliche Äußerungen deutlich, sondern ist primär auf personelle Verbindungen zurückzuführen. Vor allem wurden Kandidaten des „Flügel“-Lagers im Wahlkampf unterstützt. Gleichmaßen ist eine enge Verbindung zu den ostdeutschen Landesverbänden der JA zu erkennen, die ebenfalls mehrheitlich dem „Flügel“-Lager zugerechnet werden. In Niedersachsen sind die Übergänge zwischen JA und dem formal aufgelösten „Flügel“ fließend und zeigen sich nicht zuletzt in persönlichen Kontakten und personellen Überschneidungen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Vorerst hat die Gründung des neuen Landesverbandes für den Niedersächsischen Verfassungsschutz und für die durch ihn durchgeführte Beobachtung keine Konsequenzen. Mitglieder des im November 2018 aufgelösten Landesverbandes sind nun wieder in zentralen Funktionen tätig, und die erkennbaren personellen Vernetzungen deuten nicht auf eine Distanzierung von einer rechtsextremistischen Ideologie hin. Seit der Neugründung der JA Niedersachsen im April 2021 ist allerdings festzustellen, dass der Landesverband in erster Linie durch die Präsenz bei Aktivitäten anderer JA-Landesverbände in Erscheinung tritt sowie bei Veranstaltungen der AfD, wenn diese durch den „Flügel“ gesteuert oder zumindest beeinflusst sind. Entsprechende inhaltliche Positionen werden hierbei überwiegend adaptiert. Zugleich sind eigene inhaltliche Äußerungen und Standpunkte kaum zu vernehmen. Dahingehend muss die weitere Entwicklung der JA Niedersachsen auch unter Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Aktivitäten kontinuierlich bewertet werden. Hervorzuheben ist die enge Verzahnung mit den ostdeutschen Landesverbänden der JA sowie mit der Anhängerschaft des „Flügels“, die Aufschluss über die politische Ausrichtung der JA Niedersachsen gibt. In Niedersachsen führt diese zunehmende Vermischung zu einer abnehmenden Trennschärfe zwischen JA und „Flügel“.

2.8 „Der Flügel“ innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Gründung/ Bestehen seit	März 2015; formelle Auflösung 30.04.2020
Struktur/ Repräsentanz	Personenzusammenschluss/innerparteiliche Sammlungsbewegung ohne offizielle Strukturen, Funktionsträger und Ansprechpartner auf Landes- und Bundesebene
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Niedersachsen: k. A. ³³
Veröffentlichungen	Eigene Website, Online-Versandhandel, offizielle Kanäle in den Sozialen Medien (bis zum 30.04.2020), Gruppen in den Sozialen Medien
Kurzportrait/Ziele	<p>Die bundesländerübergreifende Sammlungsbewegung „Der Flügel“ ist ein Personenzusammenschluss innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Ein eigener Internetauftritt, ein Online-Shop, mehrere Gruppen in den sozialen Netzwerken, die abgehaltenen zentralen „Flügel“-Veranstaltungen mit den „Kyffhäusertreffen“ sowie ernannte Funktionsträger und Ansprechpartner in den Bundesländern zeugen von bestehenden Strukturen und einer Professionalität, die weit über einen lediglich losen Zusammenschluss hinausgehen.</p> <p>Als Gründungsdokument des „Flügels“ kann die sogenannte Erfurter Resolution betrachtet werden. Die Verfasser attestieren darin der AfD eine fehlerhafte Entwicklung und erachten deshalb den Zusammenschluss des „Flügels“ als notwendig.</p> <p>Das ideologische Zentrum des „Flügels“ bildet ein völkischer Nationalismus, der auf ein ethnisch-homogenes Gesellschaftsbild abzielt. Fremden- und islamfeindliche Aussagen stützen diese Ideologie eines völkischen Nationalismus und werden durch antipluralistische sowie geschichtsrevisionsistische Äußerungen ergänzt.</p>

33 Auf Landesebene werden die Mitglieder des „Flügels“ unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien gezählt. Eine gesonderte Ausweisung des Personenpotenzials des „Flügels“ erfolgt nicht; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial“.

Im Januar 2019 wurde „Der Flügel“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zum Verdachtsfall erhoben und am 12.03.2020 als erwiesen rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Infolgedessen forderte der AfD-Bundesvorstand die Auflösung des innerparteilichen Personenzusammenschlusses, welche formell zum 30.04.2020 erfolgte. Der Niedersächsische Verfassungsschutz bestimmte den „Flügel“ am 19.03.2020 zum Beobachtungsobjekt. Die Reaktivierung von „Flügel“-Strukturen im Februar 2021 in Verden verdeutlicht die Bemühungen, weiterhin Einfluss auf den gesamten niedersächsischen Landesverband der AfD zu nehmen.

Finanzierung

Spenden, Online-Versandhandel

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die völkisch-nationalistische Ideologie des „Flügels“, die von seinen Anhängerinnen und Anhängern und Funktionärinnen und Funktionären vertreten wird, zeichnet ein ethnisch-homogenes Gesellschaftsbild. Das Konzept von Volk und Zugehörigkeit bietet politisch Andersdenkenden und in ethnischer wie in kultureller Hinsicht „fremden“ Menschen in der vom „Flügel“ propagierten Gesellschaft keinen Platz. Diese Anschauung geht mit fremden- und islamfeindlichen, antisemitischen und antipluralistischen Positionen einher und steht in einem eindeutigen Widerspruch zur Menschenwürde sowie dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. Es existiert demnach eine Konstruktion von Feindbildern auf ethnisch-kultureller, aber auch auf politischer Ebene. Dies äußert sich auf der einen Seite primär als Agitation gegen Geflüchtete, Migranten und Menschen muslimischen Glaubens, auf der anderen Seite als ablehnende Haltung gegenüber politischen Parteien, politischem Meinungspluralismus oder der Bundesregierung.

Der Parlamentarismus wird von zentralen „Flügel“-Akteuren wie Björn Höcke strikt abgelehnt. Das vom „Flügel“ vertretene Politikverständnis stellt vielmehr einen wahren „Volkswillen“ ins Zentrum, der die politische Ordnung bestimmen soll und der sich in einem Gegensatz zu einer repräsentativen Demokratie befindet. Hinzu kommen immer wieder Äußerungen von „Flügel“-Angehörigen, die auf eine Verharmlosung des historischen Nationalsozialis-



Logo des Flügels

mus abzielen und dabei von geschichtsrevisionistischen Fragmenten ergänzt werden.

Darüber hinaus ist die Sammlungsbewegung mit ihren Führungspersonen Björn Höcke und Andreas Kalbitz im rechtsextremistischen Spektrum vernetzt. Die zunehmende Professionalisierung des „Flügels“ fördert seinen innerparteilichen Einfluss- und Machtgewinn. Die auf Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen gerichteten Ansichten des „Flügels“ sind in ihrer Gesamtheit nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar. Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat deshalb am 19.03.2020 die innerparteiliche Sammlungsbewegung „Der Flügel“ zum Beobachtungsobjekt gemäß § 6 Abs. 2 NVerfSchG bestimmt.

Formelle Auflösung

Nachdem „Der Flügel“ im Januar 2019 vom BfV zum Verdachtsfall erhoben wurde und die Einstufung als erwiesenermaßen extremistische Bestrebung am 12.03.2020 folgte, forderte der AfD-Bundesvorstand die Auflösung des innerparteilichen Personenzusammenschlusses. In einem Beschluss vom 21.03.2020 heißt es wörtlich:

„Der Bundesvorstand erwartet als Ergebnis des morgigen ‚Flügel‘-Treffens eine Erklärung darüber, dass sich der informelle Zusammenschluss ‚Flügel‘ bis zum 30.04.2020 auflöst.“

(Beschluss des AfD-Bundesvorstandes vom 21.03.2020)

Die beiden „Flügel“-Leitfiguren Björn Höcke und Andreas Kalbitz konstatierten daraufhin in einer Pressemitteilung, dass prinzipiell nichts aufgelöst werden kann, „was formal nicht existiert“. Um jedoch „die Einheit der Partei zu wahren“, wurden alle dem „Flügel“ zugehörigen Personen bis zum 30.04.2020 gebeten, „ihre Aktivitäten im Rahmen des Flügels einzustellen.“³⁴ Die Reaktion eines niedersächsischen „Flügel“-Anhängers auf dem Messenger-Dienst Twitter lässt jedoch darauf schließen, dass die Ideologie des „Flügels“ weiterhin in der AfD aufrechterhalten bleibt:

³⁴ Pressemitteilung des „Flügels“ vom 27.03.2020.

„#DerFlügel wird jetzt bald Geschichte sein, aber der Geist des Flügels wird lebendig sein in dieser @AfD. Halten wir an diesem Geist fest, bewahren wir die Einheit der AfD!‘ Danke @BjoernHoecke für fünf großartige gemeinsame Jahre!“

(Twitter-Eintrag vom 26.04.2020)

Auch nach dem 30.04.2020 wurden Veranstaltungen abgehalten, die aufgrund der Zusammensetzung des Teilnehmendenkreises zweifelsfrei einen engen Bezug zum „Flügel“ aufweisen. Die Treffen finden offiziell nicht mehr unter der Bezeichnung „Flügel“ statt und auf entsprechende Symboliken wird verzichtet. Da die Anhängerschaft des „Flügels“ allerdings weiterhin in der Partei aktiv ist und sich in „Flügel“-Kreisen zusammenfindet, hat sich durch die Auflösung nur bedingt etwas geändert.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Geheimes „Flügel“-Treffen in Verden mit dem Ziel der Reaktivierung von „Flügel“-Strukturen

Dass die Idee des „Flügels“ nach wie vor vorhanden ist und bereits weitreichende Pläne bestehen, dessen Strukturen wiederzubeleben, offenbart ein konspirativ abgehaltenes Treffen in Niedersachsen. Am 20.02.2021 versammelten sich in Verden etwa 20 AfD-Mitglieder, die dem „Flügel“ angehören oder diesem zumindest nahestehen. Bei dem Treffen zeigten die Teilnehmenden ihre Absicht, die offiziell aufgelösten Strukturen des „Flügels“ in Niedersachsen zu reaktivieren. Konkret gehe es um Parallelstrukturen, die an den Kreisverbänden vorbei agieren sollen. Wie konspirativ dabei im Hinblick auf die formelle Auflösung des „Flügels“ vorzugehen sei, veranschaulicht der Wortbeitrag eines damaligen Mitglieds des AfD-Landesvorstandes:

„Wir nennen es natürlich nicht so, wie es früher hieß, wir nennen das dann irgendwie anders.“

(Aussage eines damaligen Mitglieds des Landesvorstandes am 20.02.2021 in Verden)

Bei dem Treffen wurden sogenannte Regionalkoordinatorinnen und Regionalkoordinatoren benannt, die als „gewählte Vertreter des patriotischen Lagers“³⁵ fungieren sollen. Ziel ist es, die neu geschaffe-

³⁵ WDR vom 10.06.2021, „Recherchen von WDR und NDR: AfD-Flügel baut offenbar Strukturen wieder auf“.

nen Strukturen jenseits der offiziellen Parteigliederungen zu organisieren und auszubauen. Zentrales Anliegen ist die Koordination und Mobilisierung der „Flügel“-nahen Parteimitglieder, um politische Mehrheiten zu erzielen, aber auch um die eigene Position innerhalb des Landesverbandes zu stärken. Anschließend wurde die Reaktivierung der „Flügel“-Strukturen in Niedersachsen von einem damaligen Mitglied des AfD-Landesvorstandes verkündet:

„Ich beglückwünsche uns, dass wir die alten Flügel-Strukturen wieder reaktiviert haben.“

(Aussage eines damaligen Mitglieds des Landesvorstandes am 20.02.2021 in Verden)

Derartige Bestrebungen unterstreichen ein ideologisches und personelles Fortbestehen bzw. eine Erneuerung des „Flügels“ in Niedersachsen, dessen Wirken augenscheinlich bis in den niedersächsischen Landesvorstand der AfD hineinreicht. Die bewusste Entscheidung, die neuen „Flügel“-Strukturen unter einem anderen Namen („Patriotisches Lager“) aufleben zu lassen, verdeutlicht das taktische und überlegte Vorgehen der beteiligten Personen. Dass es sich nicht einfach um lose Netzwerkstrukturen handelt, zeigt insbesondere die Ernennung von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern. Der damalige AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen betonte in Reaktion auf das spätere öffentliche Bekanntwerden des Treffens in Verden, dass er Parallelstrukturen dieser Art nicht dulde und bezeichnete derartige Vorhaben als parteischädigend.³⁶

Innerparteiliche Lagerkämpfe

Bereits auf dem Landesparteitag der AfD Niedersachsen im September 2020 in Braunschweig war eine innerparteiliche Spaltung zu erkennen. Anlass des Parteitages war die Abstimmung über einen neuen Landesvorstand. Als Reaktion auf die anschließende Wahl von „Flügel“-nahen Personen in den Landesvorstand folgten Partei- und Fraktionsaustritte von Landtagsabgeordneten der AfD. Die Partei verlor daraufhin ihren Fraktionsstatus im Niedersächsischen Landtag. Ein Landtagsmitglied betonte damals, dass es für eine „Flügelfraktion“³⁷ nicht zur Verfügung stehe und war erst aus der Fraktion und später auch aus der Partei ausgetreten.

³⁶ Braunschweiger Zeitung vom 12.06.2021, „AfD-Parteichef Meuthen will keine Parallelstrukturen dulden“.

³⁷ Facebook-Seite eines ehemaligen AfD-Mitglieds vom 19.10.2020.

Die innerparteilichen Machtkämpfe zwischen dem „Flügel“-nahen Lager einerseits und dem sogenannten gemäßigten Lager andererseits dauerten im Berichtsjahr an. Dies zeigte sich insbesondere an der langwierigen Aufstellung einer Landesliste zur Bundestagswahl. Nachdem die Liste aufgrund eines Verfahrensfehlers als nicht rechtsicher galt, musste der Nachholtermin aufgrund von Corona-Hygienemaßnahmen und zu vielen Teilnehmenden am Veranstaltungsort frühzeitig abgebrochen werden. Erst in einem zweiten Anlauf bei einer weiteren Versammlung wurde die Landesliste mit ausschließlich männlichen AfD-Politikern des sogenannten gemäßigten Lagers besetzt, das sich damit gegenüber dem „Flügel“-nahen Lager durchgesetzt hatte.

Einflussnahme auf Wahlkampfaktivitäten der AfD in Niedersachsen

Zur Bundestagswahl und zu den niedersächsischen Kommunalwahlen im September konnte die Präsenz der „Flügel“-Anhängerschaft bei Wahlkampfveranstaltungen der AfD beobachtet werden. Zu nennen ist vor allem die Abschlusskundgebung des AfD-Kreisverbandes Nörtenhagen am 10.09.2021, bei der neben Björn Höcke auch weitere Akteure des „Flügels“ aus mehreren Bundesländern als Redner auftraten. Auch war eine Unterstützung durch den niedersächsischen Landesverband der „Jungen Alternative“ während des Wahlkampfes festzustellen, jedoch hauptsächlich bei Wahlkampfveranstaltungen von AfD-Mitgliedern, denen mindestens eine Nähe zum „Flügel“ attestiert werden kann. Während des gesamten Wahlkampfes konnte eine Lagerbildung identifiziert werden. Das „Flügel“-nahe und das „gemäßigte“ Lager führten vornehmlich getrennt voneinander Veranstaltungen durch.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

„Der Flügel“ vertritt die Ideologie eines völkischen Nationalismus, der auf die Entfremdung der Bevölkerung von zentralen Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausgelegt ist. In Niedersachsen schlossen sich am 20.02.2021 „Flügel“-nahe AfD-Mitglieder zusammen, um die formell aufgelösten Strukturen des „Flügels“ aufleben zu lassen. Unter den Protagonisten des geheimen Treffens befanden sich auch Mitglieder des Landesvorstandes³⁸. Dies bestätigt die Einflussnahme des „Flügels“ auf Funktionärssebene innerhalb des

³⁸ Einige Mitglieder legten ihr Amt nach dem Bekanntwerden des Treffens (vorübergehend) nieder.

niedersächsischen Landesverbandes der AfD. Gleichmaßen wird dadurch unterstrichen, dass die Idee des „Flügels“ auch nach der Auflösung am 30.04.2020 noch existiert und die ihm angehörenden Personen in der Partei weiterhin tätig sind. Insofern ist die formelle Auflösung für den Niedersächsischen Verfassungsschutz irrelevant. Die Nähe des niedersächsischen Landesvorsitzenden und zugleich Vorsitzenden des Kreisverbandes Northeim der AfD zu den zentralen Akteuren des „Flügels“ in Deutschland belegt der Auftritt von Björn Höcke als Redner bei der Wahlkampfveranstaltung am 10.09.2021 in Northeim. Bereits in der Vergangenheit hatte der Landesvorsitzende auffällig offen den Kontakt zu Höcke als Leitfigur des „Flügels“ gesucht. Die Machtkämpfe innerhalb des niedersächsischen Landesverbandes der AfD sind auch auf Bundesebene wahrzunehmen. Die vorhandene Machtbasis des „Flügels“ und dessen nicht zu unterschätzender Einfluss auf die Gesamtpartei haben noch immer Bestand. Dies unterstreicht die herausgehobene Bedeutung des „Flügels“ als innerparteiliche und bundesweit agierende Sammlungsbewegung. Daher müssen die durchaus dynamischen landes- und bundesweiten Entwicklungen einer fortlaufenden Bewertung unterzogen werden.

2.9 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz/Verbreitung	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Sitz des Bundesverbandes: Berlin; Sitz des Landesverbandes: Oldenburg Junge Nationalisten (JN) ³⁹ Sitz des Bundesverbandes: Riesa (Sachsen); Sitz des Landesverbandes Nord: ohne Angabe
Gründung/ Bestehen seit	1964; 1969 der Jugendorganisation

³⁹ Die JN haben sich auf ihrem Bundeskongress am 13.01.2018 in „Junge Nationalisten“ umbenannt.

Struktur/ Repräsentanz	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Bundesvorsitzender: Frank Franz; Landesvorsitzender: Manfred Dammann; wenige handlungsfähige Unterbezirke in Niedersachsen Junge Nationalisten (JN) Bundesvorsitzender: Paul Rzehaczek Landesvorsitzender Nord: Sebastian Weigler (Braunschweig)
Mitglieder/ Anhänger/ Unterstützer	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Niedersachsen: 220 ↘ Junge Nationalisten (JN) Niedersachsen: 10 →
Veröffentlichungen	Bund: Deutsche Stimme (DS) (monatlich); Stimme Deutschlands (unregelmäßig) Web-Angebote auf Bundes- und Landesebene sowie in sozialen Netzwerken
Kurzportrait/Ziele	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist eine rechtsextremistische Partei, die die Demokratie in Deutschland beseitigen will. Sie propagiert offen und aggressiv fremden- feindliche, rassistische und antisemitische Positionen. Ihre von völkisch-rassistischen Vorstellungen geleitete Programmatik weist eine ideologische und sprachliche Nähe zur Ideologie der Natio- nalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) auf.
Finanzierung	Staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden



Die soziale
HEIMATPARTEI

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die NPD lehnt die freiheitliche Demokratie ab und will diese beseitigen. Dies betrifft auch einzelne, aber wesentliche Prinzipien und Grundwerte unserer Verfassung. So negiert die Partei die im Grundgesetz vertretene Idee, dass jeder Mensch als Individuum und ohne Vorbedingungen eine Würde besitzt. Die NPD spricht Menschen nur

eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. In dem 2010 verabschiedeten Parteiprogramm „Arbeit – Familie – Vaterland“ proklamiert sie die Volksgemeinschaft: „Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft. Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit.“ In konsequenter Umsetzung dieser völkisch-nationalen Grundordnung will die NPD alles „Fremde“ aus der „Solidargemeinschaft aller Deutschen“ entfernen. Hiermit richtet sich die NPD insbesondere gegen die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte (Art. 1 GG) und gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG). Damit ist die Partei verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Die NPD ist verfassungsfeindlich⁴⁰

Der von den Innenministern und -senatoren der Bundesländer am 03.12.2013 beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingereichte Antrag auf Verbot der NPD und ihrer Unterorganisationen wurde am 17.01.2017 vom Zweiten Senat des Gerichts zurückgewiesen (BVerfGE 2 BvB 1/13). In dem Urteil hatte das BVerfG zwar die Verfassungsfeindlichkeit der NPD bestätigt, aber kein Verbot ausgesprochen. In dem Urteil wurde ausgeführt:

„Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt, weshalb der Zweite Senat des BVerfG den zulässigen Antrag des Bundesrates auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der NPD und ihrer Unterorganisationen (Art. 21 Abs. 2 GG) mit heute verkündetem Urteil einstimmig als unbegründet zurückgewiesen hat.“

In seiner weiteren Urteilsbegründung verwies das Gericht darauf, dass es dem verfassungsändernden Gesetzgeber vorbehalten sei, Sanktionsmöglichkeiten für verfassungsfeindliche Parteien zu schaffen. Infolgedessen beschloss der Bundestag im Sommer 2017 die Änderung von Art. 21 Abs. 3 GG wie folgt:

⁴⁰ Siehe auch Kapitel 11.1, Abschnitt „Verbot verfassungsfeindlicher Organisationen/Verfassungswidrigkeit“.

„Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen.“

Mit Schriftsatz vom 19.07.2019 reichten die drei Verfassungsorgane Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung den Antrag auf Ausschluss der NPD von der Parteienfinanzierung beim BVerfG ein. In dem Antrag wird ausführlich begründet, dass die NPD die parlamentarische Demokratie verachtet und ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger nach darauf ausgerichtet ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Nach einem Ausschluss von der Parteienfinanzierung würde dann auch die steuerliche Begünstigung der Partei entfallen. Sollte der Antrag erfolgreich sein, würde die NPD über sechs Jahre von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden.

Aktivitäten der NPD

Zur Durchsetzung ihrer Ziele verfolgt die NPD unverändert die 1996 entwickelte „Drei-Säulen-Strategie“ („Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente“), die 2004 mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ zu einem Vier-Säulen-Konzept ausgebaut wurde.

Kampf um die Köpfe

Der „Kampf um die Köpfe“ umfasst neben der Schulung von Mitgliedern auch den Kampf um die Deutung politischer Begriffe (kulturelle Hegemonie). Hierbei versucht die NPD, an vorhandene Ressentiments in Teilen der Bevölkerung anzuschließen. Hatte die NPD bei Wahlerfolgen in der Vergangenheit noch von den Protestbewegungen gegen die Sozialreformen profitiert, verschob sich ab dem Jahr 2014 der thematische Schwerpunkt in Richtung „Asylmissbrauch“ und „Überfremdung“. Auf Grundlage des Positionspapiers „Wille – Gemeinschaft – Tat“ und der anhaltenden Schwäche als Wahlpartei versucht die NPD, sich seit der Bundestagswahl 2017 verstärkt als Weltanschauungspartei auszurichten. So hatte der stellvertretende Bundesvorsitzende Thorsten Heise 2018 innerhalb der Partei den sogenannten völkischen Flügel, dem auch einige niedersächsische Funktionäre angehören,

ausgerufen. Als Publikation dient den völkisch-nationalsozialistischen Anhängerinnen und Anhängern das unregelmäßig erscheinende Blatt „Stimme Deutschlands“. 2019 hatte sich der Bundesvorsitzende Frank Franz in der Novemberausgabe der „Deutschen Stimme“ für eine Neuausrichtung und Umbenennung der Partei ausgesprochen.

Als Folge erscheint die seit Jahrzehnten als Parteiorgan fungierende „Deutsche Stimme“ seit April 2020 als monatliches Magazin und ist im Handel frei erwerblich. Obwohl die Zeitschrift parteiunabhängig sein soll, besteht der Autorenstamm vornehmlich aus Parteimitgliedern. Die Umgestaltung der „Deutschen Stimme“ gehört genauso zu den Reformbewegungen um den Bundesvorsitzenden wie die für das Internet aufgelegten Videoformate „avosTV“, „In Bewegung“ und „Nationaldemokraten“, mit denen Einfluss auf den vopolitischen Raum genommen werden soll.

Kampf um die Straße

Seit 2017 propagiert die NPD die Errichtung sogenannter Schutz-zonen für Deutsche. Auf der Internetseite der Kampagne finden sich unter anderem konkrete Hinweise, wie diese „Schutz-zonen“ (z. B. Bürgerwehren, Rückzugsräume, Schulwegwachen) praktisch umzusetzen seien und welche juristischen Aspekte dabei Berücksichtigung finden müssten. Ausgehend von der Behauptung, es bestehe in Deutschland eine „Notwehrsituation“, fordert die NPD ihre Mitglieder, Anhängerinnen und Anhänger auf, selbst aktiv zu werden. Mit der Kampagne werden Flüchtlinge und Migranten pauschal als Gewalttäter und als „Bedrohung für das deutsche Volk“ diffamiert. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verunglimpft die Partei sogar Asylbewerber als potenzielle Virusüberträger. Die „Schutz-zonenkampagne“ hat aber über die parteipolitische Sphäre hinaus auch im Jahr 2021 keinen Anklang gefunden.

Zum „Kampf um die Straße“ gehören ferner die von der NPD initiierten Kundgebungen und Demonstrationen. Aus Anlass des 76. Jahrestages der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 hatte der stellvertretende Vorsitzende der „Jungen Nationalisten“ (JN), Maik Müller, eine Demonstration unter dem Motto „Vergesst niemals Dresden! Feierstunde zu Ehren der Dresdner Luftkriegstoten des 13. Februar 1945. Dresden – Gedenken 2021“ angemeldet. An der Kundgebung am 13.02.2021 in der sächsischen Landeshauptstadt beteiligten sich

rund 800 Rechtsextremisten, darunter der stellvertretende Bundesvorsitzende Thorsten Heise, der zusammen mit anderen Rechtsextremisten ein Banner mit der Aufschrift „Bombenholocaust“ zeigte.

Anlässlich des „Tags der Arbeit“ am 1. Mai organisierte die NPD jeweils eine Kundgebung in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) und in Essen (Nordrhein-Westfalen). Unter dem Motto „HERAUS ZUM 1. MAI – Dem Tag der deutschen Arbeit“ nahmen in Greifswald 170 Demonstrierende teil. Die zweite Demonstration in Essen, an der sich rund 80 Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten beteiligten, führte die NPD gemeinsam mit der Partei „Die Rechte“ durch.

Kampf um die Parlamente

Durch das erneut schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl hat sich für die NPD der Negativtrend weiter verfestigt, der mit dem Verlust der Landtagsfraktionen in Sachsen (2014) und Mecklenburg-Vorpommern (2016) eingesetzt hatte. Bei keiner der letzten Wahlen konnte sie die Schwelle überschreiten, um in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung zu kommen. Vielmehr hat sie mit dem schlechten Abschneiden bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern auch ihren letzten Anspruch auf Wahlkampfkostenersatzung verloren, was für die Partei einen herben finanziellen Verlust bedeutet. Die NPD hatte sich aufgrund einer nur kleinen Zahl an Unterstützungsunterschriften erst spät für die Teilnahme an der Bundestagswahl entschieden. In dem knapp gehaltenen Wahlprogramm sprach sich die Partei unter anderem für bundesweite Volksentscheide und gegen die Impfpolitik der Bundesregierung aus. Hinzu kamen Programmpunkte wie Globalisierungskritik, Austritt aus der Europäischen Union und Verschärfung der Asylpolitik, die seit Jahren zum Themenkanon der NPD gehören.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis kommt die Partei auf 64.608 Zweitstimmen (0,1 Prozent). Im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 verliert die NPD 0,2 Prozent. In Niedersachsen konnte sie 4.374 Zweitstimmen (0,1 Prozent) erzielen, was ebenfalls einen Verlust von 0,2 Prozent bedeutet. Sie erhält damit auch keine Zahlungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung mehr. Bei Bundestags- und Europawahlen muss hierfür mindestens ein Stimmenanteil von 0,5 Prozent erreicht werden, bei Landtagswahlen von 1,0 Prozent. Diese Hürde konnte die Partei auch nicht bei den zeitgleich stattge-

fundenen Wahlen zu den Landesparlamenten in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nehmen, wo sie lediglich einen Stimmenanteil von 0,1 bzw. 0,8 Prozent errang. Mangels Erfolgsaussichten trat die Partei bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gar nicht erst an. Bei der Landtagswahl im Juni 2021 in Sachsen-Anhalt kam die Partei lediglich auf 0,3 Prozent, im Gegensatz zu dem vergleichsweise guten Ergebnis von 2016 mit einem Stimmenanteil von 1,9 Prozent. Bei den Kommunalwahlen in Hessen am 14.3.2021 konnte die NPD immerhin elf Mandate gewinnen. Als Reaktion auf die Wahlergebnisse veröffentlichte der NPD-Bundesvorsitzende Frank Franz am 30.09.2021 im Internet einen Livestream mit dem Titel „Entwicklung nach der Wahl 2021“, in dem er Veränderungen ankündigte, unter anderem eine „positivere“ Außenwirkung der NPD-Mitglieder. So müssten Mitglieder die Partei verlassen, wenn sich deren Verhalten „rufschädigend“ auf die Partei auswirke. Darüber hinaus müsse man laut Franz zur Kenntnis nehmen, dass es derzeit „rechts der AfD keinen Platz für eine andere Partei“ gebe. Die NPD ist daher für die nächsten „vier bis zehn Jahre raus als Wahlpartei“. Dies sei ein Fakt, wie Franz feststellt. Es bedeute aber keinesfalls, dass die NPD nicht auch weiterhin an Wahlen teilnehme. Zudem müsse die Frage einer Umbenennung der NPD erneut diskutiert werden, so der Parteivorsitzende. Dies könne allerdings nur mit einer „Neuerfindung“ der Partei einhergehen. Zu diskutieren sei auch, ob die NPD mit „Kräften aus Ostdeutschland“ zusammengehen oder fusionieren müsse. Diese Veränderungen würden die Parteigremien beraten.

Kampf um den organisierten Willen

Zum „Kampf um den organisierten Willen“ zählt der Versuch, alle Rechtsextremisten unter der Vorherrschaft der NPD als eine Art „Volksfront von rechts“ zu vereinen, um so Erfolge bei Wahlen erzielen zu können. Allerdings ist der Versuch bisher nicht erfolgreich, wie u. a. die aktuellen Wahlergebnisse auf Bundes- und Länderebene zeigen.

„Junge Nationalisten“ (JN)

Die „Jungen Nationalisten“ (JN) verstehen sich als europaweit vernetzte, sozialrevolutionäre und nationalistische Jugendbewegung. Durch politische Aktionen und ideologische Schulungen festigen die Mitglieder der JN ihre rechtsextremistische Weltanschauung.

Sie grenzen sich damit von der modern auftretenden „Identitären Bewegung“ aus dem Spektrum der sogenannten Neuen Rechten ab und nehmen zugleich eine Scharnierfunktion zu den Freien Kameradschaften ein. Als Teil der personellen und organisatorischen Schwäche der JN kann die Neugründung des Gebietsverbands Mitte gedeutet werden, für den die Mitglieder aus gleich fünf Bundesländern (Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) zusammengezogen wurden, um das überschaubare Personenpotential der JN in diesem Bereich zu bündeln.

Aktivitäten der NPD in Niedersachsen⁴¹

Der niedersächsische Landesverband unterhält neun Unterbezirke (im Vorjahr waren es noch elf), von denen die meisten lediglich auf dem Papier existieren. Zum Jahresende 2021 hatte die Partei nur noch 220 Mitglieder. Der Landesverband hatte Anfang 2019 das Anwesen des NPD-Mitglieds Joachim Nahtz in Eschede (Landkreis Celle) gekauft, um darauf nach eigenem Bekunden ein Gemeinschaftszentrum „Nationales Niedersachsen“ zu errichten. In der Folgezeit gab es auf dem Gelände sowohl Veranstaltungen als auch Arbeitsersätze, wie etwa Sanierungs- und Renovierungsarbeiten.

Der Landesverband führte am Wochenende des 14. und 15.08.2021 zwei Veranstaltungen auf dem parteieigenen Grundstück, dem sogenannten Hof Finkenberg (bisher „Hof Nahtz“) durch. Im Vorfeld des Landesparteitages am 15.08.2021 fand tags zuvor ein Sommerfest mit rund 60 Personen statt. Für den Landesparteitag wurden zwei Zelte aufgestellt und das Gelände mit Parteifahnen geschmückt. Der bisherige Landesvorsitzende Manfred Dammann wurde von den Delegierten in seinem Amt bestätigt, ebenso wie ein Großteil des Vorstandes.

In einem Wortbeitrag bekräftigte Dammann mit Blick auf die Kommunalwahlen am 12.09.2021 seine Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters der Gemeinde Eschede, die als Reaktion auf die anhaltenden öffentlichen Proteste gegen den „Hof Finkenberg“ offenbar als Provokation der lokalen Politik und Zivilgesellschaft gegenüber gedacht war. Dammann erzielte letztlich einen Stimmenanteil von 2,5 Prozent. Der Vorsitzende des Unterbezirks Braunschweig,

41 Siehe hierzu auch Abschnitt „Aktivitäten der Jungen Nationalisten (JN) in Niedersachsen“ und Abschnitt „Bewertung, Tendenzen, Ausblick“ und Kapitel 3.4, Abschnitt „Ereignisse im Zusammenhang mit der NPD-Liegenschaft Hof Finkenberg in Eschede“ und Kapitel 2.3.

Carsten Dicty, der für den Stadtrat Goslar kandidierte, erhielt 0,33 Prozent der gültigen Stimmen. Von den ehemals 16 kommunalen Mandaten konnte lediglich der langjährige NPD-Funktionär Manfred Börm in der Gemeinde Handorf und in der Samtgemeinde Bardowick (beide Landkreis Lüneburg) seine beiden Mandate verteidigen.

Aktivitäten der „Jungen Nationalisten“ (JN) in Niedersachsen

Aufgrund der personellen und organisatorischen Schwäche schlossen sich im März 2018 die JN-Verbände Bremen, Hamburg und Niedersachsen zum Landesverband Nord zusammen. Vorsitzender ist seitdem Sebastian Weigler aus Braunschweig. Schwerpunkte der JN in Niedersachsen bilden die östlichen Landesteile, insbesondere der Bereich Braunschweig. Ihre Vertreterinnen und Vertreter sind eng mit der niedersächsischen Neonaziszene und der Partei „Die Rechte“ vernetzt. Der Versuch der JN, im April 2021 ihren Landeskongress in Eschede⁴² durchzuführen, wurde von der Polizei aufgrund der geltenden Corona-Bestimmungen unterbunden. Aus Protest trafen sich die JN-Mitglieder anschließend zu einer Spontanversammlung in Celle. Den Landeskongress am 16.05.2021 nachzuholen, scheiterte an einer zu geringen Teilnehmerzahl. An dem von dem Vorsitzenden des Verbandes Nord der JN, Sebastian Weigler, angemeldeten sogenannten Heldengedenken am 14.11.2021 in Braunschweig beteiligten sich rund 60 Rechtsextremisten, von denen jedoch mehr als zwei Drittel aus anderen Bundesländern kamen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick.

Die NPD befindet sich nach wie vor in einer für sie schwierigen Situation. Zwischen der rechtspopulistischen AfD auf der einen Seite und den weltanschaulich stärker akzentuierten, von Neonazis geprägten Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ (in Niedersachsen nur Einzelpersonen) auf der anderen Seite fällt es der NPD zunehmend schwer, sich im extrem rechten politischen Spektrum zu positionieren. Die seit Jahren ausbleibenden Wahlerfolge und der Verlust von Mandaten auf Kommunal- und Landesebene bedeuten für die NPD eklatante finanzielle Verluste. In deren Folge hat die Partei an per-

42 Siehe hierzu auch Abschnitt „Aktivitäten der NPD in Niedersachsen“ und Abschnitt „Bewertung, Tendenzen, Ausblick“ und Kapitel 3.4, Abschnitt „Ereignisse im Zusammenhang mit der NPD-Liegenschaft Hof Finkenberg in Eschede“ und Kapitel 2.3.

soneller und organisatorischer Substanz verloren und zugleich ihre Kampagnenfähigkeit eingebüßt.

Auch die strategische Ausrichtung als Weltanschauungspartei und der Versuch, sich verstärkt im vordemokratischen Raum zu engagieren, werden den Bedeutungsverlust der NPD nicht aufhalten. Mit Spannung kann das Konzept zur Neuorientierung auf dem Parteitag im Jahr 2022 erwartet werden. Sollte es zu einer Umbenennung der Partei kommen, dürfte dies eine Austrittswelle zur Folge haben, weil in Teilen der Partei die vom Bundesvorsitzenden Frank Franz vorangetriebene strategische Neuausrichtung auf erheblichen Widerstand trifft.

Der niedersächsische Landesverband hat wie erwartet das eigene Anwesen in Eschede⁴³ für seine Veranstaltungen genutzt. Der schleichende Niedergang wird dadurch aber nicht aufgehalten. Dass die Partei bei den Kommunalwahlen nur noch zwei Mandate gewinnen konnte, ist ein Tiefpunkt in der Geschichte des niedersächsischen Landesverbandes.

2.10 Die Rechte

Sitz/Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Dortmund (Nordrhein-Westfalen); Sitz des Landesverbandes: Braunschweig
Gründung/ Bestehen seit	2012 (Bundesverband); 2013 (Landesverband)
Struktur/ Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Christian Worch ; Landesvorsitzender: Martin Kiese; neun Landesverbände im Bundesgebiet; zwei Kreisverbände in Niedersachsen (Braunschweig/Hildesheim und Einbeck/Northeim)
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Niedersachsen: 50 ↗
Veröffentlichungen	Internetangebote: Die vorrangige Außendarstellung erfolgt für den Bundesverband über die eigene Internetseite und in den Sozialen Medien Twitter und Telegram.

⁴³ Siehe hierzu auch Abschnitt „Aktivitäten der NPD in Niedersachsen“ und Abschnitt „Aktivitäten der Jungen Nationalisten (JN) in Niedersachsen“ und Kapitel 3.4, Abschnitt „Ereignisse im Zusammenhang mit der NPD-Liegenschaft Hof Finkenberg in Eschede“ und Kapitel 2.3.

Kurzportrait/Ziele

Die Partei „Die Rechte“ wurde im Mai 2012 in Hamburg von Mitgliedern der ehemaligen „Deutschen Volkssunion“ (DVU) und dem langjährigen Neonazi Christian Worch gegründet. Den Posten des Bundesvorsitzenden übernahm Christian Worch selbst. Als stellvertretende Vorsitzende wurde die ehemalige Landesvorsitzende der DVU Schleswig-Holstein, Ingeborg Loboeki, gewählt. Im September 2012 folgte die Gründung des mitgliederstärksten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen durch ehemalige Mitglieder der im August 2012 verbotenen neonazistischen Kameradschaften Aachen, Dortmund und Hamm. Die ehemaligen Kameradschaftsführer übernahmen im Landesvorstand und in den Kreisverbänden die Führungsfunktionen und setzen seitdem unter dem Schutz des Parteienprivilegs ihre bisherigen Aktivitäten fort. Zudem traten der Partei vereinzelt NPD-Mitglieder bei.

Auch in Niedersachsen kommen der Großteil der Führungsebene und ein relevanter Teil der Mitglieder aus der neonazistischen Szene. Die Nutzung des Parteienprivilegs, vor allem die Anmeldung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten zur Verbreitung neonazistischer Propaganda, erfolgt in Niedersachsen uneinheitlich. Neben dem Landesverband treten nur noch der Kreisverband Einbeck/Northeim und insbesondere der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim mit Demonstrationen, Kundgebungen und sonstigen Aktionen öffentlich in Erscheinung. Den Schwerpunkt dieser Aktivitäten bildet die fremdenfeindliche Agitation gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik, die vermeintliche Islamisierung Deutschlands sowie die angeblich politisch gewollte Volksvermischung. Hinzu kommt die Kritik an vermeintlich staatlicher Repression zum Nachteil der Partei und ihrer Anhänger.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spenden, Einnahmen aus Veranstaltungen

DIE RECHTE
VORWÄRTS FÜR DEUTSCHLAND!

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Der Einfluss führender Neonazis im Bundesvorstand sowie im Landesverband Nordrhein-Westfalen, von dem die Partei „Die Rechte“ dominiert wird, veränderte den Charakter der Partei, die bei ihrer Gründung das nach eigenem Bekunden „sprachlich wie inhaltlich modernisierte und ergänzte“ frühere Programm der ehemaligen DVU zur Grundlage genommen hatte.⁴⁴ „Die Rechte“ steht seitdem hinsichtlich ihrer Ideologie, ihrer Aktivitäten und der führenden Personen in der Kontinuität der verbotenen neonazistischen Kameradschaften. Ihre Agitation ist von Demokratie- und Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus bestimmt. Im Parteiprogramm fordert „Die Rechte“ zur „Wahrung der Deutschen Identität“ auf. Demnach gelte es, „übermäßige fremde Einflüsse“ wie „die Amerikanisierung“ zurückzudrängen und einen europäischen Verbund zu schaffen, „in dem jedes Volk nach seiner eigenen, natürlich gewachsenen Ordnung leben kann“. Die Partei folgert, dass „alle Anstrengungen für die Bewahrung des deutschen Charakters unseres Vaterlands“ sinnlos würden, „wenn es Politikern im Bund mit der Meinungsindustrie gelänge, Deutschland in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer ‚Europäischen Union‘ aufzulösen.“

Hiermit richtet sich „Die Rechte“ insbesondere gegen die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte (Art. 1 GG) sowie gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG). Damit ist die Partei verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Im Wahlprogramm „25 Forderungen zur Dortmunder Kommunalwahl 2014“, mit dem „Die Rechte“ symbolisch an das 25-Punkte-Programm der NSDAP anknüpft, bekennt sie sich unter Punkt 19 eindeutig zur Volksgemeinschaft:

„Eine Gesellschaft, welche die Schwächsten alleine lässt, ist zum Scheitern verurteilt – jeder Volksgenosse, der unverschuldet in Not gerät, muss sich auf Hilfe verlassen können. Die Rechte will eine starke Volksgemeinschaft, in der keiner allein gelassen wird.“

⁴⁴ Bei der Gründung der Partei hatte der Bundesvorsitzende Christian Worch „Die Rechte“ als „weniger radikal als die NPD“, aber „radikaler als die REPs und die PRO-Bewegung“ beschrieben (Internetseite von Christian Worch).

Darüber hinaus vertritt die Partei einen unverhohlenen Antisemitismus. 2019 hatte „Die Rechte“ im Europawahlkampf durch die Verwendung eines inhaltlich an eine NS-Parole angelehnten Plakates mit der Aufschrift „ZIONISMUS STOPPEN: ISRAEL IST UNSER UNGLÜCK! SCHLUSS DAMIT!“ antisemitische Motive verbreitet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Am 22.08.2021 führte die Partei „Die Rechte“ ihren 11. Bundesparteitag in Hessen durch. Die Delegierten wählten den Parteigründer und früheren Bundesvorsitzenden Christian Worch (Mecklenburg-Vorpommern) erneut zu ihrem Vorsitzenden. Stellvertreter wurde Markus Walter (Nordrhein-Westfalen). Sascha Krolzig (Nordrhein-Westfalen) und die niedersächsischen Parteimitglieder Martin Kiese (Braunschweig) und Holger Niemann (Amt Neuhaus) wurden als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt. Nach dem zuvor erfolgten Rückzug führender Funktionäre dürfte die Wahlentscheidung für Worch vor allem den personellen und strukturellen Problemen der Partei geschuldet sein.

Der 65-jährige Worch hatte die Partei „Die Rechte“ im Mai 2012 gegründet und anschließend bis 2017 geführt. Kurz nach seiner Wiederwahl auf dem Bundesparteitag am 28.10.2017 mit 78,4 Prozent der gültigen Stimmen hatte er zum 31.10.2017 sein Amt als Bundesvorsitzender niedergelegt. Anlass für ihn war ein Parteitagsbeschluss auf Antrag des Thüringer Landesverbandes, wonach die Partei „sich voll und ganz zur deutschen Volksgemeinschaft bekennt.“ Worch hatte den Antrag nach eigenen Worten vor allem aus juristischen, aber auch aus politischen Gründen abgelehnt. Auf dem Bundesparteitag im Januar 2019 war Worch als Schatzmeister und Beisitzer in den Bundesvorstand zurückgekehrt.

Aktivitäten der niedersächsischen Parteigliederungen

In Niedersachsen gingen Aktivitäten der Partei „Die Rechte“ hauptsächlich von dem im Juli 2019 gegründeten Kreisverband Braunschweig/Hildesheim sowie in geringem Maß von dem im Februar 2020 gegründeten Kreisverband Einbeck/Northeim aus. Ein Beispiel ist die Kundgebung am 08.05.2021 in Einbeck unter dem Motto „Gegen den Schuldskult – Aufklärung statt Reue“. Der Landesverband selbst trat hingegen kaum in Erscheinung.

Landesparteitag der Partei „Die Rechte“ mit der Wahl eines neuen Vorsitzenden

Der Landesverband der Partei „Die Rechte“ führte am 27.06.2021 in Braunschweig seinen diesjährigen Parteitag durch. Der Landesvorstand informierte darüber auf dem eigenen Telegram-Kanal. Zum neuen Vorsitzenden sei demnach einstimmig Martin Kiese gewählt worden, wie dort zu lesen war. Stellvertretende wurden Michaela Mittelstädt und der ehemalige Landesvorsitzende Holger Niemann. Als Beisitzer wurde Johannes Welge gewählt, der die Medienarbeit des Landesverbandes übernehmen soll. Welge ist zugleich Vorsitzender des Kreisverbandes Braunschweig/Hildesheim und bereits seit Jahren in der neonazistischen Szene aktiv. Nach Mitteilung des Landesvorstandes wurden zudem „die jungen Kameraden Jan Schmidt und Melissa Mittelstädt“ mit weiteren Posten bedacht, ohne jedoch deren Aufgaben näher auszuführen. Beide sollen „in die politische Arbeit im Hintergrund eingeführt werden“, wie die Partei schrieb. In ihren Redebeiträgen hätten sowohl Niemann als auch Welge „nicht unkritisch ein positives Fazit der politischen Arbeit des letzten Jahres“ gezogen. Weiter hieß es, die Partei werde nun mit der Neuaufstellung des Vorstandes „voller Tatendrang in die Zukunft blicken“. Diesen Anspruch konnte die Partei bislang noch nicht erfolgreich umsetzen, wie u. a. ihre aktuell etwa 50 Mitglieder in Niedersachsen zeigen, und es bestehen Zweifel, dass ihr das künftig besser gelingen wird.

Aktivitäten der Partei „Die Rechte“ zu den niedersächsischen Kommunalwahlen

Im Mai veröffentlichte der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim ein „25-Punkte-Programm“ zur Kommunalwahl in Braunschweig. Ihr Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl, der Neonazi Pierre Bauer, forderte darin u. a. eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Braunau, den Abriss der KZ-Gedenkstätte Schillstraße und einen „positiven und identitätsstiftenden Umgang mit der über 2000-jährigen deutschen Geschichte“. Später posierte Bauer auf dem Telegram-Kanal des Kreisverbandes mit einer Ku-Klux-Klan-Maske. Die Partei startete ihren Wahlkampf mit einer Demonstration am 26.06.2021 in der Braunschweiger Innenstadt. An der Veranstaltung nahmen knapp 40 Rechtsextremisten teil, darunter auch Personen-

gruppen von außerhalb Niedersachsens, was die Einbindung der niedersächsischen Parteimitglieder in die überregionale Neonaziszene untermauert. Aufmerksamkeit erregte der Kreisverband zudem durch seine Plakate mit der Losung „Wir hängen nicht nur Plakate“. Am 02.08.2021 lehnte der Gemeindevwahlausschuss der Stadt Braunschweig eine Kandidatur Bauers für das Amt des Oberbürgermeisters in Braunschweig „mit Blick auf die Prognose bezüglich der im Amt gesetzlich erforderlichen Verfassungstreue“ ab. Im Anschluss an diese Entscheidung wurden noch am selben Tag zwei Eilversammlungen der Partei „Die Rechte“ in Braunschweig durchgeführt. Neben Niemann und Welge sprach auch der Gründer der Partei „Die Rechte“, Christian Worch.



Am 11.09.2021 beendete die Partei mit drei Kundgebungen in Braunschweig ihren Kommunalwahlkampf. Im Rahmen der Veranstaltungen leitete die Polizei mehrere Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren ein, darunter wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a StGB. Hervorzuheben ist auch das Skandieren von „Braunschweig – Nazistadt“ durch die Teilnehmenden, was auch als Schriftzug auf einem T-Shirt präsentiert wurde. Bei den Kommunalwahlen am 12.09.2021 verfehlte der Landesvorsitzende Martin Kiese den Einzug in einen Braunschweiger Bezirksrat.

Demonstrationsgeschehen der Partei „Die Rechte“ in Braunschweig

Der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim der Partei „Die Rechte“ war mit Infotischen („Die Rechte stellt sich vor“) über das gesamte Jahr hinweg und verstärkt zu Zeiten des Kommunalwahlkampfes aktiv. Die öffentliche Präsenz der Partei (insbesondere bei Kundgebungen) sowie das aggressive Auftreten ihrer Mitglieder führten wiederholt zu Konfrontationen mit dem „politischen Gegner“. Es kam es zu wechselseitigen Beleidigungen, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen, die für die Partei Grund genug waren, um sogenannte Schutzzonenstreifen durchzuführen.

Den im Frühjahr 2021 eskalierenden Nahostkonflikt nahm der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim zum Anlass, auf einer Kundgebung am 21.05.2021 in Braunschweig den Staat Israel als „Terrorstaat“ zu diffamieren. Im Vorfeld einer Veranstaltung am 23.01.2021 auf dem

Bahnhofsvorplatz in Braunschweig drohte eine Auseinandersetzung zwischen einem Teilnehmer der Partei „Die Rechte“ und einem Pressevertreter. Am 01.05.2021 kamen Rechtsextremisten am Braunschweiger Hauptbahnhof zu einer Spontanversammlung zusammen. Die Anwesenden hatten beabsichtigt, an dem von einer rechtsextremistischen Organisation aus Erfurt initiierten „Revolutionären Arbeiterkampftag“ teilzunehmen, wurden dort allerdings von der Polizei zurückgewiesen. Vor dem Hintergrund eines Brandanschlages auf ein von einem Szeneangehörigen bewohntes Mehrfamilienhaus in Braunschweig, führte der Kreisverband am 24.05.2021 eine stationäre Kundgebung mit 30 Teilnehmenden durch, darunter etwa ein Dutzend Rechtsextremisten aus Erfurt. Die Kundgebung lief unter der Überschrift „Gegen Polizeiwilkkür und Täter/Opfer Umkehr“. Darüber hinaus versuchte die Partei, das Protestgeschehen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie für ihre Zwecke zu nutzen und dem Rechtsstaat seine Legitimation abzusprechen, wie z. B. bei einer Demonstration am 27.03.2021 unter dem Motto „Pandemiewahnsinn und Behördenwillkür“. Am 14.11.2021 beteiligten sich zudem Parteianhänger in Braunschweig am sogenannten Heldengedenken, dem alljährlichen überparteilichen Gedenken der neonazistischen Szene zum Volkstrauertag. Dass die Partei auf das Mittel der Provokation setzt, verdeutlicht das Demonstrationsmotto „Kein frohes Fest für Volksverräter“ am 18.12.2021 in Braunschweig.

Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Partei „Die Rechte“ in Braunschweig

Am 21.07.2021 erfolgten Hausdurchsuchungen der Polizei bei Mitgliedern des Kreisvorstandes Braunschweig/Hildesheim der Partei „Die Rechte“. Hintergrund waren Strafanzeigen wegen Volksverhetzung. Die polizeilichen Maßnahmen nahm der Kreisverband zum Anlass, noch am selben Tage eine Kundgebung in Braunschweig durchzuführen, an der etwa 20 Aktivisten teilnahmen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der niedersächsische Landesverband der Partei „Die Rechte“ setzt sich überwiegend aus Angehörigen der neonazistischen Szene zusammen, die unter gezielter (Aus-)Nutzung des Parteienstatus ihre bisher außerparteilich durchgeführten Aktivitäten fortführen, ohne

ein Vereinsverbot fürchten zu müssen. In Niedersachsen ist die Mitgliederzahl im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen, da sich weitere regional verortete Neonazis der Partei anschlossen. Mit einer weiteren Zunahme des Mitgliederpotenzials ist aber nicht zu rechnen. Der Wirkungsbereich der Partei „Die Rechte“ in Niedersachsen erweist sich bereits seit Jahren als eher begrenzt und beschränkt sich vor allem auf die beiden Kreisverbände Einbeck/Northeim und insbesondere Braunschweig/Hildesheim. Entsprechend hat die Partei ihren Schwerpunkt zurzeit im Raum Braunschweig, wie die Aktivitäten im Rahmen der niedersächsischen Kommunalwahlen gezeigt haben. Es ist davon auszugehen, dass der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim seine Aktivitäten engagiert fortsetzen wird. Darüber hinausgehende Expansionstendenzen sind gegenwärtig für Niedersachsen allerdings nicht zu erkennen.

Auf Bundesebene kann der Verlust von Führungs- und Identifikationspersonen wie des bekannten Neonazis und langjährigen Parteimitglieds Siegfried Borchardt aus Dortmund, der am 03.10.2021 mit 67 Jahren verstarb, nicht kompensiert werden. Auch die erneute Wahl von Christian Worch zum Parteivorsitzenden ist letztlich Ausdruck einer personellen und strukturellen Schwäche der Partei. Genauso ist die Wahl der niedersächsischen Parteimitglieder Martin Kiese und Holger Niemann als Beisitzer in den Bundesvorstand zu sehen. Ähnlich dünn ist die Personaldecke auf Landesebene. So ist es folgerichtig, dass die Personen aus dem derzeit einzig aktiven Kreisverband Braunschweig/Hildesheim die Arbeit des Landesvorstandes übernehmen. Insgesamt wird es die Partei „Die Rechte“ in den nächsten Jahren schwer haben, durch politische Aktivitäten ihren Parteienstatus aufrecht zu erhalten.

2.11 Verein Gedächtnisstätte e. V.

Sitz/Verbreitung	Guthmannshausen (Thüringen) Kultur- und Tagungsstätte: Guthmannshausen (Thüringen)
Gründung/ Bestehen seit	1992

Struktur/ Repräsentanz	Vorstand: Wolfram Schiedewitz Vorstand: Dr. Paul Latussek 2. Vorsitzender: Roland Wuttke
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Niedersachsen: 15 →
Veröffentlichungen	Publikation: Kulturangebot (Veranstaltungsprogramm); Internetseite
Kurzportrait/Ziele	<p>Der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ wurde 1992 in Vlotho (Nordrhein-Westfalen) gegründet. Erste Vorsitzende war die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel. Seit 2003 leitet Wolfram Schiedewitz aus Niedersachsen den Verein. Mit der Einweihung der „Gedächtnisstätte für die 12.000.000 deutsche(n) Opfer durch Bomben des Weltkrieges II, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern“ im Jahr 2014 wurde das Vereinsziel erreicht. Mit dem Leitsatz „Zukunft braucht Herkunft“ betont der Verein „die persönliche Identifizierung durch Abstammung“, die im „urmenschlichen Interesse“ sei.⁴⁵ In diesem Sinne betreibt er eine revisionistische, antisemitische und fremdenfeindliche Geschichtsbetrachtung und -verbreitung.</p> <p>Bereits seit 2011 nutzt der Verein für seine Veranstaltungen das Kultur- und Tagungszentrum Guthmannshausen (Thüringen). Regelmäßig finden dort Vortragsveranstaltungen zu kulturellen und aktuellen Themen mit Zeitzeugen und Historikern statt, darunter auch bekennende Revisionisten und Holocaustleugner sowie Vertreter rechtsextremistischer und anderer im rechtsextremistischen Spektrum agierender Organisationen und Medien. In geschichtsrevisionistischer Manier werden deutsche Kriegsverbrechen relativiert und die Kriegsschuld des NS-Regimes geleugnet. Darüber hinaus wird die Immobilie von der „rechten Szene für Seminare und andere Veranstaltungen genutzt“.</p>
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge, Spenden, Nachlässe in geldwerter Form, Patenschaften für Gedenksteine, Förderkreis „Verein Gedächtnisstätte (VG)“

45 Vgl. Internetseite des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ vom 04.06.2021, „Finanzielle Spende an den Verein Gedächtnisstätte = abzugsfähige Sonderausgabe in der Steuererklärung?“

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die rechtsextremistische Ausrichtung des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ lässt sich aus der Beteiligung von Rechtsextremisten und der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten schließen. Durch die Relativierung der Opfer des NS-Regimes versucht der Verein, eine Revision der Geschichte zu betreiben. Die anlässlich des 25-jährigen Vereinsjubiläums im Jahr 2017 herausgegebene Broschüre weist eine Vielzahl von revisionistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Aussagen auf, die eine rechtsextremistische Ideologie belegen. Darüber hinaus bietet der Verein Rechtsextremisten eine Plattform für ihre Positionen.

Die Flüchtlingsthematik ist als wichtiges und verbindendes Element im gesamten Rechtsextremismus zu sehen. In den Vorträgen und Veröffentlichungen des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ wird die Migration und Integration von Flüchtlingen aufgegriffen und als „Umvolkung“ oder „Völkermord“, aber auch als „Invasion von Fremden“ bezeichnet. Die Art und Weise, wie gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung agitiert wird, steht dabei im Widerspruch zur deutschen Rechts- und Werteordnung und zum Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a Abs. 2 GG. Hiermit richtet sich der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Mit der „Vermittlung identitätsstiftender Wertvorstellungen“ arbeitet der Verein daran, „ein anderes Staatswesen“ und damit einen Systemwechsel herbeizuführen. Die Absicht des Beseitigens bzw. des Ersetzens der Verfassungsordnung oder des Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Damit ist der Verein verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 4 NVerfSchG.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Mit Zeitzeugenvorträgen will der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ eine „Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart“ bauen. Unter dem Deckmantel des Gedenkens an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges dürfte es dabei jedoch vielmehr um die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts gehen. Unter den Referenten, die in den Veranstaltungsprogrammen angekündigt

werden, finden sich regelmäßig bekannte Rechtsextremisten, Holocaustleugner und Rassisten, aber auch Reichsbürger.

Aufgrund der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die zum Teil Veranstaltungsverbote umfassten, hat der Verein darauf verzichtet, ein Jahresprogramm 2021 zu veröffentlichen. Besuche und Besichtigungen der Gedächtnisstätte waren zeitweise nicht erlaubt. Veröffentlichungen und aktuelle Veranstaltungshinweise erfolgten über die eigene Internetseite.

Brandanschlag auf Gebäude des Vereins in Guthmannshausen

Am 23.04.2021 wurde auf die „Kultur- und Tagungsstätte“ des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ ein schwerer Brandanschlag verübt, der einen erheblichen Sachschaden an dem ehemaligen Rittergut verursachte. Der Dachstuhl brannte komplett aus und das Hauptgebäude wurde durch das Feuer und Löschwasser schwer beschädigt. Eine Nutzung der Räumlichkeiten als Veranstaltungs- und Schulungszentrum ist seitdem nur eingeschränkt möglich. Die sich auf der Liegenschaft befindliche Gedenkstätte mit zwölf Stelen (Granitsäulen) wurde mit schwarzer Farbe beschmiert.

Der finanzielle Gesamtschaden beträgt vermutlich mehr als eine Mio. Euro. Die Polizei ermittelt wegen schwerer Brandstiftung. Ein Bekenner schreiben liegt nicht vor, dennoch wird derzeit von einem linksextremistischen Tatmotiv ausgegangen. Der Brand gehört zu einer Serie von Brandanschlägen und Sachbeschädigungen. In Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hat es Anschläge gegenüber Personen gegeben, die (vermeintlich) der rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden.

In sozialen Medien bezeichneten rechtsextremistische Szeneangehörige die Anschläge als „linken Terror“ oder als eine „Kriegserklärung“, von der man sich nicht einschüchtern lassen wolle. Teilweise wurde aber auch der „Wille zum gemeinsamen offenen Widerstand“ geäußert. In der Pressemitteilung zum Brandanschlag teilte der Vereinsvorstand mit, dass die Tagungsstätte in Guthmannshausen neu entstehen werde: „Ein Gebäude kann zerstört werden, eine Idee nicht.“⁴⁶ Es folgten zahlreiche Solidaritätsbekundungen und Spendenaufrufe aus der rechtsextremistischen Szene. Unter dem Namen „Auf-

⁴⁶ Pressemitteilung des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ vom 28.04.2021.

bruch Heimat“ wurde ein Spendenkonto eingerichtet. Es folgten diverse Arbeitseinsätze zur Schadensbeseitigung, die als „Veranschaulichung von Kraft und Zusammenhalt“ propagiert wurden und „dank des disziplinierten, ehrenamtlichen Einsatzes von vorwiegend jungen Menschen“ erfolgten.⁴⁷ Darüber hinaus wurde eine Belohnung von 25.000 Euro für sachdienliche Hinweise ausgesetzt, die zur Ergreifung der Urheber/Täter führen.⁴⁸

Veranstaltungen des Vereins

„Den offiziellen Neubeginn des kulturellen Lebens“ hat der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ am 19.06.2021 mit der Feier der Sommersonnenwende auf dem Vereinsgelände in Guthmannshausen begangen. Am 07.08.2021 fand auf dem Gelände das 7. Sommerfest als „Tag der offenen Tür“ statt, zu dem auch Nachbarn und Anwohner eingeladen wurden. Das Veranstaltungsprogramm umfasste neben Volkstanz auch Wortbeiträge, u. a. eine Bewertung des Brandanschlages sowie ein zeremonielles Gedenken an der Gedächtnisstätte. Eigenen Angaben zufolge sollen über 100 Personen teilgenommen haben, darunter auch Kinder.

Das Kulturangebot für den Oktober umfasste die beiden verschwörungstheoretischen und zugleich antisemitischen Beiträge „Der Dolchstoß im Jahre 1918 und dessen Folgen“ sowie „The Great Reset: Ziel und Pläne der globalen Eliten“. Das November-Programm bestand aus einem Beitrag zum Thema „Deutsch-Polnische Geschichte – 100 Jahre Volksabstimmung in Oberschlesien“.

Veranstaltungen anderer Organisationen/Vereinigungen

Der Verein stellt anderen rechtsextremistischen Organisationen seine Räumlichkeiten für Veranstaltungen zur Verfügung. Durch die staatlichen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie und insbesondere durch den Brandanschlag war dies im Jahr 2021 nur stark eingeschränkt möglich.

47 Vgl. Internetseite des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ vom 05.07.2021, „Stark und zahlreich für den Wiederaufbau“.

48 Vgl. Internetseite des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ vom 10.07.2021, „25.000,- Euro Belohnung – wir bitten um Ihre Mithilfe!“.

Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen

Der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ verfügt über diverse Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen, u. a. zur „Schlesischen Jugend e. V.“ (SJ), zum „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V.“ (FHWO), zum „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.“ und zur „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO), zur NPD und zu neonazistischen Freien Kräften, zum „Thule-Seminar“ und zu früheren Aktivisten der im Jahr 2017 lediglich in ihren Strukturen aufgelösten rechtsextremistischen Organisation „Europäische Aktion“ (EA). Im Rahmen der „deutsch-russischen Bruderschaft“ bestehen Kontakte zu russischen Vertretern einer völkisch-esoterischen Weltanschauung und zur Organisation „Die Russlanddeutschen Konservativen – Die National-Konservative Bewegung der Deutschen aus Russland“. Diese Kontakte zeigen ein organisationsübergreifendes nationales und internationales Netzwerk auf.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Unter dem Deckmantel des Gedenkens an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges agitiert der 1992 gegründete rechtsextremistische „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ gegen den demokratischen Verfassungsstaat und versucht, geschichtsrevisionsistisches Gedankengut in demokratische Bevölkerungskreise zu transportieren. Hierzu organisiert er regelmäßig im Kultur- und Tagungszentrum in Guthmannshausen Vortragsveranstaltungen mit Zeitzeugen und Historikern, aber auch mit jungen Aktivisten rechtsextremistischer Gruppierungen. Durch die direkte Ansprache von Kindern und Jugendlichen zu den Veranstaltungen „Tag der Generationen“ bzw. „Tag der Jugend“ mit einem „Drei-Generationen-Wochenende“ besteht die Gefahr einer rechtsextremistischen Indoktrinierung von jungen Menschen. Die Gedächtnisstätte steht allen offen, die Schwierigkeiten haben, aufgrund ihrer rechtsextremistischen Gesinnung, Parteizugehörigkeit oder Zugehörigkeit zu einer entsprechenden Organisation einen geeigneten Treffpunkt zu finden. Der Verein nimmt rechtspopulistische Standpunkte der Bevölkerung auf, fördert diese durch die Verbreitung nationalistischer und rechts-extremistischer Positionen in seinen Vortragsveranstaltungen und trägt dazu bei, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Darüber hinaus berichtete Wolfram Schiedewitz in der Vergangenheit mehr-

fach von steigenden Besucherzahlen in der Gedächtnisstätte, vor allem durch die vielen jungen Menschen, die den „Altersschnitt um rund 20 Jahre“ gesenkt hätten.

Das Rittergut in Guthmannshausen stellt ein rechtsextremistisches Veranstaltungs- und Schulungszentrum dar. Die vielfältigen, generationsübergreifenden Verbindungen des Vereins zu rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien sowie in die rechtsextremistische subkulturelle und Neonaziszene belegen die Vernetzung des Vereins. Der Verein erfährt nach dem Brandanschlag eine breite Unterstützung aus der gesamten rechtsextremistischen Szene. So ist es gelungen, bereits im Juni 2021 zur Sommersonnenwende wieder Gäste auf dem Gelände der Gedächtnisstätte zu empfangen und im August das traditionelle Sommerfest des Vereins durchzuführen. Weitere Vortragsveranstaltungen wurden angekündigt. Dies unterstreicht die Bedeutung der Gedächtnisstätte und des zerstörten Rittergutes in Guthmannshausen als repräsentativen und zentralen Ort für die rechtsextremistische Szene. Das Vereinsgelände wird auch künftig Rechtsextremisten als Anlaufstelle dienen sowie als Veranstaltungs- und Schulungsort zur Verfügung stehen.

2.12 Reichsbürger & Selbstverwalter

Sitz/Verbreitung	Niedersachsenweit
Gründung/ Bestehen seit	In unterschiedlichen Ausprägungen bereits seit Jahrzehnten. 1985 Gründung der ersten konkreten Reichsbürgergruppierung, der „Kommissarischen Reichsregierung“ (KRR) in Berlin.
Struktur/ Repräsentanz	Örtlich und regional unterschiedlich ausgeprägte Strukturen in Form von lokal agierenden, autark handelnden Einzelpersonen und Gruppierungen; hinzu kommen überwiegend virtuelle Präsenzen.
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Niedersachsen: 900 ↘ davon etwa 50 Rechtsextremisten →

Veröffentlichungen	Web-Angebote: Internetseiten, Blogs, Profile in sozialen Netzwerken; Broschüren, Aufkleber, Flugblätter, Formularenschriften
Kurzportrait/Ziele	„Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind Gruppierungen oder Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen. Dabei berufen sie sich u. a. auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht. Den demokratisch gewählten Repräsentanten sprechen sie die Legitimation ab oder sie definieren sich in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend und sind deshalb bereit, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen.
Finanzierung	Beiträge der Anhänger und Mitglieder, teilweise Vermarktung und Verkauf von Reichsbürgerartikeln wie Autokennzeichen, Ausweise, Dokumente o. Ä.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Als „Reichsbürger und Selbstverwalter“ werden Einzelpersonen und informell organisierte Gruppierungen sowie virtuelle Netzwerke bezeichnet, deren zentrales organisationsübergreifendes bzw. personenübergreifendes Ideologeelement die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland als Staat, seiner gesamten Rechtsordnung und deren Repräsentanten ist. Diese Überzeugung ist eng verknüpft mit einem verschwörungsideologischen Weltbild und der Vorstellung die Bundesrepublik Deutschland sei kein souveräner Staat. Über diese verbindenden Ideologeelemente hinaus, stellt sich die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ als äußerst heterogen und uneinheitlich dar.

„Reichsbürger“ sind überzeugt, weiterhin und ausschließlich Angehörige eines „Deutschen Reiches“ zu sein und nicht Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Je nach Gruppierung oder Person werden unterschiedliche historische Bezugspunkte, insbesondere die Jahre 1871, 1914 und 1937, für die „Reorganisation des Deutschen Reiches“ angeführt. Gemeinsam ist allen der Rückgriff auf einen historischen und undemokratischen deutschen Staat sowie auf Grenzverläufe als Hoheitsgebiet, die deutlich über das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hinaus-

gehen. An die Stelle der aktuellen Staatsform und seiner institutionellen Ordnung soll eine eigene selbsternannte „Reichsregierung“ treten, die in Zukunft die Regierungsgeschäfte für Deutschland führen soll.

Bei den „Selbstverwaltern“ handelt es sich um eine Gruppe von zu meist Einzelpersonen, die im Gegensatz zu Reichsbürgern nicht vom Weiterbestehen des Deutschen Reiches überzeugt sind. Die „Selbstverwalter“ behaupten, sie könnten durch eine Erklärung ihrerseits oder durch den Rückgriff auf ein selbstdefiniertes Naturrecht aus der Bundesrepublik Deutschland austreten oder sie verneinen deren Existenz komplett. Einige „Selbstverwalter“ gehen so weit, eigene Staatsgebilde auszurufen und ihr Haus oder Grundstück als souveränes Staatsgebiet zu proklamieren. Die Grenzen zwischen „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sind fließend und bei vielen Personen vermischen sich Argumentationsmuster aus beiden Bereichen. Eine scharfe Trennung ist daher in der Praxis häufig nicht möglich.

Aus der fundamentalen Ablehnung des Staates, seiner Behörden und Institutionen heraus sehen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ sich nicht an die Gesetze der Bundesrepublik gebunden, erkennen die geltende Rechtsordnung nicht an und leisten Widerstand gegen ordnungsgemäßes behördliches Handeln. Damit sind hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ vorhanden. Diese sind vor allem in der grundsätzlichen Ablehnung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu sehen. Dabei vertreten nicht alle „Reichsbürger und Selbstverwalter“ per se rechtsextremistische Ansichten und können so nur zum Teil dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden. Ausgehend von Verschwörungstheorien kommen bei einem Teil der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ Ideologieelemente des Rechtsextremismus wie Antisemitismus, Rassismus und völkische Vorstellungen zum Tragen. Diese begründen in ihren jeweiligen Ausprägungen ebenfalls hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen. Im Ergebnis richten sich „Reichsbürger und Selbstverwalter“ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen das Demokratieprinzip und den demokratischen Rechtsstaat (Art. 20 GG) sowie in Teilen gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG). Sie sind damit verfassungsfeindlich und erfüllen die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Aktivitäten von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“

Aufgrund ihrer fundamentalen Ablehnung des Rechtsstaates zeichnen sich „Reichsbürger und Selbstverwalter“ durch ein besonderes Maß an Renitenz gegenüber staatlichen Institutionen und Maßnahmen aus. Angefangen mit dem massenhaften Versand von Schriftstücken per E-Mail, Fax oder auf dem Postweg (sogenannte Vielschreiberei) über Beleidigungen und Bedrohungen bis zu gewalttätigen Verhaltensweisen versuchen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ auf Behörden und deren Mitarbeitende einzuwirken, um staatliche Maßnahmen zu verhindern oder zu erschweren. Die Entrichtung von Steuern, Gebühren und Abgaben verweigern „Reichsbürger und Selbstverwalter“ regelmäßig.

Die Aktivitäten der Szene gipfeln in der Errichtung verschiedener „Regierungen“, „Verwaltungen“ bis hin zur Ausrufung eigener Königreiche oder Staaten. Hierzu zählen auch die von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ angeblich „reaktivierten“ oder „reorganisierten“ Gemeinden. So bezeichnen sie Ortschaften, wenn sie diese für unabhängig erklären bzw. eine eigene Verwaltung für diese Gemeinden beanspruchen. Einige „Reichsbürger“ zeichnen sich zudem durch die Erstellung und Verwendung von Phantasiedokumenten aus. Es wird versucht, eigene selbst produzierte „Reichsführerscheine“ oder „Reichspersonenausweise“ im offiziellen Rechtsverkehr zu verwenden. Der Verkauf solcher fiktiven Dokumente stellt zudem für einzelne Personen aus der Reichsbürgerszene eine lukrative Einnahmequelle dar.

Die Reichsbürgerszene insgesamt verfügt über ein außerordentlich hohes Sendungsbewusstsein und vertritt ihre Ideologie offensiv nach außen. Zur Verbreitung ihrer Ideen und um andere Menschen für die eigene Sache zu gewinnen, greifen sie vorzugsweise auf das Internet zurück. Dabei dienen vor allem umfangreiche selbst erstellte Websites und soziale Medien als Verbreitungsplattformen für die eigenen Inhalte. In letzter Zeit werden zunehmend auch Messengerdienste wie Telegram genutzt. Lokale Stammtische und andere niedrigschwellige persönliche Treffen dienen ebenfalls dazu, andere Menschen an die Reichsbürgerideologie heranzuführen und sich untereinander zu vernetzen.

Gewaltpotenzial und Verhältnis zu Waffen

Bei einem Teil der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ führt die absolute Ablehnung der Legitimität staatlichen Handelns als weitere Eskalationsstufe zu aggressiven und gewalttätigen Verhaltensweisen gegenüber Gerichten, Behörden und insbesondere Polizeibeamten. Immer wieder haben „Reichsbürger“ körperliche Gewalt angedroht und tatsächlich auch ausgeübt. Exemplarisch seien hier die Schusswechsel von „Reichsbürgern“ mit der Polizei in Bayern und Sachsen-Anhalt genannt, bei denen am 19.10.2016 im bayerischen Georgensgmünd (Landkreis Roth) ein Polizeibeamter durch einen „Reichsbürger“ erschossen wurde. Auch in Niedersachsen haben sich „Reichsbürger“ bereits mit körperlicher Gewalt, zum Teil auch unter Einsatz von Waffen, gegen staatliche Maßnahmen zur Wehr gesetzt. Beispielhaft hierfür ist das Verhalten einer Familie aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont, die in den Jahren 2018 und 2019 wiederholt mit Behördenvertretern in Konflikt geraten war. Zwei Familienmitglieder wurden im Februar 2020 wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, gefährlicher Körperverletzung und versuchter Gefangenenerbefreiung zu Freiheitsstrafen verurteilt. Im Juni 2021 verletzte ein bekannter Reichsbürger im Landkreis Peine einen Polizeibeamten schwer, als dieser sein Grundstück betrat.

Angehörige der Reichsbürgerszene weisen allgemein eine Affinität zu Waffen auf. Durch die Bereitschaft von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“, ihren eigenen Staatsvorstellungen teilweise auch mit Gewalt Nachdruck zu verleihen bzw. sich bestehendem Recht und Gesetz zu widersetzen, stellt der Waffenbesitz eine potenzielle Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat und dessen Repräsentanten dar. Um das Gefahrenpotenzial zu minimieren, werden waffenrechtliche Erlaubnisse, soweit rechtlich möglich, entzogen, sobald eine Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene bekannt wird. Eine waffenrechtliche Erlaubnis setzt voraus, dass der Erlaubnisinhaber die erforderliche waffenrechtliche Zuverlässigkeit besitzt. Diese Zuverlässigkeit ist jedoch im Fall einer Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene und der darin immanenten Ablehnung des geltenden Rechts zu verneinen. In Niedersachsen wurden aus diesem Grund bereits mehreren Personen die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen. Die Überprüfung von Personen mit einer entsprechenden Genehmigung, die zugleich Bezüge zur Reichsbürgerideologie aufweisen, erfolgt fortlaufend und wurde seit der normierten Regelabfrage im Waffenrecht intensiviert.

Reichsbürgergruppierungen in Niedersachsen

Die Reichsbürgerbewegung in Niedersachsen ist in sich äußerst heterogen und durch wenig greifbare Strukturen oder Organisationen geprägt. Gemeinsame ideologische Überzeugungen und Argumentationsmuster dienen als einende Klammer innerhalb des Reichsbürgermilieus.

Als bekannteste Gruppierung mit Strukturen in Niedersachsen gilt weiterhin die am 04.05.2004 in Hannover gegründete „Exilregierung Deutsches Reich“ aus dem Raum Hildesheim. Diese vertritt unter der Leitung ihres selbsternannten „Reichskanzlers“ Norbert Schittke die Ansicht, dass es „nur einen deutschen Staat, das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31.12.1937“⁴⁹ geben könne und das Deutsche Reich somit fortbestehe. Der Bundesrepublik Deutschland wird die staatliche Souveränität und Legitimation abgesprochen; diese sei lediglich ein „provisorisches (besatzungsrechtliches!) Selbstverwaltungskonstrukt“.⁵⁰ Abgesehen von einem einschlägigen Gerichtsprozess gegen Schittke wegen Urkundenfälschung und Beleidigung im September 2021, trat die Organisation in den letzten Jahren nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Ihr Wirken beschränkt sich auf den mit aktuellen Beiträgen versehenen Internetauftritt.

Darüber hinaus ist die vom Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat am 19.03.2020 verbotene und aufgelöste Reichsbürgervereinigung „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ (GdVuSt)⁵¹ auch in Niedersachsen weiterhin aktiv. Ihre Mitglieder fallen immer wieder mit dem Versuch einer sogenannten Erhebung von Gemeinden auf. Dabei argumentieren sie, die „erhobenen Gemeinden“ seien fortan unabhängig und damit nicht mehr an das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland gebunden. Vor dem Verbot war der Verein insbesondere durch verbal-aggressive Schreiben aufgefallen, die sich hauptsächlich an Vertreter von Ämtern und Ministerien gerichtet hatten. Die Vereinsmitglieder drohten Amtsträgern mit „Inhaftierung“ und „Sippenhaft“ und setzten hohe fiktive

49 Internetseite der Organisation „Exilregierung Deutsches Reich“ („Die Entstehung der ‚Bundesrepublik Deutschland‘, ‚BRD‘“).

50 Frühere Internetseite der Exilregierung Deutsches Reich („Die Entstehung der ‚Bundesrepublik Deutschland‘, ‚BRD‘“).

51 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Pressemitteilung vom 19.03.2020: „Bundesinnenminister Seehofer verbietet mit ‚Geeinte deutsche Völker und Stämme‘ erstmals Reichsbürgervereinigung.“



Verein in Deutschland verboten

Strafgebühren fest, für die die Amtsträger persönlich haften sollten. Auf der eigenen Internetseite wurde die Bundesrepublik Deutschland als minderwertige Staatsform und als Handelskonstrukt diskreditiert. Angestrebt wurde stattdessen ein alternatives, angeblich „naturstaatliches“ Rechtssystem.

Neben diesen beiden Organisationen existieren in Niedersachsen lokale Ableger und Vernetzungsstrukturen für deutschlandweit aktive Reichsbürgerorganisationen wie den „Vaterländischen Hilfsdienst“, „Bismarcks Erben“, die „Verfassungsgebende Versammlung“ und das „Amt für Menschenrecht“. Diverse überregionale Klein- oder Kleinstgruppen aus der Reichsbürgerszene verfügen zudem über Anhänger in Niedersachsen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Seit Anfang des Jahres 2017 wird in Niedersachsen die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in ihrer Gesamtheit beobachtet. In den ersten Jahren zeigte sich auch in Niedersachsen eine deutliche Zunahme der Aktivitäten der Reichsbürgerszene. Die Mehrheit der dabei handelnden Personen gehörte bereits seit Längerem dem Reichsbürgerspektrum an. Vor etwa zwei Jahren hat sich diese Entwicklung umgekehrt und das erfasste Personenpotenzial ist rückläufig. Dieser Trend hat sich im Jahr 2021 fortgesetzt. Dies liegt insbesondere daran, dass sich der Anfangsverdacht gegenüber einigen Personen nicht bestätigt hat bzw. Personen sich von der Szene wegen des behördlichen, medialen und öffentlichen Drucks wieder abgewandt haben. Wird ein weitgefaster Maßstab angelegt, liegt die Gesamtzahl der in Niedersachsen auffällig gewordenen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ aktuell bei etwa 900 Personen. Von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ im engeren Sinne ist in Niedersachsen von wenigen hundert auszugehen. Dabei handelt es sich um Personen, die in erheblichem Maße im Zusammenhang mit der Reichsbürgerideologie aufgefallen sind, u. a. durch die anhaltende Versendung von Schriftstücken an diverse Empfänger oder durch die Begehung von Straftaten wie Beleidigung, Belästigung, Bedrohung, Betrug, Urkundenfälschung oder durch Widerstandshandlungen und Gewaltdelikte.

Die in Niedersachsen wohnhaften „Reichsbürger und Selbstverwalter“ stellen keine homogene Bewegung dar. Sie setzen sich vielmehr aus autark handelnden Einzelpersonen sowie aus kleinen Gruppierungen zusammen, die sich in ihrem Wesen zum Teil deutlich unterscheiden. Das Spektrum erstreckt sich von esoterisch geprägten Gruppierungen über völkisch-nationalistisch geprägte Gruppen bis hin zu rechtsextremistisch ausgerichteten Zusammenschlüssen. Eine strategische Vernetzung der verschiedenen Gruppen oder Einzelpersonen ist bisher ebenso wenig zu erkennen wie eine gezielte Steuerung. Gemessen an dem Gesamtpotenzial an „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ liegt der Anteil an Personen mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild bei etwa fünf Prozent. Die Verbreitung von rechtsextremistischen Ideologiefragmenten und Narrativen ist jedoch bei einem größeren Teil der „Reichsbürger“ festzustellen. Insgesamt lebt die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in einer Parallelwelt geprägt von Verschwörungstheorien, die sich verfestigt und gegenüber der Außenwelt weitgehend verschließt.

Wie schon im letzten Jahr spielte auch 2021 das Protestgeschehen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie für die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in Niedersachsen eine wichtige Rolle. Insbesondere die damit einhergehende Verbreitung von Verschwörungserzählungen in Messenger-Diensten und sozialen Netzwerken hat hier zu einer erhöhten Dynamik geführt. Der „Kampf gegen die Corona-Maßnahmen“ wurde von vielen „Reichsbürgern“ in der eigenen Kommunikation, z. B. in Schreiben, Aussagen in sozialen Medien und bei Demonstrationen, aufgegriffen und mit der eigenen Ideologie verbunden. Als Argument führen viele „Reichsbürger“ an, die Bundesrepublik Deutschland sei kein legitimer Staat, weshalb sämtliche Beschränkungsmaßnahmen keine Rechtsgrundlage besäßen und mithin nicht zu befolgen seien. In einschlägigen Kanälen auf Messenger-Diensten und bei entsprechenden Gruppen in den sozialen Medien vermischen sich zunehmend Reichsbürgerthesen mit allgemeinen Verschwörungserzählungen und Protestaufrufen gegen die staatlichen Beschränkungsmaßnahmen. Angetrieben von der Dynamik des Protestgeschehens gegen die Corona-Politik haben sich in den

sozialen Medien und bei Messenger-Diensten diverse Mischszenen aus Anhängerinnen und Anhängern der Reichsbürgerideologie und weiteren, auch nicht extremistischen Personen aus dem Umfeld der Corona-Leugnerinnen und -Leugner und Anhängerinnen und Anhänger anderer Verschwörungstheorien herausgebildet. Ebenso haben „Reichsbürger“ wiederholt an lokalen Demonstrationen gegen die Corona-Politik in Niedersachsen teilgenommen.

Gerade zu dem stark radikalisierten Teil dieser Protestbewegung bestehen deutliche ideologische Schnittmengen. Der Glaube an ähnliche, im Kern oft antisemitische, globale Verschwörungserzählungen und die Überzeugung, das deutsche Volk oder der deutsche Staat seien nicht souverän, dient als verbindendes Element über die Szenegrenzen hinweg. Eine zunehmende Entgrenzung der Reichsbürgerszene in ideologischer und personeller Hinsicht ist die Folge. Viele „Reichsbürger“ vertreten neben eindeutigen Reichsbürgerthesen auch antidemokratische oder den Staat delegitimierende Verschwörungserzählungen und Argumentationen aus der Szene der Corona-Leugnerinnen und -Leugner. Ein ideologisch kohärentes Weltbild ist daher bei einem Teil der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ nicht vorhanden.

Gleichzeitig werden Reichsbürgerthesen und Argumente in vielen im Zuge des Protestgeschehens neu entstandenen digitalen Kommunikationskanälen häufiger ohne Widerspruch geteilt und verbreitet. Diese stärkere Entgrenzung und Vernetzung über den Phänomenbereich hinaus führt dazu, dass eine alleinige Zuordnung von neu erfassten Personen zum Bereich der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ teilweise nicht sinnvoll erscheint. In Anbetracht dieser Entwicklungen steht zu befürchten, dass Personen aus dem radikalisierten Umfeld der Corona-Proteste mit einer hohen Affinität zu Verschwörungserzählungen, Anschluss in der Reichsbürgerszene finden und dort ein geschlossenes extremistisches Weltbild entwickeln.

Durch die weitere Verbreitung der Reichsbürgerideologie sowie durch das ausgeprägte Sendungsbewusstsein und das gleichbleibend hohe Aktivitätsniveau von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ ist die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland erheblichen Beeinträchtigungen ausgesetzt. Verallgemeinernde Aussagen über eine etwaige gewalttätige Ausrichtung in Bezug auf dieses Personenpotenzial lassen sich wegen der Heterogenität der Szene

nicht treffen. Gleichwohl besteht jederzeit die Möglichkeit, dass einzelne Personen vor allem im Umgang mit Behördenmitarbeitenden oder als Reaktion auf staatliche Maßnahmen zu Gewalt greifen, um ihre Anliegen durchzusetzen. Hinweise auf gezielte kriminelle oder gar terroristische Handlungen von einzelnen „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ liegen derzeit nicht vor. Gleiches gilt für den gezielten Aufbau von (verdeckt operierenden) Gruppen zum koordinierten Angriff auf staatliche Einrichtungen oder Mitarbeitende.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz bietet mehrere Präventions- und Informationsangebote zum Thema „Reichsbürger und Selbstverwalter“ an. Neben Vorträgen hält der Niedersächsische Verfassungsschutz ein Falblatt mit dem Titel „Reichsbürger und Selbstverwalter“ vor, das auf der Webseite des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum Download zur Verfügung steht.

